

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Volkseigenen Leipziger Stadtrats, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Wagnispreis** mit Kultur, Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einl. Bringerlohn 2.- für Selbstholer 1.90 Mk. - Durch die Post bezogen 2.- Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei, A. G., Leipzig Nr. 534 77

**Redaktion:** Leipzig, Taubner Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 72208. - **Verlag in Leipzig,**  
Taubner Straße 19/21 - Telefon 72208

**Inseratenpreise:** Die 10zeilige, Kolonellzeile 35 Bg., bei Vorkauf 40 Bg., Stellenangebote 10 Bg., Kolonellzeile 25 Bg., Familienanzeigen von Privatpersonen 10 Bg., Kolonellzeile mit 50% Nachl., Reklamezeile 2 Mk., Inserate v. ausw.: die 10zeilige, Kolonellzeile 40 Bg., bei Vorkauf 50 Bg., Reklamezeile 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postämter entgegen

## Arbeitsmarkt und Konjunktur

Wir schätzten gestern die Zahl der zur Zeit voll Arbeitslosen auf 2½ bis 3 Millionen. Wir fügten hinzu, es sei Auffassungssache, ob man den wirklichen Umfang der Arbeitslosigkeit in Deutschland näher bei der Zahl 2½ Millionen oder bei der Zahl 3 Millionen suche. Der Sozialdemokratische Pressedienst kam inzwischen auf 2½ Millionen, der Vorwärts unter Einrechnung der Kurzarbeiter sogar auf 3,3 Millionen. Es steht also fest, daß die Zahl der Erwerbslosen weit - vielleicht um eine ganze Million - höher ist als die ohnehin schon sehr hohe Zahl, die die amtliche Statistik für die Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge gegeben hat, und die am 15. Januar mehr als zwei Millionen (2 167 000) betrug.

Diese Riesenzahl von Erwerbslosen in Deutschland wirkt außerordentlich schwerwiegende sozialpolitische Probleme erneut auf. Was am nächsten liegt: die Finanzen der Arbeitslosenversicherung erhalten bei solcher Gestaltung der Dinge einen Stoß, dessen Wirkung in Fachkreisen mit folgenden Angaben bezeichnet werden: Der während der guten Konjunktur angesammelte Restfond wird vollkommen aufgebraucht, dazu müssen 100 Millionen Mark bei der Reichskasse gepumpt werden. Was soll nun in Zukunft werden? Was soll werden, wenn eine konjunkturelle Arbeitslosigkeit von hohen Graden längere Zeit bestehen bleibt, die Beiträge nicht ausreichen, die laufenden Ausgaben zu decken, ganz zu schweigen davon, daß sie nicht ausreichen, an das Reich die gewährten Zuschüsse zurückzahlen und noch weniger, einen neuen Restfond für die nächste Saison zu schaffen? Die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage spätestens zum Beginn des neuen Winters zu schaffen.

Es ist unabweisbar, daß aus dieser finanziellen Lage der Arbeitslosenversicherung eine katastrophale Gefahr droht. Die Unternehmer in der gesamten Industrie, im Handwerk und in der Landwirtschaft erheben seit langem schwerste Vorwürfe gegen die Arbeitslosenversicherung. Es ist schon vor längerer Zeit der dann von verschiedenen Stellen wiederholte Vorwurf gekommen, die Arbeitslosenversicherung zahle Kaufkraftverluste. Der Haß der Unternehmer ist begründet. Wirkt doch die Arbeitslosenversicherung zugunsten der Arbeiterschaft insofern, als sie das dringende Angebot von „Händen“ auf dem Arbeitsmarkt vermindert, die Arbeitsmarktlage also entspannt und gegenüber den lohnbrückenden Tendenzen der Unternehmer starke Hemmungen aufrichtet.

Der Sozialdemokratische Pressedienst glaubt, daß mit einer Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um ½ Prozent die Lage der Reichsanstalt entscheidend gebessert werden könnte. Die Gewerkschaften werden diesen Vorschlag sorgfältig zu prüfen haben. Würden sie ihn unterstützen, würde dieser Vorschlag zu einem Antrag im Reichstage führen, so würde das zweifellos bei der Einstellung der bürgerlichen Parteien eine Belastungsprobe für die Große Koalition darstellen. Jedenfalls, das Experiment, das mit der vorläufigen Regelung der Versicherungsfrage für die Saisonberufe gemacht worden ist, reizt nicht zur Nachahmung. Wenn man dieses Experiment den Versuch einer Korrektur, nicht bereits einen wirklichen Abbau der Arbeitslosenversicherung, so liegt auf der Hand, daß angesichts der Wirkungen schon dieser Korrektur in den Kreisen der Arbeiterschaft ein wirklicher Abbau der Arbeitslosenversicherung unter keinen Umständen von den Gewerkschaften gebilligt oder gar der Koalitionspolitik unserer Partei wegen unterstützt werden darf.

Ist eine Sicherung der Arbeitslosenversicherung durch Beitragsverhöhung unabsehbar, und stehen dem im Parlament die Abbauforderungen bürgerlicher Parteien gegenüber, legen in solchem Konflikt etwa die Volksparteier wieder einmal Dynamit an die Koalition, so darf das für uns keine Beruhigung sein, nachzugeben. Es spricht nicht für die Große Koalition, wenn man mit ihrer Hilfe auf etlichen weniger bedeutungsvollen Gebieten das eine oder andere erreichen kann. Ihre Rechtfertigung kann die sozialdemokratische Koalitionspolitik nur dann finden, wenn sie in den großen sozialen Fragen Entscheidendes oder mindestens Schwerwiegendes zu erreichen vermag. Daß sie solches zu erreichen vermöge, wagen wir allerdings nicht zu hoffen.

Die enorme Höhe der Arbeitslosigkeit legt die Frage nahe, durch welche Einflüsse es dahin gekommen ist. Handelt es sich um konjunkturelle oder um saisonmäßige Arbeitslosigkeit? Ergänzungsfrage: Handelt es sich mehr um das eine oder das andere? Es wird in der Öffentlichkeit viel von einer abweichenden Konjunktur gesprochen, von „schleichender, auch schon von offener starker Wirtschaftskrise. In der Zeit der Reparationsverhandlungen liegt es ganz im Rahmen einer in Deutschland von weitesten Kreisen beliebten Politik, dem Ausland gegenüber Deutschland als arm erscheinen zu lassen. Die Urteile über die Konjunktur sind dementsprechend gerade gegenwärtig stark reparationspolitisch gefärbt. Es kommt hinzu, daß in den nächsten Monaten wiederum zahlreiche Tarifverträge für Millionen von Arbeitern ablaufen, erneuert werden müssen. Die Unternehmer erwarten allent-

## Ein Tag der Demagogie

### Kommunistisch-deutschnationale Front

#### Die Wartestandsbeamten vor dem Reichstage

Berlin, 30. Januar.

Länger als drei Stunden ist zum Geset über die Rechtsverhältnisse der Wartestandsbeamten im Plenum geredet worden. Zwischenzeitlich wurden zwei namentliche Abstimmungen durchgeführt. Zuletzt wurde die zweite Lesung abgeschlossen und das Gesamtergebnis der vielen Reden war: Zurückweisung an den Haushaltsausschuß, von dem die Vorlage gekommen war.

Die Ursachen dieses sonderbaren Verfahrens sind auf zwei Motive zurückzuführen. Erstens bedingt das Gesetz, wie schon dargestellt, eine Mehrheit von zwei Dritteln des Hauses, und da das Gesetz eine ganze Reihe von Verfassungsänderungen enthält, ist noch höchst ungewiß, ob eine Zweidrittelmehrheit bei der Schlussabstimmung genügen wird. Das Entscheidende jedoch ist eine geradezu ausgekostete Demagogie, die im Kampfe um dieses Gesetz getrieben wurde. Und dabei weitestgehend unter Führung der Kommunisten und Deutschnationalen alle anderen Parteien des Hauses, bis auf die Sozialdemokratie, die allerdings in einer so demagogisch gestalteten Angelegenheit den Mut zur Unpopulartät verlor.

Zwei Wege schlägt der Gesetzwurf vor, um das Heer der 38 000 Wartestandsbeamten zu vermindern. Die Ueberführung in den Zustand der Pensionierung und einen gewissen Zwang, Beamtenstellen zu übernehmen, die nicht ganz den Wünschen jedes Wartestandsbeamten entsprechen werden. Der Abbau der Beamtenstellen würde unter der Bürgerblockade des Herrn Dührer vorgenommen, und zweifellos haben die Abbaumaßnahmen zahllose Härten im Gefolge gehabt. Das wird auch von der Sozialdemokratie nicht in Kauf genommen. Zulezt aber ist das Schicksal Hunderttausender von älteren Arbeitern und insbesondere von Angestellten unendlich viel härter als das der Wartestandsbeamten. Die auf der Straße liegenden Arbeiter und Angestellten würden gern arbeiten, und sie sind bereit, jede ihnen gebotene Arbeit anzunehmen. Aber alle Schreie nach Arbeit verhallen ungehört. Sie werden, wenn überhaupt, mit dürftigen Unterstützungen abgepflegt. Aber der abgebaute Beamte erhält sein Wartegeld. Er erhält es auf Grund seiner in der Verfassung verbrieften „wohlerworbene-

Rechte“ vom Staat, der Hunderttausende von Arbeitern ohne jede Unterstützung läßt. In diesem Zusammenhang betrachtet, ist der gefinde Druck durchaus zu ertragen, der durch den unkritischen Gesetzwurf auf die Wartestandsbeamten ausgeübt werden soll. Und damit hat es die folgende Bewandnis:

Im Paragraph 4 wird bestimmt, daß jeder Beamte zur Annahme jedes Amtes im Reichs- oder Landesdienste verpflichtet ist, das seiner Berufsbildung entspricht. Das Gesetz denkt nicht daran, am Titel oder gar an der Höhe des einem Wartestandsbeamten zustehenden Gehaltes irgendetwas zu verändern. Es sieht nur vor, daß etwa ein Oberregierungsrat die Tätigkeit eines Regierungsrates - wohlgerneht der Verbleib seines bisherigen Titels und unter Verbleib in seiner Gehaltsklasse - ausüben verpflichtet sei. Und dagegen revoltierten die Kommunisten in Idealkonkurrenz mit den Deutschnationalen, aber auch mit den Demokraten und der Volkspartei. Dabei sichert das Gesetz den Wartestandsbeamten die Anrechnung eines Teiles der Wartegeld auf das Pensionobienstalter, was nach den bisherigen Bestimmungen ausgeschlossen war. Aber alles das verhindert nicht, daß dieses geradezu widerliche Schauspiel an Demagogie über die Bühne ging.

Am töstlichsten freilich ist die Haltung der Kommunisten, die am unentwertesten für die „wohlerworbene Rechte“ gestritten haben. Sie sind drauf und dran, die Zweidrittelmehrheit zu verhindern für ein Gesetz, das gewisse Konsequenzen auch für die Beseitigung der hohen Generalspensionen haben könnte. Und allzu groß sind die Aussichten für die Annahme des Gesetzes wahrhaftig nicht. Selbst die Demokraten würden schließlich eine Niederlage der sonst so geprügelten Koalitionsregierung in Zahlung nehmen. Vor Jahren sollte zur Durchführung eines solchen Gesetzes eine Stimme. Die gestrigen Abstimmungen ergaben bei 406 Stimmlinien 237 bzw. 291 Stimmen mit „Ja“.

Das Haus vertagte sich auf Donnerstag. Tagesordnung: Fortsetzung der ersten Beratung der Steuervereinfachungsgesetze und der Handwerker-Novelle. Die Kommunisten verlangten, daß ihre Erwerbslosen-Anträge und ihre Interpellation über Arbeitererlösungen auf der Schichtauwek mit auf die Tagesordnung gesetzt würden. Diesem Wunsche wurde nicht entsprochen.

halben Lohnforderungen der Arbeiterschaft. Also „muß“ die Wirtschaftslage „trostlos schlecht“ sein, um die Abwehr der Lohnforderungen zu erleichtern und vielleicht hier und da einen Lohnabbau zu ermöglichen.

Wenn es überhaupt so etwas wie eine Objektivität in Wirtschaftsbdingen gibt, so sind die Konjunkturberachtungen der reparationspolitisch verfeuchten unternehmerfreundlichen bürgerlichen Zeitungen ganz sicher nicht objektiv. Es ist deshalb sehr erfreulich, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund sich der Frage exakt und mit etwanandfreien Methoden angenommen hat. Das Resultat dieser Untersuchungen wurde durch Wladimir Woytinski in der Nummer 4 der Gewerkschaftszeitung des ADGB zusammengefaßt. Danach ist zunächst festzustellen, daß die Prozentzahl der Vollarbeitslosen unter den Mitgliedern der ADGB-Gewerkschaften im Verlauf des Jahres 1928 von 11,1 Prozent im Januar kontinuierlich zurückging bis auf 6,2 Prozent im Juni, um dann zunächst langsam, seit November aber sprunghaft, auf 16,7 Prozent am Jahresende zu steigen. Diese 16,7 Prozent liegen erheblich über den 12,0 Prozent von Ende 1927 und um ein geringes unter den 17,2 Prozent zu Ende des Jahres 1926, also während der schwersten Krisenzeit. (Verschiedene Tatsachen legen aber die Annahme nahe, daß die 16,7 Prozent von Ende 1928 in Wirklichkeit auch relativ nicht weniger, vielleicht sogar noch etwas mehr bedeuten als die 17,2 Prozent von Ende 1926.)

Nun hat die statistische Stelle des ADGB die Bewegung der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Gewerkschaften im Jahresverlauf untersucht und festgestellt, daß sieben Berufsgruppen aus verschiedenen Verbänden, die zusammen 19,2 Prozent aller von der Arbeitslosenstatistik des ADGB erfaßten Gewerkschaftsmitglieder umgreifen, als Saisongruppe zusammengefaßt werden können. Innerhalb dieser Saisongruppe ist im Verlauf des Jahres 1928 die Prozentzahl der Arbeitslosen von 34,1 Prozent Ende Januar auf 6 Prozent im Juli gesunken, und dann am Jahresende auf 46,7 Prozent gestiegen. Wenn auch die Saisongruppe nur etwa ein Fünftel der gesamten Mitgliederzahl umfaßt, so ist doch klar, daß deren sehr große Arbeitslosigkeit den wesentlichsten Einfluß auf die gegenwärtige Arbeitsmarktlage ausübt.

Die restlichen Berufsgruppen im ADGB wurden zu einer Konjunkturgruppe zusammengefaßt, deren Arbeitslosigkeit im April 1928 die niedrigste Jahreszahl mit 5,8 Prozent erreichte, während dann die Arbeitslosigkeit dieser Gruppe allmählich, vom November zum Dezember jedoch auch etwas sprunghaft, sich auf 9,5 Prozent erhöhte. Es ist also Tatsache, daß auch eine konjunkturelle Verschlechterung

eingetreten ist, jedoch ist die Prozentzahl für Ende Dezember dafür nicht voll einzusehen. Es kann nicht ausbleiben, daß die besonders starke Saisonarbeitslosigkeit auf Arbeitslosigkeit in der Konjunkturgruppen verurteilt. Diese Fehlerquelle hat aus der Statistik des ADGB nicht ausgeschaltet werden können. Damit erscheint aber die Wirkung von Saisoninflüssen noch erheblicher, als sie ohnehin schon veranschlagt werden mußte.

Ueberträgt man diese Feststellungen aus dem verhältnismäßig engen Rahmen der Mitgliedschaft des ADGB auf die gesamte Arbeiterschaft, so ist zu schließen, daß zwar eine konjunkturelle Verschlechterung des Arbeitsmarktes eingetreten ist. Diese Verschlechterung hat aber zur Gesamtverschlechterung wesentlich weniger beigetragen, als die saisonmäßige Verschlechterung der Arbeitsmarktlage. Die konjunkturelle Verschlechterung ist relativ so gering, daß man annehmen darf, daß sie überwiegend auf weitere Rationalisierungsmassnahmen zurückzuführen ist, für die ein Ausgleich durch Verkürzung der Arbeitszeit nicht erfolgte, so daß also die Bezeichnung „konjunkturelle“ Arbeitslosigkeit mehr oder weniger unrichtig ist.

Das lenkt den Blick darauf, daß dem Arbeitslosenproblem nicht allein von der Seite der Arbeitslosenversicherung aus zu Leibe gegangen werden kann, sondern daß ganz wesentlich die Verkürzung der Arbeitszeit dazu beitragen muß, die Arbeitsmarktlage zu mildern. Noch immer arbeiten in Deutschland sehr viele Arbeiter weit über 48 Stunden pro Woche. Noch immer läßt die gesetzliche Regelung der Arbeitszeitfrage mindestens unter Anpassung an die Washingtoner Arbeitszeitkonvention - wie sie in der Regierungserklärung versprochen wurde, mit der das Kabinett der jetzigen Regierungskoalition seine Tätigkeit begann - auf sich warten. Es wird höchste Zeit, daß die Forderung erfüllt wird, die sich aus der Betrachtung der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage ergibt, daß nämlich weitere Arbeitszeitverkürzungen schnellstens durchgeführt werden, um Platz zu machen für „freigelegte“ Arbeitskräfte. Wir erhoffen eine Erfüllung dieser Forderung in ausreichendem Maße weder vom Schlichtungswege noch von der Großen Koalition. Nur die zusammengefasste, einheitlich eingesehene Kraft der Arbeiterschaft vermag hier wirklich ausreichend Wandel zu schaffen. So stellt die große Arbeitslosigkeit mit großer Dringlichkeit das große Problem, die Kampforganisationen der Arbeiterschaft größer und stärker zu machen.

# Der ungeheuerliche Zweck der Reichswehr

## Reichswehr oder Reichspolizei

Von Dr. Karl Herz (Berlin).

Genosse Herz, der als Bürgermeister in Spandau tätig ist, gilt als ein hervorragender Kenner des Staats- und Verwaltungsrechts. Seine Beiträge zur Panzerkreuzer-Angelegenheit führten den Nachweis, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts nicht alle etatrechtlichen Möglichkeiten ausgenutzt hatten, um die Einstellung der Räte für den Panzerkreuzer zu verhindern. In einer größeren Arbeit, die uns vorliegt, nimmt er Stellung zu dem Kampf gegen die Reichswehr. Im ersten Teil macht er aufmerksam, daß man heute angesichts der völlig veränderten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse nicht mehr von einem Landesverteidigungskrieg sprechen könne. Jede Landesverteidigungskriegsaktion werde zwangsmäßig unter dem Schutz der Diktatur militärischer und kapitalistischer Schichten zu einem imperialistischen Verteidigungskrieg, der keine Schranken im Ziel und keine Rücksichten in den Mitteln kennt. Im zweiten Teil zeigt Genosse Herz die staatsrechtliche Seite der Reichswehr auf und leitet daraus konkrete Forderungen für den parlamentarischen Kampf der Sozialdemokratie auf dem Gebiete der Wehrpolitik ab. Wir glauben, daß in diesen Ausführungen neue Gesichtspunkte entwickelt werden und geben deshalb mit unpesentlichen Kürzungen den zweiten Teil des Artikels wieder.

Der sozialistische Staatsmann, dessen Ziel auf die stufenweise Verwirklichung unserer programmatischen Forderungen eingestellt ist, wird an die gegebenen Verhältnisse anknüpfen müssen. Er wird hier oftmals die schwersten Hemmnisse für seine Arbeit vorfinden. Die Arbeiterklasse, die in der ersten Zeit der Revolution infolge mangelnder Vertrauen zu unserer öffentlichen Verwaltung übertriebene Hoffnungen auf das Wirken sozialistischer Staatsfunktionäre setzte, hat jetzt im allgemeinen den richtigen Maßstab gefunden und verlangt nichts Unmögliches mehr. Umgekehrt erleben wir vielmehr, daß manche Minister und sonstigen Staatsfunktionäre durch die aus der Verwaltungsbürokratie auf sie einwirkenden Einflüsse konservativ werden und die fortschrittlichen Entwicklungsmöglichkeiten nicht erkennen, die unsere gegenwärtige Staats- und Rechtsordnung in sich birgt. Das gilt z. B. von der preussischen Verwaltungspolitik, über die an anderer Stelle noch manches zu sagen sein wird. So offenbart sich beim Ausgangspunkt der sechsten Wehrdebatte, beim Kampf um den Panzerkreuzer: Die vier sozialistischen Mitglieder des Kabinetts der Räte hatten nicht oder jedenfalls nicht ausreichend die starken Nachmittel erkannt, die die geltenden Haushaltsbestimmungen dem sozialistischen Reichsminister und dem sozialistischen Reichsfinanzminister in die Hand gaben. Auch die Kommission zur Vorbereitung des Wehrprogramms hätte gut daran getan, die staatsrechtlichen Grundlagen, auf denen sich die Organisation der Reichswehr aufbaut, in den Kreis ihrer Untersuchung zu ziehen. Denn gerade der wirkliche Realpolitiker muß an diese Grundlage anknüpfen und hier den Einsparpunkt suchen, von dem aus der bestehende Zustand im Wege der Geschöpfung und der Verwaltungsübung in der Richtung nach unserem programmatischen Ziele zu fortgebildet werden kann. Wer in der Verwaltungspraxis steht, macht freilich immer wieder die Beobachtung, daß die Verwaltungspraxis mancher sehr prominenten Leute darin besteht, untrübselig, aber selbstbewußt die Weisheit der Ministerialbürokratie zu wiederholen.

Prüft man nun die für die Reichswehr maßgebende staatsrechtliche Ordnung, so kommt man zu dem überraschenden Ergebnis, daß die von denselben grundsätzlichen Gedankengängen beherrscht wird, die in E. den Inhalt eines sozialistischen Wehrprogramms ausmachen müssen. Wir sehen vor der sechsten Tat- sache, daß der Gesetzeszustand — der richtig er- kannte Gesetzeszustand — viel radikaler ist, als die Mitglieder der Wehrkommission offenbar angenommen haben. Eine Verwirklichung des Kommissionsprogramms würde einen Rückschritt gegenüber der jetzt be- stehenden Rechtsordnung bedeuten. Selbstverständlich bin ich den Parteigenossen eine Begründung dieser Behauptung schuldig.

Ausgehen ist hier von der Rechtsnatur des Versailler Friedensvertrages. Dieser Vertrag schafft nicht nur völkerrechtliche Verpflichtungen des Deutschen Reiches gegenüber den Vertrags- staaten, sondern er hat die Kraft einer innerstaatlichen Rechts- norm. Das bedeutet: Der Friedensvertrag ist Bestandteil der deutschen Rechtsordnung. Er ist in allen seinen Teilen für die deutschen Bürger und Verwaltungsbehörden ebenso bindende Rechtsvorschrift wie ein im normalen Gesetzgebungsverfahren vom Reichstag beschlossenes Gesetz. Denn der Friedensvertrag ist aus- drücklich unter dem 16. Juni 1919 als Gesetz im Reichsgesetzblatt publiziert und geht sogar nach Artikel 178 der Reichsverfassung vor. Diese Rechtslage ist unter den Kommentatoren der Reichsverfassung völlig unstrittig.

Gesetzeskraft hat also auch Artikel 160, Ziffer 1, Abs. 2, des Friedensvertrages, der die Zweckbestimmung der Reichswehr fest- legt. Er besagt:

„Das Heer ist nur für die Erhaltung der Ordnung innerhalb des deutschen Gebietes und zur Grenzpolizei bestimmt.“

Die Entwicklung des deutschen Heerwesens zu Lande, zu Wasser und in der Luft darf sich also nur in den Grenzen vollziehen, die durch die Aufrechterhaltung der inneren staatlichen Ordnung und durch die Zwecke der Grenzpolizei geboten sind. Wenn der Arti- kel 160 des Friedensvertrages noch die Grenzpolizei in den Auf- gabenkreis der Reichswehr einbezieht, so besagt schon die Fassung, daß auch hier nur an eine polizeiliche Funktion gedacht ist. Die Reichswehr ist also ihrer gesetzlich festgelegten Zweck- bestimmung kein militärisches, sondern ein polizeiliches Organ. Da ihre polizeiliche Funktion das ganze deutsche Reichsgebiet um- faßt, so kann man nach der im deutschen Verwaltungsrecht üblichen Einteilung diese Funktion näher als eine solche landespolizeilicher Art bestimmen. Im Gegensatz zur Ortspolizei, die die polizeiliche Sicherheit der örtlichen Gemeinschaft regelt, hat die Landespolizei die Aufgabe, die über den örtlichen Rahmen hinausgehenden Interessen des Staatsganzen zu schützen.

Aus dieser Rechtslage ergeben sich nun organisatorische Folgerungen von weitgehender Bedeutung: Die Reichswehr ist nicht eine Traditionskompanie des alten Heeres, sie soll auch nicht, wie der Programmtext in auffälliger Uebersetzung mit der Denk- schrift des Herrn Gröner meint, gegen die Wehrpolitik inter- nationalistischer und sozialistischer Staaten aufgetrieben werden. Sie verfolgt überhaupt keinen militärischen, sondern einen rein zivilen Zweck. War die Armee der Kaiserzeit ein militärisches Wehrinstrument in der Hand des Monarchen, so ist die Reichswehr ein polizeiliches Sicherheitsinstrument zum Schutze der Republik. Dieses polizeiliche Sicher- ungsinstrument gehört aber in die Hand des So- zialdemokratischen Ministers des Innern, der in allen Ländern die oberste Polizeigewalt innehat. Für einen Kriegs- oder Wehrminister im alten Sinne ist überhaupt kein Raum. Es liegt auf derselben Linie, daß der Friedensvertrag die Bildung des Generalstabes und ähnlicher Formationen unterliegt. Politisch soll die Reichswehr nichts anderes sein als die den parlamentarischen Ministern zur Ver- fügung stehende reale Macht, die den in der Aufsammlung des Ministerkabinetts zum Ausdruck gekommenen Volkswillen über alle etwaigen Hindernisse hinweg zu verwirklichen vermag. Politische und organisatorische soll die Reichswehr nichts anderes sein als eine in sachlichen Dingen zu entscheidende Volkswillenspolizei, die nicht für den staatlichen Einstand bestimmt ist, sondern nur eingesetzt werden darf wenn und wo eine von Staatsganzen gefähr- dete oder Störung der öffentlichen Ordnung eintritt.

Die Neuordnung der deutschen Polizeiverfassung durch Zurück- führung der Reichswehr auf einen rein zivilen Verwaltungszweck hat eine tief einschneidende Wirkung auf eine Frage, die im Mittel- punkte der schwebenden Verwaltungsreform steht und seitens der Partei, ganz besonders freilich in Preußen, eine verfechtete und mit dem Heidelberger Parteiprogramm unvereinbare Behandlung er- fahren hat. Seit einem Jahrhundert geht in der inneren Ver- waltung zwischen Staatsbürokratie und Gemeinde der Kampf um die Ortspolizei. Die Verfassung der Paulskirche von 1849 wie auch Hugo Preuß im Entwurf der Weimarer Reichsverfassung wollte der Gemeinde unter bewußter Ausschaltung der Staats- bürokratie die Ortspolizei in die Hand geben. Selbst der deut- schenationalen Rechtsgelehrte Hertz meinte, daß eine Selbstverwaltung ohne Ortspolizei nicht denkbar sei. Unsere Genossen in Wien stehen augenblicklich in lebhaftem Kampf mit dem Bund um die Wiener Landespolizei. Demgegenüber haben in Preußen Severing und Grzesinski die Polizei fast völlig von der Gemeinde abgetrennt, und damit die Selbstverwaltung der preussischen Ge- meinden ausgehöhelt. Wenn die Reichswehr in eine landespolizeiliche Gruppe umgeformt und dem Reichsminister unterstellt wird, fällt jeder Grund fort, den Gemeinden den polizei- lichen Straßendienst vorzuenthalten.

Von der obersten Spitze der gegenwärtigen Ordnung führt also ein gerader Weg bis in die Lokalinstanz der inneren Verwaltung. Die Untersuchung des gegenwärtigen Rechtszustandes zeigt, daß die dahinterstehenden politischen Gedanken völlig parallel laufen mit einem sozialistisch begründeten Reformprogramm. Die prak- tische Auswirkung des in Wirklichkeit bestehenden Gesetzeszustandes ist freilich bisher durch reaktionäre Gegenkräfte unterbunden wor- den, die tatsächliche Entwicklung wird durch militärische Aus- rüstungsprogramme nach einer gegenständig orientierten Richtung abgelenkt. Der innere politische Sinn der jetzt bestehenden Reichs- wehrverfassung wird verdunkelt und droht in völlige Vergessenheit zu geraten. Erwächst daraus aber nicht für die Sozialdemokratie die Verpflichtung, diesen inneren Sinn wieder zur Geltung zu bringen und jene Kräfte zu bekämpfen, die auf dem Wege über die Ideologie der Landesverteidigung auch die deutsche Arbeiterklasse für eine aktive Wehrpolitik gewinnen wollen?

Dem Programmtext, den die Redaktion des „Klassen- kampfes“ aufgestellt hat, trete ich in seinen grundsätzlichen Teilen im wesentlichen bei, wenn auch einige Formulierungen abänderungs- bedürftig sind. Das Aktionsprogramm bedarf aber in praktischer Auswertung der vorausgegangenen Darlegungen einer sehr weiten- lichen Ergänzung. Es handelt sich nicht nur darum, die Reichs- wehr ihres Charakters als Wehrinstrument der herrschenden Klasse zu entkleiden, praktischen Zweck zu nehmen, für die Reichswehr ihren militärischen Charakter überhaupt zu nehmen. Für das „große Kommando“ ist in der demokratischen Republik kein Raum. Die Reichswehr darf nichts anderes sein, als das noch geordnete Hilfsorgan der obersten Zivilgewalt, nicht aber die Trägerin einer

selbständigen militärischen Macht. Nichts ist niederdrückender als die Beobachtung, daß der gegenwärtige Führerkreis der Partei die ungeheure Gefahr nicht ausreichend einschätzt, die von einer Ver- selbständigung der militärischen Macht der Republik droht.

Von diesen Erwägungen aus wird das vom Klassenkampf vor- geschlagene Aktionsprogramm durch folgende Punkte zu ergänzen sein:

1. Auflösung des Reichswehrministeriums.
2. Unterstellung der Reichswehr unter den Reichsinnenminister.
3. Verwaltung der Reichswehr durch die von einem Beamten (Ministerialdirektor) geleitete Polizeidirektion des Reichs- innenministeriums.
4. Umgestaltung der Reichswehr in eine dem Schutze der Republik und dem Grenzschutz dienende Reichspolizei; Auflösung aller Reserve-, Formationen und Einrichtungen, die mit dieser Zweck- bestimmung unvereinbar sind.
5. Kommunalisierung der Ortspolizei im Rahmen der vom Reichsinnenminister zu bestimmenden Richtlinien.

Nach meinen grundsätzlichen Ausführungen glaube ich mit einer Einzelbegründung zu diesen Punkten ersparen zu können.

Und nun eine allgemeine Bemerkung zum Schluß:

Jede Diskussion über das Wehrprogramm führt mitten hinein in die Kernprobleme der auswärtigen Politik. Als die Diplo- maten der Welt am 27. August 1928 den Kellogg'schen Kriegs- abtätigungspakt unterzeichneten, erklärte Briand in seiner Ansprache: „Der Krieg wird heute juristisch dessen entkleidet, was seine größte Gefahr darstellt, nämlich seiner Legitimität.“ Stresemann gab durch Unterzeichnung des Kriegsschlichtungspaktes zu diesen Ausfüh- rungen namens des Deutschen Reiches seine Zustimmung. Aber es ist das tragische Geschick aller bürgerlichen Staatsmänner, daß sie trotz aller subjektiven Gutgläubigkeit von ihrem Ziele der Friedens- sicherung gerade durch die gesellschaftlichen Mächte abgedrängt wer- den, auf die sie sich innenpolitisch stützen. Die Wirtschaftskreise, die hinter Stresemann stehen, unterhalten Beziehungen mit den Wehr- verbänden und rechnen heute schon wieder mit kommenden kriegs- erischen Auseinandersetzungen. Während der Reichstag in diesen Tagen den Kriegsvertragsvertrag genehmigt hat, wird von einfluss- reichen Schichten im ganzen Lande eine Agitation zur Ablehnung des Wehrwillens entfacht. Deshalb gilt heute mehr denn je das Schlußwort der Marxisten Inauguraladresse, daß nur die Ar- beiterklasse aller Länder eine auswärtige Politik betreiben kann, die „die einfachen Gesetze der Moral und des Rechtes, die die Be- ziehungen von privaten Personen regeln sollten, für die obersten Gesetze des Verkehrs der Nationen untereinander“ zur Geltung bringt. Eine solche auswärtige Politik aber hat zur Voraussetzung eine Wehrpolitik, die jeden Krieg als Mittel der Politik von vornherein verwirft, die die längst überholte Unterscheidung zwischen Angriff- und Verteidigungskrieg ablehnt und demgemäß jede organisatorische Vorbereitung des Krieges unannehmlich bekämpft.

## Der Artillerieputsch

### Verhaftung der „Meuterer“

W.B. Madrid, 30. Januar.

General Orgaz, der, wie gemeldet, heute in aller Frühe mit Infanterieregimenten in Ciudad Real eingetroffen ist, hat sofort die Kommandogewalt über die Stadt übernommen. Sämtliche Offiziere des meuternden Artillerieregiments wurden verhaftet. Die gestern nach Ciudad Real entsandten Flugzeuge sind heute in ihre Standorte zurückgekehrt. General Primo de Rivera gab in der Nationalversammlung die Erklärung ab, daß der Aufstands- versuch vollkommen niedergeschlagen sei. Im königlichen Palast er-

klärte man, daß die Reisepäne des Königs durch die letzten Ge- eignisse keine Änderung erfahren würden.

W.B. Madrid, 30. Januar.

Der ehemalige Führer der Konservativen Partei, General Guerra wurde bei seiner Landung in Valencia sofort verhaftet. Ministerpräsident Primo de Rivera bestätigte diese Nachricht in einer Unterredung mit Pressevertretern.

### Zodesurteile

II Paris, 31. Januar.

Einer Madrider Meldung zufolge ließ General Orgaz in Ciudad Real alle ausländischen Offiziere verhaften. Den Mann- schaften der Garnison kündigte er strenge Befragung der Schuldigen an. Drei Offiziere, von denen einer flüchtig ist, sind bereits zum Tode verurteilt. Man erwartet nur die Zustimmung des Königs, bevor die Todesurteile vollstreckt werden. Mit der Führung der Untersuchung wurde Oberst Jofra betraut. Dieser erklärte, daß die Untersuchung längere Zeit in Anspruch nehmen werde, da die Militärpersonen Zivilisten als Helfer hatten.

### Troski auf der Ausreise

SPD Berlin, 31. Januar.

Aus Moskau wird gemeldet, daß Trocki inzwischen nach der Türkei abgereist ist. Eine Bestätigung dafür, daß er ein Visum für die Einreise erhalten hat, gibt es jedoch nicht. Andererseits wird ge- meldet, daß Trocki den Wunsch geäußert hat, nach Deutschland überzugehen. Ein entsprechender Antrag an die Reichsregierung ist bisher nicht gestellt worden.

### Wahltag der Arbeiterpartei

SPD London, 30. Januar.

Die Neuwahl in North Wiltshire, bei der sich vier Kandi- daten, ein Sozialist, ein Konservativer, ein Liberaler und ein Ver- treter der schottischen Nationalisten gegenüberstanden, hat einen Sieg der Arbeiterpartei erbracht.

Der sozialistische Kandidat Clarke erzielte 7917, der konser- vative Rolstone 6965, der liberale Reir 3136, während der Schotte mit 842 Stimmen weit zurückblieb und sein Wahdepot einbüßte. Dieser Sieg der Arbeiterpartei in der ersten von vier schwebenden Nachwahlen, dem angehängt der Nähe der allgemeinen Wahlen große Bedeutung als Stimmungsmesser zukommt, ist insofern bemerk- enswert, als der Wahlkreis von North Wiltshire während der letzten 10 Jahre sich aus einem Bergarbeiterdistrikt infolge Ab- und Auswanderung der arbeitslosen Bergarbeiter, in einer Art Borort von Edingburgh, mit stark bürgerlichem Einschlag ver- wandelt hat. Die Arbeiterpartei ist überzeugt, daß es ihren Kan- didaten gelingen wird, auch die drei verbleibenden Nachwahlen zu gewinnen. Als einzige Gefahr wird im großen Hauptquartier der Arbeiterpartei aktuell großes Vertrauen und damit verbundene Vernachlässigung der Wahlpflicht bezeichnet.

In der Zwischenzeit gehen die Verhandlungen zwischen Kon- servativen und Liberalen hinter den Kulissen fort und man ist in sozialistischen Kreisen der Meinung, daß sich die Arbeiterpartei in den nächsten Monaten auf der ganzen Linie einem Bürgerbünd gegenüber befinden wird, der im wesentlichen juristischen liberalen und konservativen Kandidaten überall dort zum Ausbruch kommt, wo die Gefahr herrscht, daß die Beherrschung beider bür- gerlicher Kandidaten zu einem Sieg der Arbeiterpartei führen könnte.

### Klassenfronten im belgischen Wahlkampf

SPD Brüssel, 30. Januar.

Eine Reichskonferenz der katholischen Organisationen beschloß, bei den nächsten Wahlen die liberalen Kandidaten möglichst zu schonen und den ganzen Kampf gegen die Arbeiterpartei zu richten. Das ist die Ankündigung einer gemeinsamen Front gegen die Sozialdemokratie im nächsten Wahlkampf.

### Die Lage in Afghanistan

II Kairo, 30. Januar.

Wie aus Kabul gemeldet wird, hat sich die Lage in den letzten 24 Stunden verschlechtert. Die Soldaten Habibullah bekommen keinen Sold mehr, weil Habibullah kein Geld besitzt. Habibullah hat eine Anordnung an seine Truppen erlassen, in der er sie vor Willkür warnt und erklärt, daß sie standrechtlich erschossen würden, wenn sie die Wohnungen der Ausländer betreten. Sie sollen die Ausländerviertel überhaupt nicht betreten. Man vertritt die Ansicht, daß falls Amanullah noch einmal angreift, er Habibullah bewegen wird, zugunsten des neuen Präsidenten Ali Achmed Khan abzutreten. Nach hier eingetroffenen Nachrichten soll Ali Achmed Khan einen dahingehenden Vorschlag Habibullah unterbreitet haben. Ob Habibullah bereit sein wird, einen solchen Vorschlag anzunehmen, steht noch nicht fest.

### England und Amanullah

SPD London, 30. Januar.

Der englische Außenminister teilte im Unterhaus am Mittwoch mit, daß die britische Regierung keinerlei Absicht habe, sich in die inneren Verhandlungen Afghanistans zur Unterstützung der einen oder anderen, der sich bekämpfenden Parteien einzumischen. König Amanullah habe, so fuhr Chamberlain fort, „die britische Regierung von seiner Abankung in Kenntnis gesetzt. Sie werde daher nicht in der Lage sein, die Regierung Amanullahs als die rechtmäßige Regierung Afghanistans zu betrachten, bis sich gezeigt habe, daß Amanullah tatsächlich von der Bevölkerung Afghanistans als ihr König betrachtet werde.“

### Englisches Flugzeug verschollen

W.B. London, 31. Januar.

Daily Telegraph meldet aus Peshawar: „Die Besorgnis wegen des Schicksals des Militärflugzeuges, das am Dienstag von hier nach Kabul abgeflogen, aber nicht an seinem Ziele eingetroffen ist, nimmt ständig zu, besonders im Hinblick auf das zur Zeit herr- schende schlechte Wetter. Ein Erkundungsflugzeug hat keine Spur von den vermissten Piloten gefunden. Das in Kabul eingetroffene Flugzeug wird wahrscheinlich heute (Donnerstag) mit fremden Staatsangehörigen von dort abfliegen.“

# Klassenkämpfe und Parteiwesen in Frankreich

Vor einer Umwälzung  
Von Paul Senéclerc

Vor einigen Tagen erschien in der sozialistischen Tageszeitung, im Echo de Paris, ein Artikel, der kennzeichnend für die neueste Entwicklung des französischen Parteiwesens ist. Sein Verfasser ist Herr von Kerillis, eine Art Hugenbergers, der seit einiger Zeit, gestützt auf die Geldmittel der Schwerindustrie und der Hochfinanz, einen Propagandakrieg gegen die Linksparteien, vor allem gegen die Sozialisten organisiert. Kerillis beklagt sich über den losen Zusammenhang und die geringe Festigkeit der Rechtsparteien und führt ihnen als Beispiel das feste Gefüge der sozialistischen Partei an. In dem Kampfe um die Gesellschaftsordnung können die Parteien der „Ordnung“ nur dann über die Parteien der Revolution siegen, wenn sie den letzteren gleichwertige feste Organisationen entgegenstellen. Was aber Kerillis zu dieser Feststellung veranlaßt, war nicht so sehr das Vorhandensein dieser festesten proletarischen Parteien, sondern die neue Tatsache, daß es auch den Radikalen zum ersten Male seit Juli 1926, wo Poincaré an der Macht zurückkam, gelungen ist, die Einheit und die Disziplin in der eigenen Partei herzustellen. Bisher war die radikale Partei — trotz ihrer scheinbaren Einheit — in drei Teile gespalten, ein Drittel der Abgeordneten stimmte gewöhnlich mit den Sozialisten, ein Drittel immer für Poincaré, der Rest enthielt sich teils der Abstimmung, teils diente er, wenn der Regierung eine ernste Gefahr drohte, als letzte Reserve. Bei der letzten entscheidenden Abstimmung stimmte hingegen die ganze Partei — bis auf sechs Mitglieder — geschlossen gegen Poincaré, die Widerpenigkeit wurden sofort ausgeschlossen.

Das Festhalten bürgerlicher Parteien mit feststehendem Programm und einheitlicher Führung war bisher das charakteristischste Merkmal des Parlamentarismus in Frankreich, was den kapitalistischen Mächten erlaubte, die wirklichen Willen der Wählermassen zu verfälschen und die Abgeordneten einzeln in ihren Dienst einzufangen. Jetzt, wo die Radikalen mit diesem System aufzuräumen scheinen, und wo bei anderen mehr nach links stehenden Mittelparteien, wie die radikale Linke, ein ähnlicher Vorgang zu beobachten ist, fürchten sich die Vorsitzenden der Reaktion, daß das lose Zusammenhalten der Rechtsgruppen — ihr bisheriger Vorzug — bei den kommenden Kämpfen den wohlorganisierten Linksparteien gegenüber in einen schweren Nachteil umwandelt.

Zwei Umstände waren es hauptsächlich, die das Zustandekommen selbstgeleiteter bürgerlicher Parteioptionen bisher verhindert haben. Zuerst das ideologische Vermächtnis der großen Revolution, der übertriebene Kult des Individualismus, der die strenge Parteidisziplin als unerlaubten Druck empfand. Diese feilsche Einstellung erleichterte den politischen Strebern, ihren Wert als ein Postulat der Meinungsfreiheit, die auch die Freiheit der Aenderung der politischen Überzeugung in sich schließt, der öffentlichen Meinung glaubhaft zu machen. In ähnlicher Richtung wirkte die Entwicklung einer Schicht berufsmäßiger Politiker. Diese Leute verkündeten das Prinzip, daß der Abgeordnete als Vertreter des souveränen Volkes das heilige Recht habe, seine Parteizugehörigkeit und sein Programm entsprechend dem „Volksinteresse“ zu ändern. Als die radikale Partei bereits einigmal den Versuch machte, in den eigenen Reihen Ordnung zu machen und die Verfallenen und die Söldlinge der Finanzmächte auszuschließen, schrie die Rechtspresse Feter und Mordlo und feierte die Fahnenflüchtigen als Verteidiger der Interessen des Vaterlandes gegen die Machtgier der verfallenen Parteipolitiker, als wahre Freiheitskämpfer.

In Frankreich bestanden bisher nur zwei bürgerliche Parteiformationen, die eine Tätigkeit erst beim Herannahen der Wahlen einfaßen. Die Mehrzahl der bürgerlichen Abgeordneten ließ gewöhnlich ihre Kandidatur durch diejenige Gruppe gutheißen, deren Einfluß ihr in dem Bezirk ausschlaggebend zu sein schien, ohne sich aber endgültig zu binden. Vor vierzig Jahren gehörte noch die Mehrzahl der Gewählten zu diesen unsicheren Kantonslisten. Es gab immer eine Gruppe unentwegter Reaktionäre und eine andere Gruppe verlässlicher Linkspolitiker. Das übrige war eine hin- und hergezogene Masse. In der französischen Revolution hieß diese der Sumpfmazur. Der Sumpf schloß sich zuerst den Girondisten, dann Danton und Robespierre an, ihr Verrat an Robespierre brachte die Thermidorleute an die Macht. Ebenso entschied der Sumpf nach der Erstarkung der dritten Republik über das Leben der französischen Regierungen. Erst die Dreyfußaffäre, die in der französischen Politik als Scheidewasser wirkte, brachte auch in dieser Beziehung Wandel und schränkte die entscheidende Rolle des Sumpfes ein. Nach der Durchführung der Trennung von Staat und Kirche, wo die bürgerlichen Linksparteien kein wirkliches Programm mehr hatten, wuchs die Bedeutung der hottierenden Elemente wieder. Der hervorragende Vertreter des Sumpfes ist Briand, der ehemalige revolutionäre Sozialist. Jede neue Regierung Briands bedeutete die Versumpfung der Politik, den Sieg der Programmlosigkeit über die Prinzipien. Bei den Aprilwahlen im Jahre 1926 gab es mindestens hundert Abgeordnete, die am Abend der Wahlschlichtung noch nicht genau wußten, welcher Partei sie endgültig angehören werden.

Bei dieser Zersplitterung der Parteien bildeten die wirklichen Herren des Landes — Hochfinanz, Großindustrie, Eisenbahngesellschaften, Großgrundbesitz — einen festen und zielbewußten Faktor, der in dieses scheinbare Chaos, in diesen Kampf aller gegen alle Ordnung und Einheitlichkeit brachte. Andererseits war aber aus diesen Umständen zurückzuführen, daß die französischen Parteigruppen keinen festen Klassencharakter hatten, wie die Parteien in unseren Ländern, was die Zersplitterung der Wählermassen erleichterte. Die Verschärfung der Vermögens- und Klassenunterschiede räumte aber allmählich mit diesen Zuständen auf. Seitdem es der sozialistischen Partei gelang, die Folgen der kommunalistischen Parteipaltung zu überwinden und besonders seit dem Ausschluß des Linksflügels, hat die Erkenntnis der Klassenunterschiede bei den Wählern große Fortschritte gemacht. Die oppositionelle Haltung der Radikalen ist in erster Reihe darauf zurückzuführen, daß ihre Provinzorganisationen mit Scheitern wahrnahmen, daß die Fortsetzung der Unterstützung Poincarés die antiklerikalen und Antogerrichten Wählermassen in das Lager der Sozialisten treiben werde. Auch die radikalen Kleinbürger sind ihrer Klasseninteressen wahr geworden und wollen nicht mehr dulden, daß die Geschäftspolitiker, die in den letzten zwei Jahren die Politik der Partei bestimmten, sie wehlos dem Großkapital ausliefern. Der Austritt der vier radikalen Minister aus der Regierung, die einseitliche oppositionelle Stellungnahme der Partei, die Ausschließung der Abtrünnigen, sie sind alle Kennzeichen einer neuen Entwicklungsperiode im französischen politischen Leben, die Klassenüberwindung wird der entscheidende Faktor des Parteiwesens. Daß die radikale Partei noch einige Seitenstränge machen und einige kleine Verräte an den eigenen Prinzipien begehen werde, steht außer Zweifel, gut Ding braucht Weile. Diese Abweichungen werden aber die Entwicklung nicht mehr aufhalten. Daher wollen auch die weitblickenderen Führer der Rechtsparteien mit den alten Methoden brechen und den Kampf mit offenem Bilde aufnehmen. Die nächsten Wahlen werden sich schon vollständig im Zeichen des offenen Klassenkampfes abspielen.

# Wer lügt, wer sagt die Wahrheit?

## Der Zeugenwittwer in Sonnenburg

Die Beweisaufnahme im Sonnenburger Justizhausprozeß steht vor dem Abschluß. Am Freitag soll das Urteil gefällt werden. Das Schöffengericht ist nicht zu beneiden: es wird nicht leicht sein, sich in dem Knäuel von Lüge und Wahrheit zurechtzufinden. Die Justizhausatmosphäre ist durch die Kirchtür, dem Eingang für die gefangenen Zeugen, in den Gerichtssaal gedrungen. Rücksichtnahmen jeglicher Art, Hoffnung auf Begünstigung, Angst vor Mitgefängenen — wer weiß, was nicht alles noch in die Auslagen der Belastungszeugen hineinspielt. Immer wieder steht man unerwartet vor Lieberbräunungen. Jeden Tag gibt's neue.

Am Dienstag war es der „Lebenslängliche“ Steinbock, der den Reigen eröffnete. Der Mann mit der Lisse verlangte plötzlich eine Beratung mit seinen Mitgefängenen — im Interesse der Verleumdung. Als diese aus prozessualen Gründen abgelehnt wurde, verweigerte er jede weitere Aussage und überreichte dem Vorsitzenden einen Schriftsatz, in dem u. a. zu lesen war, daß er selbst auf die Gefahr hin, von seinen Kameraden als Verräter zu gelten,

alle seine Verleumdungen gegen die Beamten zurücknehme. Er habe sie aus purem Haß getan, wegen der Tüchlichkeit, denen sowohl er als seine Mitgefängenen zum Opfer gefallen seien. Dabei zählte er die Fälle auf. Also war Steinbock umgefallen. Sein Freund Paasch blieb aber standhaft bis zum Ende. Auch als er einem Gefangenen gegenübergestellt wurde, der ihn einen Verräter nannte und erzählte, wie Paasch während einer Freikunde blutig geschlagen worden sei. Es kam fast zu Tätlichkeiten im Gerichtssaal. Die Art, wie die Beamten den Beschuldigten dieses Belastungszeugen begegneten, zwang ihn schließlich zu der Erklärung: ich verweigere jede weitere Aussage. Sein Kamerad Grüning unterstützte ihn aber in manchen Punkten.

Eigenartig berührte die Behauptung eines früheren Straßgefängenen, daß der Vernehmungsrichter in Frankfurt a. M. ihm mit Verhaftung gedroht habe, wenn er nicht gegen die Sonnenburger Beamten aussage. Und von einem Gefangenen wurde behauptet, daß der Staatsanwaltschaftsrat Dr. Knobloch den Zeugen Hagerstein versprochen habe, Dr. Knobloch betritt das. Die Sonnenburger Zustände erstrahlten noch ein letztes Mal in bengalischer Beleuchtung, als

die Tätigkeit des Hauptwachtmeyers Raumann zur Sprache kam. Er überwachte die Verladung der Kleidungs-

stücke und forderte die Gefangenen selbst auf, sich Sachen nach Herzenslust auszusuchen. Das ließen sie sich nicht zweimal sagen. Die Leberaschen und Polymantel, die eintrafen, waren auch viel zu gut, um als Unverwertungsgegenstände verarbeitet zu werden. Die Gefangenen machten sich Pakete zurecht, in einem Falle moß es die Kleinigkeit von 50 Kilogramm, und schickten die Sachen an ihre Verwandten. Auch Raumann zeigte viel Verständnis für die wertvollen Bekleidungsstücke. Paasch erklärte, daß dieser ihm die Hälfte des Erlöses versprochen habe. Der Verteidiger stellt sich schühend vor seinen Klienten: man habe bei Raumanns Verwandten nichts gefunden. Ja, sagen die Zeugen, sie seien eben von den Kriminalbeamten bezogen verständig worden.

Auf dem Bahnhof ging es kreuzfidel zu. In der Wirtschaft wurde Bier getrunken, selbst ein Sonnenburger Polizist hielt die Gefangenen frei, auch der Wirt vom „Deutschen Haus“ zeigte sich äußerst freigebig, und eines schönen Tages wurde selbst der Staatsanwaltschaftsrat Knobloch von fünfzehn Gefangenen, die sich im Wirtschaftsraum bei Bier guttaten, aus dem Lokal hinausgegrault.

So ging es draußen zu. Und im Justizhaus selbst? Dem Hauptwachtmeyers Raumann wird vorgeworfen, daß er Lebensmittel aus den Vorratskammern entnommen und so unter den ihm befreundeten Gefangenen verteilt habe. Die Wirtschaftsbeamten und in der Wirtschaftskammer beschäftigten Gefangenen bestreiten das: die Räume seien verschlossen gewesen. „Ach, sagt Paasch, wir im Gefängnis sind hier alle Spitzhühner, und Schlüssel nachzumachen ist für uns eine Kleinigkeit.“ Der Kommunist J., ein früherer Gefangener, bestätigt, daß er mitunter 15 bis 20 Pfund Butter und 90 Pfund verschiedene Lebensmittel zur Verfügung gehabt habe.

Und Holz habe eine ganze Vorratskammer bei sich gehabt. Im übrigen, sagt der Zeuge, sei es nicht wahr, daß die Politischen die Kriminalen aufgedeckt hätten; im Gegenteil, sie hätten sie zur Ruhe gemahnt. Es war tatsächlich ein fideses Justizhaus. Es gab Kognak, manches Mal war ein Gefangener auch betrunken, und einer schlug im Rauch alles kurz und klein.

Was Wunder, daß unter diesen Umständen der Direktor Rormann erklärte, daß er eine Räuberbande im Gefängnis vorgefunden habe. Es seien Zustände gewesen, daß man sich einfach an den Kopf sahle. Die Beamten waren gegenüber den Gefangenen machtlos. Diese führten einfach das Regiment. Die Beamten seien bestimmt nicht so schuldig, die wahren Schuldigen seien ganz woanders. Aber wo? Das ist die Frage.

## Wenn zwei dasselbe tun...

### Die Reichsgerichtsräte freigesprochen:

Am Mittwoch verkündete Urteil des Berliner Amtsgerichts spricht die angeklagten Reichsrichter Reichert und Beyer von der Anklage, den Redakteur Schwarzschild beleidigt zu haben, frei, da ihnen der Schutz des § 193 des St.-G.-B. (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zur Seite stehe.

Die Beweisurteile, die sich auf den Fall Jakobowski bezogen, der von Herrn Schwarzschild als Beispiel dafür angezogen worden war, daß eine neue Gesetzgebung die jahrelange Handhabung des Richteramtes unter Strafe stellen solle, wurden abgelehnt. Es sei hierbei nicht um die Behauptung von Tatsachen handelte, sondern um die Äußerung von Meinungen. Demselben Grunde komme auch nicht der § 188 des St.-G.-B. in Frage; sondern nur der § 185. Der Artikel des Herrn Beyer in der Deutschen Richterzeitung sei scharf gewesen, aber er sei lediglich eine Abwehr des Schwarzschild'schen scharfen Artikels gewesen. Es sei kein Zweifel, daß der Artikel des Herrn Beyer den Inhalt der strafbaren Beleidigung erfüllen würde, wenn er in einer Tageszeitung gestanden hätte. Aber in einer Fachzeitschrift sei Verfasser und Redakteur der Schutz des § 193 zuzubilligen. Außerdem aber hätten die Herren Reichert und Beyer als Vorstandsmitglieder des Deutschen Richterbundes von den Vereinstagungen den Auftrag erhalten, die Interessen der Öffentlichkeit durch Herrn Schwarzschild angegriffenen Vereinstagungsleiter zu mahnen. Und auch hierbei stehe ihnen der Schutz des § 193 zur Seite.

So stellt also dieses erstinstanzliche Urteil fest, was jetzt zu stellen war: die Straffreiheit des deutschen Richters auch außerhalb seiner Berufstätigkeit.

Es wird ein Genuß sein, wenn die Urteilsbegründung schriftlich vorliegt — vorlesen würde sie von Herrn Amtsgerichtsrat Schäfer nicht —, festzustellen, durch welche juristische Konstruktionen es gelang, den Richtern als Journalisten diejenigen Rechtswohlthaten zuzubilligen, die die Richter selbst allen andern Journalisten verweigern.

## Rückzug der Thüringer Kommunisten

Aus Weimar wird dem Soz. Pressedienst geschrieben: Von den 8 als Kommunisten gewählten Abgeordneten des thüringischen Landtags sind kürzlich zwei, Tittel und Engert, Altenburg aus der SPD ausgeschieden worden. Beide haben sich gemeldet, ihre Mandate niederzulegen; Tittel erklärte sogar öffentlich, daß sich die übrigen kommunistischen Abgeordneten bis auf einen mit ihm solidarisierten. Der größte Teil der kommunistischen Fraktion jubelte ihm in öffentlicher Landtagsansammlung zu. Das war vor dem Bezirksparteitag der kommunistischen Partei Thüringens. Inzwischen hat sich diese Tagung in Erfurt mit 78:16 Stimmen gegen die „rechte Liquidatorengruppe“ ausgesprochen. Tittel erklärt der Rest von sechs Kommunisten des Landtags, daß Tittel und Engert ihr nicht mehr angehören, die Fraktion vielmehr „nach wie vor treu zur SPD“ stehe. Unter den Unterzeichnern befinden sich alle, die Tittel anfänglich jubelten. Ein Teil von ihnen hat völlig gekuscht; der andere will als „Einheitsliste“ weiter Parteiarbeit an und in der SPD im Sinne Brandlers betreiben.

## Müller verhandelt mit Braun

Wie der Soz. Pressedienst meldet, hätte der Reichstanzler am Mittwoch im Zusammenhang mit den Bestrebungen zur Stabilisierung des Reichskabinetts mit dem preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun eine Unterredung. Außerdem verhandelte der Reichstanzler über die Frage der Regierungs- umbildung mit verschiedenen Vertretern der bürgerlichen Fraktionen. Daß man bei den Verhandlungen einen Schritt weiter gekommen wäre, ist aus den vorliegenden Meldungen nicht zu entnehmen.

## Gegen ein preussisches Konkordat

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde am Dienstag nach dem Abschluß einer Konkordatsdebatte mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, in dem gegen jegliche Zugeständnisse an den Klerus und gegen jedes Zurückweichen vor den Forderungen der katholischen Kirche protestiert wird.

## Ratifizierung des Kelloggpatentes

SPD Bukarest, 31. Januar.

Die rumänische Kammer ratifizierte am Mittwoch den Kellogg-Pakt. Vor der Ratifikation forderte der sozialistische Redner vor allen Dingen eine ehrliche Friedenspolitik gegenüber Rußland.

## Wann folgt Frankreich

SPD Paris, 31. Januar.

Die Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten hat am Mittwoch unter dem Vorsitz des sozialistischen Abgeordneten Paul Boncour beschlossen, das Plenum der Kammer zur möglichen Beschleunigung der Ratifizierung des Kellogg-Paktes aufzufordern. Gleichzeitig stellte die Kommission den Antrag an die französische Regierung, daß sie zusammen mit der Ratifizierung erneut die Erklärung abgibt, in der sie die Notwendigkeit der Schiedsgerichte und der Sanktionen besonders betone. Ohne diese beiden Ergänzungen werde der Kellogg-Pakt nur ein toter Buchstabe bleiben und nur moralische Bedeutung haben.

## Handstaaten und Litwinow-Vorschlag

TU Kiew, 29. Januar.

Die estländische Antwort auf die litauische Note in der Frage des Litwinow-Vorschlages ist am Dienstag dem litauischen Gesandten überreicht worden. Die Antwort Estlands entspricht der bereits bekanntgewordenen lettlandischen Antwort. Auch Estland stellt fest, daß es bereit sei, gemeinsam mit den übrigen beteiligten Staaten schon vor dem Inkrafttreten des Kellogg-Paktes an einem Abkommen teilzunehmen, das ein neues Unterpfand zur Festigung des Friedens darstellen würde.

## Rücktritt des litauischen Generalkonsuls

SPD Riga, 29. Januar.

Der litauische Postchef und Chef des litauischen Generalkonsulates, Vichavizius, ist — wie amtlich gemeldet wird — „aus Gesundheitsrücksichten“ von seinem Amt zurückgetreten. In Wirklichkeit haben ernste Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Generalkonsul und dem Diktator Wolodemas den Rücktritt veranlaßt.

## Protest der Rentner

Am Dienstagvormittag versammelten sich im Berliner Lehrervereinshaus die Mitglieder des Deutschen Rentnerbundes zu einer Protestversammlung gegen die Beschlüsse des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages. Zahlreiche Redner des Bundes polemisierten gegen den Standpunkt der Regierung, die die Rentner auf den Ausbau der Fürsorge verweist und die Schaffung eines Rentnererwerbsgesetzes vorläufig ablehnt.

## Reinhold Opificius gestorben

Aus Frankfurt am Main wird gemeldet: Reinhold Opificius, der seit 1899 der Sozialdemokratie angehörte, ist in der Nacht zum Dienstag im Alter von 64 Jahren gestorben. Er zählte zu dem intimen Freundeskreise von August Bebel und Wilhelm Liebknecht. Der Verstorbenen war den Armen und Bedrängten jeder Zeit ein großer Helfer und Berater. Das kulturelle Leben der Frankfurter Arbeiterbewegung fand allzeit in ihm eine außerordentliche Stütze.

Neuwahl des demokratischen Fraktionsvorstandes. Die demokratische Reichstagsfraktion hat in der Sitzung vom 29. Januar Dr. Haas zum Vorsitzenden der demokratischen Reichstagsfraktion und zu Mitgliedern des Vorstandes Dr. Gertrud Bäumer, Dr. Fischer, Dr. Meyer und Schneider gewählt. Verhinderung eines polnischen Sozialistenführers. In Krakau ist der Generalsekretär des linken Flügels der Polnischen Sozialistischen Partei, Szuma, unter dem Verdacht einer staatsfeindlichen Tätigkeit verhaftet worden.

Verantwortlich für den reaktionären Teil: Kurt Günther in Weimar. Verantwortlich für den internationalen Teil: Hugo Serrano in Weimar. Druck und Verlag: Berliner Volksdruckerei (Hilfsdruckerei) Berlin.

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

**Verkaute**

**Speisekartoffeln**  
gelb- und weißfleischige,  
gut mehlig und frostfrei, sowie  
**Weißkraut**  
liert frei Haus und ab Hof  
zu den billigsten Tagespreisen  
Ökonomieverwaltung der Leipziger  
Weltend-Genossenschaft, Leipzig  
Sindemann, Röhner Str. 164, Tel. 43147.

Von 1929 wenig  
netz. Herr. u. Dam.  
**Garderobe**  
Maßarbeit  
aus neuer Garderobe  
zu sehr bill. Preis  
Frack-, Gehrock- u.  
Smoking-Anzüge  
zu bill. Preisen  
in einem Främann  
anständiger Stein-  
weg 13, I.  
Gln- u. Berl.-Möbel.

**Erstlingswäsche**  
Hemden 35 P., W. d. d. 50 P.,  
Jäckchen 40 P.,  
B. Heidorn  
Otto-Schill-Str. 2

Auf Kredit  
**Colas**  
Chalolong,  
mit 5 Mark Einzahlung  
einst. Ware - Frack - Haus  
Hans Hoffmann  
Faltstraße 10, I. Etz.

Auf Kredit  
**Schranke**  
mit 5 Mark Einzahlung  
**Scherbel**  
Markt 2  
(Kathausseite)

**Kinderwagen**  
20.- an  
**Klappwagen**  
mit Gummi  
17.- an  
**Puppenwagen**  
Teilzahl ne gestattet,  
Thomasiusstr. 11  
früher Elsterstraße.

**Maurer-**  
Werkzeuge  
und Reparaturen  
Behardt, Sophienstr. 11

Bis **40%** herab-  
gesetzt  
sind die Preise zu meinem  
**Inventur-Ausverkauf**  
Riesen-Auswahl in labelhaften Dessins

**Herrn-Mäntel**  
**Damen-Mäntel**  
**Herrn-Anzüge**  
**Damen-Kleider**

**Smoking- und Frack-Anzüge**  
sowie alle übrige Kleidung für **Herrn, Damen und Kinder**  
in großer Auswahl und bekannten Qualitäten

**Teilzahlung**

**M. Baumgärtel**  
Königsplatz 9, I, Durchgang Kramerstraße.



**Masken-Kostüme**  
für Damen u. Herren  
in größter Auswahl  
billig zu verkaufen.  
Grad- u. Befehlshalt-  
angest. Richter.  
Berliner Str. 6, I.

**Wohnungen**  
**Kl. möbl. Zimmer**  
im Zentr. Hof, an um.  
Ulrichstraße 13, st.

**31.- Moderner Anzug**  
oder Mantel  
fertige ich Ihnen inkl  
weiter Zutaten zu neben-  
stehenden Preisen an  
Lieferung prompt in  
ca. 10 Tagen

**39.-** Ein Versuch und Sie  
sind dauernder Kunde

**48.-** Eleg. Herren-Moden  
**Fortschritt** nur  
Weststr. 61  
neben Blüherstr.

**Selbsthilfe Leipzig**  
Beachten Sie in dieser Woche:

<b>Kakao, Tee, Schokolade</b>	<b>Verschiedenes:</b>
1. Kakao lose . . . . . 1/4 Pfd. 24	ff. geröst. Kaffee . . . . . Pfd. 1.15 bis 65
Igoha-Kakao Gelbwaspen . . . . . 1/4 Pfd. 37	Spreewald-Malzkaffee . . . . . Pfd. 55
Igoha-Kakao Grünwaspen . . . . . 1/4 Pfd. 45	Alle Sorten Obst- u. Gemüse- konserven stets erstkl. u. preisv.
Igoha-Haus-Kakao . . . . . 1/4 Pfd. 30	Himbeer- u. Aprik.-Marmel. mit Apfel . . . . . 2-Pfd.-Elmer nur 1.05
Sarotti-Frühschoko-Kakao . . . . . 1/4 Pfd. 50	1. Pflaumenmus lose . . . . . Pfd. 50
Reichardt-Kakao Grün . . . . . 1/4 Pfd. 50	Vierfrucht-Marmelade . . . . . Pfd. 95
3 Wapen . . . . . 1/4 Pfd. 50	Vierfrucht-Marmelade . . . . . Pfd. 55
Teemärke „Teekanne“ und „Kusmi“ in all. Preislagen. Pak. von 20 bis 100 gr . . . . . von 1.50 bis 2.00	Erdbbeer- u. Himbeerkonfl. . . . . 2 Pfd.-Elmer 1.90
Tee lose, hochf. Java-Orange- Pecco-Mischung . . . . . 50 gr 56	Aprikosen-Konfitüre . . . . . 2 Pfd.-Elmer 1.50
Tee lose, hochf. China-Lapang- Souchong-Mischung . . . . . 50 gr 46	Aprikosen-Konfitüre lose Pfd. 80
Tafelschokoladen . . . . . 70 bis 40	Zigaretten, Zigaretten, Rauch- u. Kautabake in reichh. Auswahl
1. Markenfirmen . . . . . 3 Tafeln à 100 gr 95	Tolleite-, Kernseifen und alle Artikel für die Wäsche in guter Qualität
Milchschokolade . . . . . 3 Tafeln à 100 gr 1.00	

und alle übrigen Lebensmittel und Haushaltartikel billigst  
**mit 6 Prozent Rückvergütung**  
in den bekannten Verkaufsstellen, oder wo nicht vorrätig, durch  
Zentrallager **Wilhelmstraße 34**

Kakao-Probekochen mit Abgabe von Gratisproben:  
Freitag, den 1. Febr. 1929, Südstraße, Ecke Gustav-Freytag-Str.  
Sonntag, den 2. Febr. 1929, Schleußig, Könnertstr. 82

Neu eröffnet: **L.-Sollerhausen, Wurzer Str., Ecke Püchauer Str.**  
**L.-Paunsdorf, Altonaer Str., Ecke Paulinerstr.**

**Gewerkschaftliche Anzeigen**  
Ortsausschuß des **A. D. G. B. Leipzig**  
Volkshaus, Seiner Straße 32, Fernruf 34021

**Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Leipzig**  
**Gruppenversammlungen:**

**Stollener.** Sonnabend, den 2. Febr., 19 Uhr, im Volkshaus  
**Steinholzleger.** Sonnabend, den 2. Februar, 19 Uhr,  
im Volkshaus.  
Tagesordnung wird in den Versammlungen bekanntgegeben.  
Zahlreichen Besuch erwarten **Die Leitungen.**

**Bund sozialist. Freidenker**  
**Bezirk Leipzig**

**Veranstaltungen im Februar 1929:**

**Schönefeld:** Freitag, den 1. Februar, 10.30 Uhr im  
Kathausaal, Breslauer Straße; **Hauptversamm-  
lung.** Vortrag: Brauchen wir Freidenker?  
Referent: Genosse Theo Maier.

**Mückern-Wahren:** Sonntag, den 3. Februar, 18 Uhr,  
im Sozial. Arbeiterheim: **Seitener Abend.** —  
Mittwoch, den 13. Februar, 20 Uhr, im Sozial.  
Arbeiterheim: **Hauptversammlung.** Berichte,  
Wahlen.

**Mockau:** Montag, den 4. Februar, 20 Uhr, im Kato-  
feller: **Mitgliederversammlung.** Freigeitige  
Dichtungen betterer Art. Referent: Genosse Karl  
Bogel.

**Ost:** Mittwoch, den 13. Februar, 20 Uhr, in den Reichs-  
hallen, Eiltzethstraße 3-5, **Jahres-Hauptver-  
sammlung** mit Vortrag des Sekretärs, Genossen  
A. Venmann — Mittwoch, den 27. Februar, **Theater-  
nachmittag für Kinder.** Eintritt frei, Einlaß  
16 Uhr, Beginn: 16.30 Uhr.

**Oetzsch-Gautzsch-Zöbinger:** Mittwoch, den  
18. Februar, im Restaurant **Wittelpunkt, Dösch:**  
**Mitgliederversammlung.** Vortrag: Warum geht  
es bei Konfordinen? Bericht des, Erklären im  
Wahl.

**Süd:** Donnerstag, den 14. Februar, 20 Uhr, in **Stadt  
Borna: Mitgliederversammlung.** 1. Vortrag:  
Das kommende Vreuben-Konfordinen; Ref.: Genosse  
Reinh. Lehmann. 2. Wahl der Delegierten zur  
3. Hauptversammlung des B. I. F. 3. Bericht des.

**West:** Donnerstag, den 14. Februar, 19.30 Uhr, im  
Kathausaal: **Mitgliederversammlung.** Tages-  
ordnung: 1. Gruppenangelegenheiten. 2. Nichtüber-  
Vortrag des Genossen Kurt Braune über: Aus  
ältesten Menschheitszeiten.

**Großschocher:** Freitag, den 15. Februar, 20 Uhr,  
in der **Großburg: Mitgliederversammlung.**  
Genosse Dr. med. Weill berichtet über die §§ 215 und  
219 (Abtreibungsparagrafen). Vollständiges Er-  
schließen ist Pflicht. Eingeladene Gäste willkommen.

**Kleinzschocher:** Sonntag, den 17. Februar, **Beluch  
der Universität, Frauenklub.** Umrahmt 8 Uhr  
vom Schlußtag, Ausdiger treffen sich im Börsaal.  
Vortrag im Börsaal der Klinik beginnt Punkt 9 Uhr.  
— Freitag, den 22. Februar, 20 Uhr, in **Wahlfelders  
Festsaal: Nichtüber Vortrag:** Die Samoanlein  
und ihre wirtschaftliche Bedeutung. Referent: Gen.  
Raube. — 17 Uhr: **Kindernachmittag.**

**Alt-Leipzig:** Montag, den 18. Februar, 20 Uhr, im  
Volkshaus: **Mitgliederversammlung.** 1. Wahl  
der Delegierten zur Bundeshauptversammlung.  
2. Vortrag: Das kommende Vreuben- und Reichs-  
Konfordinen. Ref.: Gen. Reinh. Lehmann.

**Stütz:** Montag, den 18. Februar, 19.30 Uhr, im **Galt-  
hof Stütz: Monatsversammlung.** Nichtüber-  
Vortrag des Genossen Depermann: Die Bedeutung  
der inneren Drüsen des Menschen.

**Entritzsch:** Montag, den 18. Februar, 20 Uhr, im  
Restaurant **Einbehn, Magdalenenstraße 12:**  
**Mitgliederversammlung.** Vortrag: Kamerad-  
schaftliche. Referent: Gen. Reinh. Lehmann, Leipzig.

**Bezirk:** Mittwoch, den 20. Februar, pünktlich 19.30 Uhr,  
im Gartenaal des Volkshaus: **Hauptversamm-  
lung** des Bezirks Leipzig des Bundes sozialistischer  
Freidenker.


**Süd-Ost:** Freitag, den 22. Februar, 19.30 Uhr, im  
**Löwenpark: öffentliche Versammlung.** Re-  
ferent: Genosse E. Zelaner. — Sonntag, den  
10. Februar, 14 Uhr, im **Löwenpark: Bunter  
Kinder-Nachmittag.**

**Leutzsch:** Freitag, den 22. Februar, 20 Uhr, im  
großen Saal des Schwarzen Jäger: **Freigeitige  
Festkunde.** Eintritt ist frei.

**Paunsdorf:** Dienstag, den 26. Februar, 20 Uhr, im  
Gutsparl, **Turnerheim: Mitgliederversamm-  
lung** mit Vortrag. — Freitag, den 8. Februar, von  
18-20 Uhr: **Sahlabend** in den bekannten Lokalen.

**Zur Intimen Körperpflege**  
**Klosetform**  
das ideale Spülmittel aller  
Damen  
Frauenduschen, Spülapparate  
in allen Preislagen  
Sonderale Damenbenutzung

**Gummi-  
Klose**  
LEIPZIG-HAINSTR. 17-19



Fesche  
jugendl.  
**Filzalocke**  
mit moderner  
Strohgarmitur

**5<sup>75</sup>**

**Jersey-Turban-Kappen** . . . . . 1<sup>45</sup>  
**Nahtlose Basken-Mützen** mit kleinen Fehlern 95<sup>00</sup>  
**Original-Rousselet-Hüte** . . . . . 11<sup>75</sup>  
**Original-Möckel-Hüte** . . . . . 11<sup>75</sup>

Nur noch **3 Tage!**  
**Inventur-Ausverkauf**  
Die große Gelegenheit unvergleich-  
licher Vorteile günstigsten Einkaufs

Steppdecken Diwanddecken  
Wollunterbetten Wandbehänge  
Schlafdecken Inletts  
Bettvorleger usw. usw.  
Alle anderen Artikel, für die ein Inventur-Ausverkauf  
verboden ist, zu besonders vorzähligen Preisen, d. s.  
Metall- und Holzbetten Chaiselongues  
Kinderbetten Schlafzimmer-Möbel  
Patent- und Auflage-Matratzen usw. usw.

**Betten-„Lipsia“**  
Gerberstraße 56 Lützner Straße 29  
Albertstraße 31 Scheumannstraße 6  
Täubchenweg 77b

Vorsicht! Jedes Geschäft ist durch  
das Firmenschild  
„Lipsia“ erkenntlich! Nicht irren!  
Auf Wunsch Zahlungs-Erleichterung.

**Vereinszimmer**  
für 15-25 Personen noch einige Tage frei.  
Gastwirtschaft Zentralbahnhof  
Blücherstraße 47, Ecke Berliner Str.

**Für 7 jähr. Jungen**  
wird  
liebvolle  
Pflege gesucht  
wo berufligt. Mutter mit wohnen kann  
Off. u. V. 67 an die Filiale Seiter Str. 32

**Familien-Nachrichten**

Am 30. Januar entschlief nach  
kurzem, schwerem Leiden im  
Alter von 23 Jahren mein lieber  
Sohn, Bruder und Onkel  
**Walter Hanschmann**  
Leipzig W. 32, Rinaltr. 26, II.  
Die trauernde Mutter u. Geschwister  
Beerdigung Sonnabend, 2 Uhr,  
auf dem Friedhof zu Klein-  
schadowitz.

Heute entschlief sanft und ruhig im 66. Lebensjahre mein  
lieber Mann, unser guter Vater, Großvater, Sohn und Bruder  
**Richard Troll**  
Stadtverwaltungsdirktor i. R.  
Leipzig, Arndtstraße 47, II., den 29. Januar 1929.

In tiefer Trauer  
Thekla verw. Troll geb. Schott  
Käthe verw. Jentzsch geb. Troll  
Dr. Kurt Bröse und Frau Elise geb. Troll  
Albert Thieme und Frau Charlotte geb. Troll  
Helene Jentzsch als Enkelin  
Pauline Troll als Mutter und Hinterbliebene.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 2. Februar,  
11 Uhr, von der Hauptkapelle des Südrichthofes aus statt. —  
Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

**Haus der Hüte**  
Größtes Spezialunternehmen Deutschlands

**Brühl 6** Filialen: Brimmalsch, Steinweg 15, Windmühlenstr. 24,  
Eisenbahnstraße 31, Gundorfer Straße 15  
Breite Straße, Ecke Beuchaer Straße, Petersstr. 39/41.

# Berliner Warenhaus Siek in Flammen

### Bis auf die Grundmauern niedergebrannt — 15 Löschzüge in Tätigkeit — 20 Mill. Mark Schaden

SPD Berlin, 31. Januar.  
Der Norden Berlins hat gestern Abend eine Feuerkatastrophe erlebt, wie sie seit Menschengedenken in der Reichshauptstadt in einem solchen Maße nicht mehr zu verzeichnen war. Das Warenhaus Siek in der Chausseestraße 70, ein dreistöckiges Gebäude, das ein Schaufensterfront mit braunem Vollständig nieder. Ein Teil des Warenhauses stürzte während der Löschaktion, zu der ein riesiges Feuerwehrausgebot herangezogen worden war, brennend in sich zusammen. Eine 20 Meter hohe Feuersäule kennzeichnete bis in die entlegenen Stadteile den Kleinstbrandherd und der Himmel war in weitem Umkreise ein blutiges Rot gefärbt. Durch die riesige Flammen- und Funkenbildung — ein ungeheurer Funkenregen stob bei dem heftigen Nordostwind nach allen Seiten auseinander — gerieten die angrenzenden und gegenüberliegenden Wohnhäuser in einem Umkreise von vielen hundert Metern in eine Feuergefahr. Eine Zeitlang mußten sich die Wehren überhaupt nur darauf beschränken, die bedrohten Wohnhäuser vor dem Feuer zu schützen. Bei dem Brande haben acht Feuerwehreinheiten Brandwunden und Schnittwunden erlitten. Teilweise konnten die Verunglückten an Ort und Stelle verbunden werden. Zum anderen Teil mußten die Verwundeten zur ärztlichen Beobachtung ins Krankenhaus gebracht werden.

weisse beleuchtet wurden. Dadurch ist wahrscheinlich eine starke Überlastung des Lichtnetzes entstanden, die zum Kurzschluss führte.  
Daß der Brand in kürzester Zeit das gesamte Gebäude ergriffen hat, hat wohl seinen Grund darin, daß in einem Treppenschacht in der Mitte des Gebäudes Holzverkleidungen bis zum Dach gebaut worden waren, die man mit Dekorationsstoffen zu Kellern und Treppen bespannt hatte. Auch die große Anhäufung an Weiß- und Wollwaren zur „Weißen Woche“ hat die Ausbreitung des Feuers sehr begünstigt. Aus dem brennenden Gebäude hörte man in gewissen Abständen Detonationen, die wohl aus dem Parfümerielager kamen.

Am 22.30 Uhr war man in den Nachbarhäusern noch damit beschäftigt, Mobilien auf die Straße zu bringen, da die Einwohner immer noch ein Uebergreifen des Brandes befürchteten. Am diese Zeit mußte auch das Publikum auf der Straße weiter zurückgenommen werden, denn der Funkenflug war so stark geworden, daß für die Zuschauer Gefahr bestand. Die Fensterhebel der anliegenden und gegenüberliegenden Häuser, wie auch die Kellertüren sind durch die Hitze geplatzt. Die Straße ist mit Glassplittern überfüllt. Fünf Feuerwehreinheiten sind durch Splitter leicht verletzt worden. Wie stark gefährdet auch die dem brennenden Gebäude gegenüberliegenden Häuser waren, geht daraus hervor, daß dort ganz plötzlich die Balkone nachgaben und auf die Straße stürzten. In einigen Wohnungen gingen die Gasdinnen Feuer, so daß man schließlich die Vorderräume der gegenüberliegenden Häuser räumen lassen mußte. Die Möbel konnten nicht in Sicherheit gebracht werden, da man sie vor Hitze nicht anlassen konnte.

Die Zahl der Feuerlöschzüge, die an der Brandstelle tätig sind, ist inzwischen auf 16 erhöht worden.

Wie weit sich bisher ermitteln läßt, ist das Feuer gegen 20 Uhr im Erdgeschoss entstanden. Mehrere Angestellte, die um diese Zeit dort beschäftigt waren, haben plötzlich bemerkt, daß an der Decke die elektrische Lichtleitung, sowie Stoffe und Papier in Brand geraten waren. Das Feuer hat sich dann so rasch ausgebreitet, daß die Angestellten das Gebäude fluchtartig verlassen mußten. Es waren gestern an dem Hause riesige Lichtreflexen für die „Weiße Woche“ angebracht worden, die heute Abend zum erstenmal ver-

# Ein verwegener Bankeinbruch in Berlin

III Berlin, 30. Januar.

Im Berliner Westen ist die Depotkassette Kleist-Straße der Diskontogesellschaft das Opfer eines dreisten Einbruchs geworden. Das Verbrechen muß schon zwischen Sonnabend und Montag begangen worden sein. Gleichwohl war es erst am Mittwochmorgen möglich, die ersten Feststellungen zu machen. Die Räuber haben die Vorderwand des Hauses durchbrochen und sich einen unterirdischen Gang von 2 Meter Tiefe und 50 Zentimeter Breite an die Ventilation der im Kellergehobenen Stahlkammer der Bank geschlagen. Sie mußten viele Stunden auf diese Arbeit verwenden haben. Alle in der Stahlkammer gelegenen Panzerfächer sind von den Räubern mit Schweißapparaten geöffnet worden, und der ganze Inhalt ist den Einbrechern in die Hände gefallen. Der Schaden läßt sich einstweilen noch nicht feststellen. Jedenfalls umfaßt er Wertpapiere und auch bares Geld. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur; sie haben von innen die normalerweise zu den Panzerfächern führenden Schlüßer mit ihren Schweißapparaten zerstört, so daß die Bankbeamten seit Montag die Stahlkammer nicht betreten konnten. Solange hat es gedauert, bis man sich durch die zerstörten Schlüßer überhaupt hat Eingang verschaffen können. Als dieses endlich geschehen war, stellte man die Tatsache des Einbruchs und den großen Schaden fest.

# Verkehrsstockungen durch Schnee

### 127 000 Schneeschipper auf den polnischen Bahnstrecken

II Warschau, 30. Januar.

Während im Gebiet von Warschau, Arad und Kattowitz der normale Verkehr wieder aufgenommen werden konnte, werden aus den übrigen Teilen des Landes weiter schwere Störungen infolge der riesigen Schneemengen gemeldet. Die Zahl der mit der Freilegung der Schienenstränge beschäftigten Arbeiter mußte auf 127 000 erhöht werden. Die der Eisenbahnverwaltung durch die Schneefastfrohne entstandenen Kosten belaufen sich bis jetzt auf annähernd 17 Millionen Zloty.

# Katastrophale Auswirkungen in Südbanien

II Belgrad, 30. Januar.

In den letzten Tagen hatte ganz Südbanien, besonders Montenegro und Albanien unter Schneeverwehungen zu leiden. Der gesamte Eisenbahnverkehr hat Montenegro ist unterbrochen. An einigen Orten liegt der Schnee bis zu sieben Meter hoch. Selbst die Lebensmittelbeförderungen wurden dadurch unmöglich gemacht. Zahlreiche Häuser sind eingestürzt, wobei auch Menschen zu Schaden kamen. Bisher wurden 10 Personen unter eingestürzten Häusern ausgegraben. Der Obergespan von Montenegro ordnete eine allgemeine Verpfichtung für Männer von 18-60 Jahren an, ohne Unterschied auf Stand und Rang sich am Schneeschmelzen zu beteiligen. Ein Eisenbahnzug in der Nähe von Stip ist vollständig eingeschneit. Da auch die Hilfslokomotive stecken blieb, mußte Militär und die Einwohnerkraft der benachbarten Orte zur Hilfe herangezogen werden. Alle Telefonleitungen mit Albanien sind unterbrochen. Der Eisenbahnverkehr in Albanien mußte teilweise eingestellt werden.

# Schweres Eisenbahnunglück in Paris

SPD Paris, 31. Januar.

Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich in der Nacht zum Donnerstag vor dem Pariser Vorortbahnhof Nanterre ereignet. Zwei Züge, von denen der erste noch auf die Einfahrt wartete, fuhren aufeinander. Es wurden 40 Personen verletzt, davon acht lebensgefährlich.

Notzhilfs ewiges Leben. Durch die Aufführung des Stückes „Benjamin der Dritte“ in Westeuropa ist Tunesjabowla, der Heimatort dieses jüdischen Wanderers, auch weiteren Kreisen bekanntgeworden. Es ist ein gottvergessenes Städtchen in einem Winkel der Ukraine, in dem lauter arme Juden wohnen. Der Besitzer des Stückes, Mendele Mochejorin, war auch ein armer Mann — ein Hausierer. Eines Tages kommt Mochejorin zu Notzhilf und bittet um eine milde Gabe. „Na schön“, meint Notzhilf, „aber was geben Sie mir dafür?“ — „Ich bringe Ihnen das ewige Leben!“ — „Wie das?“ — „Fahren Sie nach Tunesjabowla, Herr Notzhilf! Seit Tunesjabowla steht, ist dort noch nie ein reicher Mann gestorben!“

# Die belauschte Staatsanwaltschaft

### Photographierte Akten

#### Eine Geldfälscheraffäre mit politischem Einschlag

Die Staatsanwaltschaft in Berlin befaßt sich zur Zeit mit der Aufhellung einer ihr selbst noch ganz dunklen Angelegenheit. Vor Jahren hat eine internationale Gruppe von Feinden Sowjetrusslands den Versuch unternommen, durch umfangreiche Fälschungen von Tscherwonegen die neue russische Goldwährung zu erschüttern. Der Ausgangspunkt der Fälscherbande ist offenbar Paris gewesen, die Fälschungen selbst wurden in Deutschland begangen, das Papier dafür wurde aus England geliefert. In Deutschland wurde die Fälscherwerkstatt ausgehoben, jedoch nicht, wie man längere Zeit angenommen hat, bevor sie in größerem Umfange Fälschungen begangen konnte, sondern erst nachdem bereits für etwa 80 Millionen Tscherwonegen gestutzt und verausgabt waren. Das von England gelieferte Papier hätte ausgereicht, um etwa für 1/4 Milliarden Tscherwonegen herzustellen.

Wegen die in Deutschland erwischten Fälscher und ihre Helfershelfer ist eine Untersuchung anhängig gemacht worden, die außerordentlich schwierig war. Eine gewisse Klärung ist durch den Georgier Sabathierakowski erreicht worden, der in einer etwa 50 Schreibmaschinenrollen umfassenden Schutzschrift die politischen Zusammenhänge der Affäre aufdeckte. Es handelte sich für ihn darum, der Strafverfolgung auf Grund des Amnestiegesetzes zu entgehen mit Bezugnahme darauf, daß es sich um ein politisches Verbrechen handle. Sämtliche Angeklagten sind auch tatsächlich mit einer solchen Begründung zeitweilig außer Strafverfolgung gesetzt worden. Das Kammergericht hat aber den Einstellungsbeschluss gegen die Fälscher aufgehoben, und die Untersuchung ist fortgesetzt worden. Man rechnet nun damit, daß im Laufe dieses Jahres die Verhandlung gegen die Fälscher endlich stattfinden kann.

In dieser Situation mußte man feststellen, daß das Aktenmaterial der Berliner Staatsanwaltschaft von Komplizen der Fälscher eingesehen und photographiert worden ist. Die Photographien sind den Helfershelfern der in Deutschland Verhafteten in England zugesandt worden.

Das ist insofern besonders interessant, als behauptet wird, daß der englische Petroleumkönig Deterding mit den Fälschern in Beziehungen steht. Bei der Feindschaft, die Deterding oft genug gegen den Petroleumrivalen Rußland geäußert und bestätigt hat, ist diese Behauptung nicht gerade unglaubwürdig. Allerdings würde eine Bestätigung solcher Zusammenhänge zwischen Deterding und den Tscherwonegen-Fälschern ein recht beachtenswertes Licht auf die Methoden des internationalen kapitalistischen Konkurrenzkampfes werfen. Jedenfalls müssen die englischen Helfershelfer, der in Deutschland Verhafteten über erhebliche Geldmittel verfügen, denn es ist nicht anzunehmen, daß sie für wenig Geld Einblick in die Akten erlangen konnten.

Wer nun, so ist die Frage für die Berliner Staatsanwaltschaft gestellt, hat die Akten photographiert? Wo und bei welcher Gelegenheit ist die Einsichtnahme in Akten möglich gewesen, die angeblich

stets unter strengstem Verschluß gehalten worden sind? Es wird angebeutet, daß eventuell auf dem Transport der Akten von Berlin nach München die Einsichtnahme geschehen sein könnte. In München wurden die Akten benötigt, damit dort die nach Bayern laufenden Fäden der Fälscheraffäre aufgenommen werden konnten. Dieser Verdacht ist immerhin erklärlich, wenn man den nationalsozialistischen Einfluß in bayerischen Justizkreisen in Rechnung stellt. Sollte sich dieser Verdacht bestätigen, so würde das wiederum ein beachtenswertes Licht auf die Ordnungszelle Bayern werfen. Es ist also anzunehmen, wenn nicht die übliche Geheimnisträumerei bis zum Schluß gerieben wird, daß die endliche Klärung der Angelegenheit allerhand Einsichten vermitteln wird.

## Die harte Nuß



## ist geknackt

# im Inventur-Ausverkauf!

Die zerdrückten Preise beweisen es.

Strümpfe	Damen- und Kinder-Unterkleidung	Herrn-Artikel und Unterkleidung	Strickwaren
Damen-Strumpf Wasch-Seide, 2. Wahl, 2fache Sohle, Spitze und Hochriese . . . . .	Damen-Schluphose Wolle, platt, sehr warm haltend, nicht auftragend 1.95, Trikot m. dopp. Gesäß . . . . .	Selbstbinder vornehme Dessins dazwellige, aparte Foul-Musterung . . . . .	Herrn- und Damen-Unterzieh-Westo reine Wolle, gestrickt . . . . .
65	48	48	1
Damen-Strumpf Wolle platt, 2. Wahl, warme, haltbare Qualität . . . . .	Damen-Prinzebrock reine Wolle, äußerst warmhaltend, nicht auftragend . . . . .	Herrn-Oberhemd Pasten, Popeline, Zephir, mit und ohne Kragen . . . . .	Damen-Lumberjack K-Seide, platt, moderne Effekt-Musterung . . . . .
1.25	3.45	4.85	3
Damen-Strumpf Echte „Bemberg-Seide“, Gold-Stempel . . . . .	Bästenhalter Wasch-Seide, gestreift, mit seidigen Trägern, mod. Form, in vielen Farben . . . . .	Herrn-Unterhose la Wolle, sehr warmhaltend . . . . .	Damen- und Herren-Westen reine Wolle, solide Strapazier-Qualität, mit farbiger Blende . . . . .
1.95	48	1.95	4
Herrn-Socke 2. Wahl, mit eleganten Jacquard-Mustern . . . . .	Kinder-Schluphose Wolle, platt, in vielen schönen Farben, für 2-4 Jahre . . . . .	Herrn-Barnitur la Wolle, in schönen Farben, 2 Tolle . . . . .	Herrn-Berufs-Westen kräftig, gestrickt, sowie gewalkt, wirkliche Strapazier-Qualitäten . . . . .
55	55	3.75	3
Herrn-Socke Wolle, 2. Wahl, aparte Muster . . . . .			Kinder-Westen u. Pullover reine Wolle, in schönen Farben . . . . .
85			1
Kinder-Strumpf Gebrauchs-Qualität, fein gerippt, für 9 6 5 1-4 Jahre . . . . .			Baby-Ausfahr-Jäckchen aus wollenem Reine-Stoff, in entzückenden Pastell-Farben . . . . .
18			1
Damen-Stulpen-Handschuh mit sehr sparter Manchette, la Wildleder imit. . . . .			Kinder-Mäntel kräftig, Qualität, in moderner Effekt-Musterung und Wollplüsch-Besatz . . . . .
75			3



Kleingehabe vorbehalten — Diese Sonderveranstaltung findet nur in meinem Hauptgeschäft statt

## Meuchelmörder als Werkzeuge Gottes

Der Ehrhardt-Mann von Salomon hat in der Zeitschrift Deutsche Front zwei Artikel über die Morde an Erzberger und Rathenau veröffentlicht, in denen er die Behauptung aufstellt, die Vorsehung habe sich der Mörder zu ihren Zwecken bedient. Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage wegen Vergehens gegen das Republikshandgesetz, die Hamburgische Strafkammer sprach ihn frei. Sie erblickte in den Aufhängen weder eine Verherrlichung, noch eine Billigung der Morde. Ein merkwürdiges Urteil. Wenn die Mörder als Werkzeuge Gottes hingestellt werden, so soll das weder eine Verherrlichung noch eine Billigung sein! Deutsche Richter sind eben Leute von ganz besonderer Urteilskraft, an die das Verständnis gewöhnlicher Sterblicher nicht heranreicht.

Wir hören in der letzten Zeit immer wieder von Anklagen und Verurteilungen auf Grund des Gotteslästerungsparagraphen. Dieser Paragraph wird wegen der geringsten Kleinigkeit bemüht, vor kurzem erst, als ein Zeichner Christus am Kreuz mit Gasmaske und Kommissariefeln gezeigt hat. Also: es ist Gotteslästerung, Christus in der Gestalt eines gefallenen Kriegers zu zeichnen. Es ist aber keine Gotteslästerung zu behaupten, daß Gott sich seine Mörder zu seinen Werkzeugen erwählt und daß er die Morde an Erzberger und Rathenau gewollt habe.

SWD Die Staatsanwaltschaft des Landgerichts II in Berlin hat gegen das Urteil des Amtsgerichts Berlin-Tempelhof, das die Beschlagnahme des bekannten Buches „Die Kirche in der Karikatur“ aufhob, Berufung eingelegt.

## Die „Judenfahne“

Unter dieser Ueberschrift hatte die nationalsozialistische Zeitschrift „Der Führer“ in Karlsruhe am 10. März 1929 einen Artikel gebracht, in dem zunächst festgestellt wurde, daß in der ganzen langen Kaiserstraße in Karlsruhe im ganzen nur an vierzehn Stellen die Reichsfahne ausgehängt worden sei, und zwar unter Aufsicht der einzelnen Häuser „Selbsterlöser“; an diese Fahnenstellung war aber auch noch die Bemerkung geknüpft worden: „Sehen Sie, wenn wir nun behaupten würden, Schwarzrotgold ist eine Judenfarbe, so würden wir gegen das Republikshandgesetz verstoßen. Deswegen behaupten wir das lieber nicht.“ Wegen dieses Artikels wurde der Schriftleiter des genannten Blattes, Franz Moraller, vom Schwurgericht Karlsruhe am 21. November 1928 wegen Vergehens gegen § 8 Absatz 2 des Republikshandgesetzes an Stelle einer verurteilten Gefängnisstrafe zu einer Geldstrafe von 300 Mark verurteilt.

Der 1. Strafsenat des Reichsgerichts, bei dem Revision mit der Begründung eingelegt worden war, aus der antisemitischen Einstellung des Blattes allein könne die zur Verurteilung notwendige grob verletzende Beschimpfung nicht abgeleitet werden, verwarf aber die Revision als unbegründet und schloß sich im allgemeinen dem Urteile des Reichsanwalts an. Dieser hatte ausgeführt, an sich sei es richtig, daß der Ausdruck „Jude“ und in diesem Zusammenhang auch „Judenfahne“ nichts Beschimpfendes an sich habe; es komme aber immer darauf an, in welcher Absicht und von wem ein solches Wort geäußert werde.

SWD München, 30. Januar.

Vor dem Schwurgericht München wurde am Mittwoch eine Offizialklage gegen den verantwortlichen Redakteur des völkischen Beobachters Eßer verhandelt. Das Blatt hatte seinerzeit den Vorgang in Berlin, bei dem aus Anlaß einer Straßensperre sich eine „Wißigkeit“ mit „Wozschickentzen“ der „Schubabstiege“, fortgesetzt und im Wille des Berliner Polizeipräsidenten Wolf durch einen „Schubbeamten“ verprügelt lassen. Das Gericht verurteilte Eßer zu 500 Mark Geldstrafe oder 14 Tagen Gefängnis.

## Die Forderungen der Wirtschaftspartei

WVB Berlin, 29. Januar.

Auf der heutigen Schlusstagung des Reichsparteitages der Wirtschaftspartei wurden Entschlüsse angenommen, von denen die zur Finanzpolitik eingehenden im wesentlichen folgende Forderungen enthält: Bällige Vereinfachung aller Sondersteuern, insbesondere der Gewerbesteuer und der übrigen Realsteuern. Der Ausschlag soll durch Zuschläge zur Einkommen- und Körperschaftsteuer gedeckt werden. Das Steuervereinfachungsgesetz in der jetzigen Form wird abgelehnt, weil es den selbständigen Mittelstand noch schwerer belastet. Ferner wird gefordert restlose Vereinfachung aller Steuervorteile der Unternehmungen der öffentlichen Hand, Konsumvereine usw. Die Partei lehnt mit aller Entschiedenheit jede weitere Erhöhung der Haushalte in Reich, Ländern und Gemeinden als untragbar ab und fordert mit Nachdruck Sparmaßnahme und schärfste Einschränkung der Verwaltungsausgaben. Zur Wohnungsfrage wurde eine Entscheidung angenommen, die die Aufhebung des Reichsmietengesetzes, des Mieterkündigungsgesetzes, des Wohnungsmangelgesetzes unter Erlaß angemessener Übergangsbestimmungen bis zum Eintritt der festen Wirtschaft fordert. In weitesten Entschlüssen tritt die Partei für die unbedingte Beibehaltung des Transferzuschusses und für die sofortige Räumung des besetzten Gebietes ein.

## Steuervorlagen vor dem Reichswirtschaftsrat

WVB Berlin, 29. Januar.

Der finanzpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates behandelte am Dienstag die von der Reichsregierung zur Deckung des Haushaltsbeitrages vorgelegten sieben Steuervorlagen. Nach einer Generalausprache wurden die Entwürfe zwei Arbeitsausschüssen überwiesen.

## Notizen

Der sozialdemokratische Polizeipräsident von Frankfurt a. M. gestorben. Im Alter von 57 Jahren ist in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend der sozialdemokratische Polizeipräsident von Frankfurt a. M., Joseph Zimmermann, einem schweren Herzleiden erlegen. Zimmermann war einer der ältesten Frankfurter Sozialisten. Bis zu seiner Ernennung als Landrat in Höchst a. M. war er Gauleiter des Malerverbandes, sowie Stadtverordneter, und bekleidete verschiedene andere Ehrenämter der Partei. Seine Ernennung als Landrat von Höchst a. M. erfolgte am 1. Mai 1921. Am 8. April 1926 wurde er zum Polizeipräsidenten von Frankfurt ernannt.

## Sächsische Angelegenheiten

### Genosse Bernhard Menke gestorben

Blätlich kommt die Kunde, daß am 31. Januar 1929, früh in der 3. Stunde, das Mitglied des Sächsischen Landtages, Genosse Bernhard Menke, im Alter von 32 Jahren an den Folgen einer schweren Grippe verstorben ist. Menke, der seit Jahrzehnten in der Arbeiterbewegung tätig war, bekleidete längere Zeit den Posten eines Arbeitersekretärs in Dresden, war als Bürgermeister in Heidenau bei Dresden und später als Polizeipräsident in Dresden tätig. Im Jahre 1923, nach dem Einmarsch der Reichswehr in Sachsen, wurde Menke, der sich den besonderen Haß des Bürgertums zugezogen hatte, durch den General Müller seines Postens als Polizeipräsident entlassen.

Der verstorbenen Genosse Menke hat ebenfalls sein Wirken für die sozialistische Idee mit Freiheitsstrafen büßen müssen. Während des Völkermordes war er in einen Landesverratsprozeß verwickelt, weil er angeblich Jugendliche zu einem Streik zur Beendigung des Weltkrieges aufgefordert haben sollte. Diese Aufforderung brachte Menke eine längere Zuchthausstrafe ein, von der er durch die Revolution befreit wurde. Das Proletariat steht trauernd an der Bahre eines Mannes, der Freund, Kamerad und Führer in wirklicher Uneigennützigkeit war.

### Der neue Landes-Eisenbahnrat

Eine Bräufierung des Gemeindetages.

Beim Übergang der Länder-Eisenbahnen auf das Reich wurden auf Grund des Art. 83 der Reichsverfassung durch Verordnung der Reichsregierung vom 24. April 1922 „zur beratenden Mitwirkung in Angelegenheiten des Eisenbahnverkehrs und des Tarifs“ der DRB „Landeseisenbahnräte“ und ein Reichseisenbahnrat errichtet. Für das Gebiet der RPD Dresden (früher Reg. Sächs. Staats-Eisenbahnen) ist ein Landeseisenbahnrat von 32 Mitgliedern errichtet. Dieser RER ist „bei wichtigen Änderungen der Tarife und der Vorschriften auf dem Gebiete der Abfertigung und des Wagensdienstes sowie der Fahrpläne und über die Verkehrsbedeutung neuer Eisenbahnlinien zu hören“ (Näheres siehe Reichsgesetzblatt vom 30. April 1922 Nr. 3 Seite 77 ff.).

Die Ernennung zum RER brachte schon vor einiger Zeit lebhaft Auseinandersetzungen der Presse mit der Regierung, weil diese den bisher im Landeseisenbahnrat tätigen Vertreter Uhlig, Ersten Bürgermeister in Radeberg, nicht wieder in den RER berufen hat. Bürgermeister Uhlig, der zweite Vorsitzende des Sächsischen Gemeindetages, war der Regierung vom Sächsischen Gemeindetag abermals als Vertreter dieser Körperschaft im RER im Vorschlag gebracht worden. Die Selbst-Regierung bzw. das Wirtschaftsministerium aber ließ den Einschlüssen des Leipziger Oberbürgermeisters das Ohr und berief den Leipziger Stadtrat Dr. Leiste als „Vertreter der sächsischen Gemeinden“ in den RER. Das Verhalten des Wirtschaftsministeriums, das in erster Linie für die Ernennungen verantwortlich ist, bedeutet eine schwere Bräufierung des Gemeindetages und dessen Vorstand, denn dieser hatte erneut am 19. Januar beschlossen:

1. am Vorschlag Uhlig festzuhalten,
2. Herrn Stadtrat Leiste, Leipzig, als Vertreter des Gemeindetages nicht anzuerkennen,
3. dem Wirtschaftsministerium und Landeseisenbahnrat das Bestehen des Gemeindetages über die Nichtberufung seines Vorschlags zum Ausdruck zu bringen.

Außerdem lehnt Bürgermeister Uhlig die Ernennung zum Erstem im RER ab.

Die Zusammensetzung des RER ist äußerst interessant, die Art der Vertretung (die an guten Zugverbindungen das größte Interesse hat), die Konjunktur (denen an einer gesunden Frachten- und Tarifpolitik gelegen ist) sind fast gar nicht bei den Ernennungen berücksichtigt worden. Nicht Vertreter der Gewerkschaften, von diesem Wahlkörper selbst im Vorschlag gebracht (einschließlich der sächsischen Hirsch-Dunderschen!), und der Geschäftsführer des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz sowie der durch „Zufall“ gewählte sozialdemokratische Abgeordnete Kaufsch, Zwickau, vertreten in diesem immerhin wichtigen Institut die schaffenden und konsumierenden Stände unseres Freistaates! Industrie, Mittelstand und Landwirtschaft dominieren dagegen mit 22 Sitzen!

Der RER setzt sich für die dritte Wahlperiode (1. Januar 1929 bis 31. Dezember 1931) wie folgt zusammen: Von der Regierung ernannt: Bergdirektor Dr. Krug, Lugau; Schiffahrtsdirektor Kell, Dresden; Professor Dr. Koster, Dresden (als Vertreter des Einzelhandels); Kommerzienrat Reinicke, Chemnitz; Stadtrat Dr. Leiste, Leipzig; Geschäftsführer Fischer, Leipzig (Konsumverein Leipzig-Plagwitz); Redakteur Kaufsch, Zwickau (vom Landtag gewählt). Dazu von der Thüringischen Regierung ernannt: Bergwerksdirektor Dr. Randhahn, Altenburg. Hierzu kommen noch als Vertreter der Handelskammern: Bergdirektor G. Hardt, Borna; Kommerzienrat Geisberg, Gera; Kohlenhandelsdirektor Volte, Leipzig; Fabrikbesitzer Wammen, Plauen; Fabrikbesitzer Preislich, Reichenau; Fabrikbesitzer Günther, Greiz.

Von den Gewerkschaften: Schlossermeister Thalheim, Leipzig; Bäckermeister Biener, Chemnitz; Buchbindermeister Herold, Reichenau; Fleischermeister Merkel, Altenburg.

Von den Landwirtschaftskammern: drei Oekonomieräte, ein Rittergutsbesitzer, ein Oberforstmeister i. R. und ein Baumshulensbesitzer.

Als Vertreter der Gewerkschaften (ADGB, MA, MVB, DRB, Deutscher Gewerkschaftsbund und Gewerkschaftsring) sind vorgeschlagen: Binnenfahrer Kollberg, Dresden; Landessekretär des ADGB Arndt, Dresden; Transportarbeiter Herold, Bahren; Gewerkschaftssekretär Schilling, Leipzig; Eisenbahner Dittus, Reichenbach; Geschäftsführer vom MA-Bund Dazig, Leipzig; Gauvorsitzer Hegewald, Leipzig; Regierungsrat Müller, Dresden.

Die Zusammenfassung ergibt also: 5 Industrielle, 5 Oekonomieräte, 1 Syndikus, 4 Handwerksmeister, 6 Oekonomieräte und Rittergutsbesitzer, 8 Vertreter der Gewerkschaften, 1 Vertreter der Konsumvereine, 1 Vertreter des Landtages und von dem Gemeindetag nicht anerkannter Vertreter der Stadt Leipzig. Die Selbst-Regierung hätte es in der Hand gehabt, an dieser Zusammensetzung manches zu ändern, aber sie ernannte von den ihr zustehenden 7 Vertretern 2 Direktoren, 1 Industriellen, 1 Syndikus, 1 Stadtrat, 1 Vertreter der Konsumvereine und 1 Vertreter des Landtages. Da auch der Staat Thüringen noch einen Bergwerksdirektor ernannt hat, sind die Direktoren und Industriellen recht zahlreich vertreten.

Man muß dem Wirtschaftsministerium das Kompliment machen, daß es sehr gut verstanden hat, die Interessen der Landwirtschaft, der Industrie usw. bei den Ernennungen zu berücksichtigen, daß aber Arbeiter und Verbraucher fast völlig verdrängt, der Vorschlag des Gemeindetages aber überhaupt nicht beachtet wurde.

### Nachschauverhandlung des Sächsischen Verkehrsverbandes

Am 26. und 27. Januar hielt der Sächsische Verkehrsverband seine 28. Jahreshauptversammlung in Augustsburg ab. Aus der sehr reichhaltigen Tagesordnung erregten besonderes Interesse die

Punkte: Teilnahme an der Jahreskonferenz, Winterwettermeldungen, Werbemaßnahmen, unbewachte Bahnübergänge, Fragen des Grenzverkehrs, Förderung der Erzgebirgsbahn u. a. Auf den zahlreichen regionalen Verkehrsversammlungen wurde viel positive Arbeit zur Verbesserung des Eisenbahn- und Kraftverkehrs geleistet. Die Organisation des Fernverkehrs ist in enger Zusammenarbeit mit der Landesverkehrsverwaltung ausgebaut und über ganz Mitteldeutschland erweitert worden. Auf den beiden Reisen sowohl wie auf der Dübena in Leipzig war der Sächsische Verkehrsverband durch große, in sich geschlossene Sonderausstellungen vertreten. An Publikationen erschienen „Sachsen im Sommer“, „Sachsen im Winter“, die Sächsische Schweiz und das Elbtal, die Kunst, Mauen und das Vogtland, Verkehrsstarke von Sachsen 1928 und diverse kleinere Veröffentlichungen. Das vorhandene Bildmaterial ist wesentlich erweitert worden. Die Lichtbildsammlung umfaßt über 2000 verschiedene sächsische Motive.

Durch die Werbestelle Leipzig wurden etwa 205 000 sächsische Werbeproschüren an das In- und Ausland abgegeben. Der Sächsische Verkehrsverband ist bemüht, den Verkehr in und nach Sachsen zu heben und zu fördern.

### Die Ausstellungstätigkeit des Deutschen Hygienemuseums

Vom Oktober bis Dezember 1928 konnte das Deutsche Hygienemuseum in Dresden Wanderausstellungen von „Der Mensch in gesunden und kranken Tagen“ durchführen in Halle a. S., Freiburg i. Br., Heilbronn und Wülfingen, die insgesamt rund 80 000 Besucher brachten. Die Ausstellung „Geschlechtskrankheiten und ihre Bekämpfung“ wurde in Gelsenkirchen und Bitten gezeigt und von insgesamt 15 000 Personen besucht. Die neue Ausstellung „Richtige Ernährung“ wurde erstmalig in Leipzig gezeigt und wanderte dann nach Duisburg. Beide Städte brachten eine Besucherzahl von rund 80 000. Die Ausstellung „Gesundheitspflege“ setzte ihre Wanderung in verschiedenen Landkreisen fort; sie wurde zuletzt in kleineren Orten des Landkreises Jericho und Witten im Zusammenwirken mit den Kreiswohlfahrtsämtern gezeigt.

Das Gesamtergebnis der Ausstellungstätigkeit des Deutschen Hygienemuseums im Jahre 1928 ist folgendes: die neuen Wanderausstellungen wurden in 78 Städten und Ortschaften Deutschlands gezeigt bei einer Gesamtbesucherzahl von 1 690 244 Personen.

Für das Jahr 1929 liegen schon eine ganze Reihe von Ausstellungsterminen vor. Die Gruppe „Der Mensch in gesunden und kranken Tagen“ wird zunächst in Bremen, Hamburg-Wilhelmsburg, Hamburg, Hannover, Wülfrathen i. Thür., Jena und Worms, die Ausstellung „Geschlechtskrankheiten und ihre Bekämpfung“ in Gera, „Richtige Ernährung“ in Barmen und Erfurt gezeigt werden. Die Ausstellung über „Gesundheitspflege“ befindet sich zur Zeit in Hofheim i. Taunus.

### Der „Rechtsreformer“ Müller-Heim

In Dresden kam es am Freitagabend in einer Versammlung, die der wiederholt wegen Belästigung und anderer Delikte vorbestrafte sogenannte Rechtsreformer und Rechtsbeistand Müller-Heim einberufen hatte, zu schweren Ausschreitungen gegen Polizeibeamte. Müller-Heim hatte zu der Versammlung einen Dresdener Staatsanwalt eingeladen, mit dem er, wie er angekündigt hatte, gründlich abrechnen wollte. Der betreffende Staatsanwalt war aber nicht erschienen, dafür aber zwei Beamte der politischen Polizei. Diese forderte Müller-Heim zunächst zum Verlassen des Saales auf. Als die Beamten nicht gingen, heulte Müller-Heim die Versammelten gegen die Beamten auf, so daß einer der Beamten den Saal verließ, um stärkere Polizeikräfte herbeizuholen. Währenddessen drangen die Versammlungsteilnehmer unter Führung Müller-Heims auf den zurückgebliebenen Beamten ein, der sich mit der Schußwaffe in der Hand den Rückzug aus dem Saal bahnte. Als die beiden Polizeibeamten unter dem Schutz eines stärkeren uniformierten Polizeiaufgebotes den Saal wieder betreten, gab es wieder einen heftigen Zusammenstoß mit Müller-Heim. Schließlich wurde die Versammlung polizeilich aufgelöst.

Offenbar hat sich Müller-Heim mit der Sache wieder einmischen eine böse Geschichte eingebrocht. Es muß aber doch gefragt werden, wie die Polizei dazu kommt, zwei Beamte zur Überwachung in die Versammlung zu schicken?

Dresden. Ueberfall! Dieser Tage will eine Kellnerin gegen 5 Uhr auf der Augustusbrücke von drei unbekannten Burschen überfallen, ihres Geldtäschchens beraubt und mit einem Gummiknüppel geschlagen worden sein. Bei der polizeilichen Vernehmung machte die Kellnerin widersprechende Angaben, sie war auch offensichtlich angetrunken. Der angeblich geraubte Geldbetrag wurde in ihrer Handtasche vorgefunden. Die weitere Untersuchung des Vorganges war bisher erfolglos, weil weder die Verletzte noch eine angegebene Zeugin in ihren Wohnungen erreicht werden konnten.

Waldau bei Lübau. Im Schnee erfroren. Der 67 Jahre alte Rentennepfänger Bläke wurde wenige Schritte von seiner Wohnung entfernt in einer Schneewehe erfroren aufgefunden.

Chemnitz. Durch Schneeverwehungen gesperrte Straßen. Infolge Schneeverwehungen ist die Staatsstraße Lengfeld-Augustusburg vom Marienplatz in Lengfeld bis zur Einmündung auf die Staatsstraße Freiberg-Annaberg bis auf weiteres für den Kraftfahrzeugverkehr gesperrt. Auch die Staatsstraße Anspurg-Rübenau ist vom Gemeindevorstand in Anspurg bis zum Gemeindevorstand in Rübenau bis auf weiteres gesperrt. Ferner ist die Staatsstraße Annaberg-Wiesenthal infolge Schneeverwehungen für alle Fahrzeuge unverkehrsbar. Der Verkehr wird auf die Straße Annaberg-Morgenfonne-Königswalde-Bärenstein verwiefen.



## Wandern und Reisen

### Winterportfondertzug nach Klingenthal-Alsberg

Anläßlich des Austrages der deutschen Skimeisterchaften im Schneeschuhlauf im Klingenthal-Alsberg-Gebiet (31. 1. bis 3. 2.) verkehrt am Sonntag, dem 3. Februar, ein Verwaltungsfondertzug 3. Klasse Leipzig Hbf.—Klingenthal und zurück zu ermäßigten Preisen. Abfahrt Leipzig Hbf. 3.05, Ankunft in Klingenthal 7.30; Rückfahrt ab Klingenthal 19.30, an Leipzig 23.34. Der ermäßigte Fahrpreis Leipzig—Klingenthal und zurück beträgt 7,70 Mark, nach Muldenberg 6,70 Mark.

Die Abfahrtszeit des Sondertuges in Leipzig Hbf. ist ausnahmsweise sehr zeitig früh angelegt worden, damit die Fahrteilnehmer noch rechtzeitig an das Ziel gelangen und den sportlichen Veranstaltungen beiwohnen können. Der Sondertzug geht von nachts 1 Uhr ab am Bahnsteig 15 zum Einsteigen bereit.

Mit der Fahrkarte können auch Festabschicken zum Preise von 2,20 Mark entnommen werden. Die Festabschicken berechtigen zum freien Zutritt zur Sprungchanze und zu den sonstigen Veranstaltungen.

Sondertugarten und Festabschicken sind in Leipzig Hbf. an den Schaltern 2 und 3 der Westseite, in der Stadt im Verkehrs-bureau des Reichsamtes, Markt 4, und beim Norddeutschen Lloyd, Poststraße 1, erhältlich. Auskunft erteilt die Reichsbahn-Betriebsdirektion Leipzig I, Brandenburger Straße 3, Fernsprecher 709 21, und 727 61 (Nebenanschl. 625), sowie die Auskunftsstelle auf dem Hauptbahnhof.

# Eine Gefahr für die Landwirtschaft

## Der „kalte“ Streik der Landarbeiter

Von Walter Kwasnik.

Schriftleiter im Deutschen Landarbeiter-Verband.

Tausende, Zehntausende von Landarbeitern verlassen alljährlich die alte Heimat. Im Laufe der Jahre werden es Hunderttausende. Oberflächliche Beobachter dieser Erscheinung nennen es Landflucht und meinen damit eine Bewegung, die veranlaßt wird durch die Vergnügungsorten der Großstadt, von denen die Landarbeiter angelockt werden. Nichts ist falscher als eine derartige Auffassung. Der Landarbeiter zieht nicht in die Stadt, weil er glaubt, sich dort besser als auf dem Lande amüsieren zu können, sondern weil er als ein Mensch, der sich selbst und seiner Familie gegenüber verantwortlich fühlt, nicht länger ertragen kann, auf dem Lande zu verbleiben. In erster Linie ist es der geringe Lohn, der die Arbeiter aus der Landwirtschaft verdrängt. Denn die Menschen ziehen nicht nur in die Stadt, sondern geben ganz allgemein ihre Arbeit in der Landwirtschaft auf. Wenn sie wirklich auf dem Lande bleiben, dann wechseln sie dort ihren Beruf. Geht die Bewegung weiter, dann muß dieser Zustand zum Ruin der deutschen Landwirtschaft führen. Denn nicht nur die Zahl der Verdrängten ist das eine erschütternde, sondern die Tatsache, daß es nicht die schlechtesten Landarbeiter sind, die den Berufswechsel vornehmen. Eine sich im Wirtschaftsleben des Volkes behauptende Landwirtschaft braucht nämlich wie bisher die tüchtigsten Facharbeiter.

Diese Bewegung läßt sich mit Zwangsmassnahmen nicht aufhalten. Die Landarbeiterlöhne müssen den Industriearbeiterlöhnen angeglichen werden.

Das ist die Kernforderung, um der Verdrängung der Arbeiter aus der Landwirtschaft zu steuern. Die Landwirte sagen: „Wir können den Landarbeitern keine Industriearbeiterlöhne zahlen.“ Darum weigern sie sich auch bei Tarifverhandlungen, Lohnserhöhungen in betrüblichem Ausmaß zu bewilligen. Wir sagen: „Den Landarbeitern müssen Industriearbeiterlöhne gezahlt werden, wenn die wertvolle Arbeitskraft der Landwirtschaft erhalten bleiben sollen. Es gibt keine andere Lösung. Die Landwirte müssen sonst die in den Betrieben anfallenden Arbeiten selbst machen. Das können sie nicht. Die deutsche Wirtschaft kann nicht vertragen, daß der Acker nicht ordnungsgemäß bestellt wird.“

Die Landwirte müssen als Besitzer der Produktionsmittel diejenige Funktion von Wirtschaftsführung besitzen, die nötig ist, um einmal die Betriebe zur höchsten Produktion zu bringen und andererseits denen, die als Arbeiter den Wirtschaftsbeitrag erarbeiten, ein auskömmliches Leben zu garantieren. Wer als Besitzer von Produktionsmitteln diese Aufgabe nicht erfüllt, der hat in der kapitalistischen Wirtschaft keinen Platz. Er muß dann einem anderen Platz machen, oder, was wir als unser Endziel betrachten, die kapitalistische Wirtschaft muß verschwinden und an ihre Stelle die sozialistische Wirtschaft treten. Die Betrieben wird nach den Grundätzen des Gemeinwohls. Unser Endziel ist von heute auf morgen nicht zu erreichen. Aber wir wollen den Landarbeiter nicht untergehen vollständig verelenden lassen. Darum muß auch heute im Zeitalter des Kapitalismus jedes Mittel benutzt werden, um dem Landarbeiter zu helfen und dem Volke die Ernährungsmittel zu sichern.

Der „kalte Streik“ der Landarbeiter ist ein Druckmittel, um die Landwirte zur Einsicht zu bringen.

Aber er ist nicht das richtige Mittel, um den Landarbeitern der Landwirtschaft und der Volkswirtschaft entscheidend zu helfen. Um diese Mittel müssen angewandt werden. Die deutschen Landarbeiter wissen, daß die Selbsthilfe mehr nützen kann als der „kalte Streik“. Selbsthilfe, das ist die organisierte Arbeit der Landarbeiter, der organisierte „Wirtschaftliche“ und „politische“ Kampf.

Alles kostet Zeit, weil das Bewußtsein von der Notwendigkeit der organisierten Selbsthilfe nur allmählich in die Köpfe der Landarbeiter einzieht. Darum wird die Tatsache des „kalten Streiks“ der Landarbeiter auf absehbare Zeit nicht verschwinden. Wenn diese Tatsache der Landwirtschaft und dem deutschen Volke aus den oben geschilderten Gründen schadet, dann deshalb, weil die Wirtschaftsführer auf der Arbeitgeberseite ihre Zeit und ihre Aufgabe nicht zu wüchigen verstehen.

Gewiß — die Lohnfrage ist das wichtigste. Aber es gibt auch andere Gründe, die zur Verdrängung der Arbeiter aus der Landwirtschaft beitragen: lange Arbeitszeit, schlechte Wohnungen und die vielfach unwürdige Behandlung der Landarbeiter. Gute Behandlung kostet kein Geld. Hier können die Landwirte natürlich nicht sagen, sie hätten nicht die notwendigen Mittel. In der Sozialpolitik darf der Landarbeiter nicht schlechter gestellt werden als der Industriearbeiter. Das müßte eigentlich selbstverständlich sein, wenn man Arbeiter in der Landwirtschaft halten will. Trotzdem geht die Verelendung bei den Landwirten und ihren Organisationen so weit, daß sie bei jedem sozialpolitischen Gesetz Ausnahmen für die Landwirtschaft fordern und es auch oft genug verstanden haben, Verschlechterungen durchzusetzen. Die Folgen bleiben nicht aus. Man muß bei den

Landwirten eine Meinung vom Landarbeiter haben, die mehr als einseitig ist. Wer glaubt dem Landarbeiter zuzumuten zu können, daß er sich dauernd dafür strafen läßt, daß er seine Arbeitskraft den Landwirten zur Verfügung stellt? Gefühlsmäßig wendet sich der Landarbeiter dagegen mit der Waffe des „kalten Streiks“.

Wenn die Landwirte sehen, wohin ihre Politik führt, dann haben sie ein Mittel vorräthig, das wiederum zur weiteren Verdrängung der Arbeiter aus der Landwirtschaft führt: die Forderung auf Einstellung von ausländischen Arbeitern. Mit aller Deutlichkeit muß in der Öffentlichkeit betont werden: Die deutschen Landwirte haben kein Recht, ausländische Arbeiter zu fordern, weil sie selbst schuld daran sind, daß die deutschen Arbeiter aus dem landwirtschaftlichen Beruf verdrängt werden. Es ist ein Jammer, wenn man sieht wie die mangelnde wirtschaftliche Erkenntnis der Landwirte und ihrer Organisationen den beklagenswerten Zustand in der Arbeiterfrage der deutschen Landwirtschaft geschaffen hat. Damit muß endlich Schluss gemacht werden, wenn der „kalte Streik“ in der Landwirtschaft verschwinden soll.

Den Landarbeitern aber sei gesagt: Erkennt den Wert der gewerkschaftlichen Selbsthilfe! Die Form des „kalten Streiks“ kann dazu beitragen, manchen Arbeitgeber zur Selbstbestimmung zu zwingen. Aber es ist kein Mittel, um entscheidend die Arbeiterfrage zu lösen.

Schafft euch eine Macht im Deutschen Landarbeiter-Verband, und ihr werdet schneller und besser eure Arbeitsverhältnisse in befristeter Form ändern können.

## DMB 942 000 Mitglieder

Der Deutsche Metallarbeiterverband hat auch im 4. Vierteljahr 1928 glänzende Fortschritte gemacht. Rund 35 000 neue Mitglieder kann er trotz steigender Arbeitslosigkeit und eingeschränkter Werbetätigkeit durch die Weihnachts- und Neujahrzeit verzeichnen. Ein außerordentlich günstiges Resultat, das z. T. mit durch die auf rückende Wirkung der vom Jahre gebrochenen Ausfuhrerzeugung in der Schwerindustrie an der Ruhr zu erklären ist. Mit diesem neuen Zugang wählte der DMB am Jahreschluss 1928 942 000 Mitglieder. Er markiert also stark auf die Million zu.

## Sächsishe Gemeindearbeiter

Im Lohnstreit zwischen dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat die tarifliche Bezirksbehörde folgende Schlichtungsentscheidungen gefällt: 1. Das bisherige Lohnabkommen läuft bis zum 31. März 1929 weiter. Für den Fall, daß ab 1. April 1929 eine Lohnserhöhung eintritt, erhöhen sich die Tariflöhne für Februar und März in demselben Maßstabe. Soweit hiernach eine Nachzahlung in Frage kommt, ist sie an alle diejenigen Arbeitnehmer zu leisten, die nach dem 31. Januar 1929 noch im Arbeitsverhältnis gestanden haben. 2. Der Antrag auf Gewährung des Ortszuschlages von 2 Pfg. für die Stadt Plauen wird abgelehnt. Erklärungsfrist für die Parteien: Montag, den 11. Februar 1929.

## Stuttgarter Straßenbahner 6 Prozent mehr

In der Lohnbewegung bei den Stuttgarter Straßenbahnen haben sich die Parteien auf eine durchschnittliche Lohnserhöhung von 6 Prozent mit Rückwirkung vom 1. Dezember 1928 ab geeinigt.

## Textilkonflikt an der Wupper

Der Arbeitgeberverband für das rechtsrheinische Textilgewerbe hatte an die Gewerkschaften ein Schreiben gerichtet, in dem er diese auffordert, die bisherigen Lohnsätze ab 1. Februar bis 31. Dezember wieder in Kraft zu setzen. In Begründung dieses Vorschlages sagte der Arbeitgeberverband, daß es ihm voraussichtlich nicht möglich sein würde, ohne vorvertragliche Sicherung seine Mitglieder dazu anzuhalten, die bisherigen Lohnbestimmungen für die Zukunft noch unverändert aufrechtzuerhalten. Die Gewerkschaften waren aufgefordert, das Schreiben bis mittag zu beantworten. Die Gewerkschaften antworteten, daß sie der Verlängerung des bisher bestehenden Lohnabkommens nicht zustimmen könnten, dagegen bereit wären, über eine Erhöhung der Löhne zu verhandeln.

## Rachejustiz in Frankreich

Das Gericht in St. Etienne hat fünf Bergleute, die während des Streiks im Loirebecken Arbeitswillige an der Arbeit gehindert haben, zu Gefängnisstrafen zwischen zehn Tagen und fünf Monaten verurteilt. In vier Fällen wurden Aufenthaltssverbote bis zu fünf Jahren verhängt.

## Kaliabkommen angenommen

In Magdeburg nahm am Mittwoch eine von 150 Funktionären besetzte Konferenz der Bergarbeiter zu der Lohn- und Arbeitszeitvereinbarung für die deutsche Kali-Industrie Stellung. Sie nahm folgende Entscheidung an: „Die Vertreterkonferenz der am Tarifvertrag für die Kali-Industrie beteiligten Organisationen nimmt die Vorschläge der Verhandlungskommission über die Regelung der Lohn- und Arbeitszeitbedingungen an. Sie erklart in diesen Vorschlägen einen wesentlichen Fortschritt auf dem Wege zur Wiederherstellung der tariflichen Arbeitszeit. Die Konferenzteilnehmer sprechen den Tarifverbänden ihr Vertrauen aus und verpflichten sich, für den Ausbau der Organisationen einzutreten, um weitere Erfolge zu erlangen.“

## Achtung, Bauarbeiter!

Wegen Nichtzahlung rückständiger Löhne wird die Firma Mühlberg u. Reichenbach, Leipzig C 1, Königsstraße 15, sowie die Baustellen in L. Modau Krieger-Siedlung, Richtigshofstraße, für die organisierten Bauarbeiter gesperrt.

Deutscher Bauarbeiterverband, Baugewerkschaft, Leipzig.

## Leipziger Rundfunkprogramm

Freitag, 1. Februar.

- 12,00 Uhr: Schallplattenkonzert.
- 15,15 Uhr: Stunde der Hausfrau mit Funkwerbung.
- 16,30 Uhr: Alte Hausmusik. Mitwirkende: Käthe Grundmann und Käthe Weigel (Kammerbueche), Alfred Kinkulkin (Violoncell), Dr. Ernst Lajtha (Klavier), Fingel: Blüthner.
- 18,05 Uhr: Sozialversicherungs-Rundfunk (Invaliden-, Kranken-, Angestellten-, Arbeits- und Unfallversicherung).
- 18,20 Uhr: Wetterschau und Zeitangabe.
- 18,30—18,55 Uhr: Empfängnis für Fortgeschrittene.
- 19,00 Uhr: Prof. Dr. Schmitthöner, Leipzig: „Das Britische Weltreich.“ IV.
- 19,30 Uhr: Prof. Dr. Werner Deetjen, Weimar: „Der Einfluß des englischen Schrifttums auf das deutsche im 19. Jahrhundert.“ III
- 20,00 Uhr: Moderne Lieder im Volkston, gesungen von Helene Lachmann-Schau (Berlin). Am Klavier: Alfred Simon. I. 1. Otto Hans Mantelwitz; 2. Preussisches Volkslied (bearb. von Karl Bulke); 3. Gertrud Werthelm; a) Böhmisches Weisse (Kaiser Maria Rilla); b) Gang im Geheimen (Königsbrunn-Schau); 3. Georg Göhler: Der eine allein (Hermann Voss); 4. Hans von Vignau: a) Verächter Weg (Altes Volkslied um 1670); b) Rimes (Ludwig Imbach). II. 1. Walter Schütt: Wo ich dich kaum gesehn (Theodor Storm); 2. Bernhard Selles: a) Die Perlen (aus dem Gedichten von Talow); b) Ein Liebesliedchen (aus dem Russischen von L. A. Stauff-Simignowicz); 3. Wilhelm Krenz: Wo's schneit rote Rosen (aus „Des Knaben Wunderhorn“); 4. Alfred Spandrei: a) Die drei Wunddinge (Leo Heller); b) Allerlei Arbeit (Leo Heller). III. 1. Justus Hermann Weigel: a) An die Natur (Graf L. Stolberg); b) Wenn ich ein Vögelin wär' (nach Herder); 2. Max Kowalki: a) Des Herzens Stuzeln (1150—1200); b) Maria ging hinaus (Dichter unbekannt); c) Lied der Morgenröte (aus dem Französischen von Herder); 3. Arnold Winterhitz: Ich hab' einmal ein Lied vernommen (Ludwig Fink).
- 21,00 Uhr: Alte und neue Rhythmen, gespielt auf 2 Klavieren von Wilhelm Gross und Walter Kaufmann. 1. Busoni: Duetto concertante nach Mozart. 2. Schubert-Tausig: Militärmarsch. 3. Joseph Strauß: Squaresellen-Walzer. 4. Joh. Strauß: Annenpolla. 5. Joh. Strauß: Rinslerleben, Walzer. 6. Wilhelm Gross: Tango; Schimpf; Slowfox; Charleston aus „Bahn in der Bar“. 7. George Gershwin: The Man's Love (Des Mannes Liebe). 8. George Gershwin: Do-Do-Do. 9. Jerome Kern: Can't help lovin' dat Man (Ich muß den Mann lieben). 10. George Gershwin: Fashioning Rhythm. (Fashionierender Rhythmus).
- 22,00 Uhr: Arbeitsnachweis, Schneebetrieb, Wetterschau, Pressebericht und Sportfunk.

## Berufungskalender

Donnerstag, den 31. Januar 1929.  
Metallarbeiter, Betriebsräte und Vertrauensleute vom Westen, Stadt Lügen, 19,30 Uhr.  
Reichsverband deutscher Kriegsgeldbesitzer und Kriegerhinterbliebenen, Bärenrestaurant, 20 Uhr.  
Freitag, 1. Februar 1929.  
Bund sog. Freibauer, Ortsgruppe Schönfeld, Rathausgäßel, Breslauer Straße, 19,30 Uhr.

Unser

# INVENTUR-AUSVERKAUF

am 1. Februar 1929, 8.30 Uhr

beginnt morgen!

Noch niemals konnten wir eine solche Auswahl zu billigen Preisen bieten, zum Beispiel:

Kinder-Filz- und Leinen-Schnürstiefel, Damen-Filzpan-tioffel, Heiren-Socken, Flor mit K'Seide, plattiert... 1.95	1 50	D.-Chevr. schw. u. br., Box-Schnürschuh u. Stiefel, Lack, schw. u. br. Box-Spangen u. Md. br. Box Zugschuh	9 90
Wachseidene Damenstrümpfe	2 95	D.-Chevr. u. Box-Schnürstiefel, auch mit Weitschaft, fein-farb. u. br. Box-Spangenschuh	12 90
Damen-Filzpanioffel und Hausschuhe	2	Br. Box-H.-Schnürst., schw. u. br. H.-Schnürschuh; br. Chevr.-D.-Stiefel, Lack, Chevr., feinf., br., Box-Spangen	14 90
Kinder br. Lack u. br. R.-Chevr.-Spangenschuhe. Rind-leder-Sandalen, D.-Hausschuhe	3 90	Chevr., Lack u. br. H.-Schnürschuh, Box-H.-Stiefel, Lack, Chevr. u. feinf. Spangenschuh	17 75
Damen-Boxkalf-Schnürschuh, br. Box, Lack, beige, R.-Chevr., u. Md., br., Box-Spangenschuh	6 90		

Rest- und Einzelpaare zu besonders vorteilhaften Preisen

Spezialhaus für Schuhwaren nach modernen orthopädischen Grundsätzen und Fußpflugesalon „Sanipedicum“



Grimmaischer Steinweg 12





# Aus der Umgebung

**af Stahmeln. Gemeindeverordnetenwahl.** Zur Wahl des Gemeindeverordnetenvorstandes wird Genosse Pfaff vorgeschlagen und einstimmig gewählt, als Stellvertreter Junger Wibel, SPD. Als Vertrauensmann zur Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft wird Otto Lehmann, als dessen Stellvertreter Kurt Bauer gewählt. Bei der Wahl des Vertreters zur Verbandsversammlung des Gemeindeverbandes für das Elektrizitätsnetz Leipzig-Land erhielt der SPD-Vorschlag die meisten Stimmen. Der Haushaltsplan auf das Rechnungsjahr 1928/29 wird angenommen. Er schließt mit einem Fehlbetrag von 19 000 Mark ab. Die Zuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer werden mit den Stimmen der SPD auf 150 Prozent festgelegt. Kommunisten und Bürgerliche enthalten sich. Ein entsprechender Nachtrag zur Ortssteuerordnung wird beschlossen. Dem Turn- und Sportverein „Freiwillige“ werden 300 Mark bewilligt als Entschädigung für den Anschluß der Wasserleitung für die Rodelbahn.

**p Blüthener. Gemeindeverordnetenwahl.** Robert Brückner (bürgerl.) wurde zum Vorsteher, Wille (SPD) zum Stellvertreter und Assistent Ulbe zum Schriftführer wiedergewählt. Bürgermeister Bülow erstattete den Geschäftsbericht. Inspektor Schwarzer als Finanzsachverständiger gibt das Kassenscheinsergebnis vom 10. Januar bekannt. Die Gemeindefasse wurde in vollständiger Ordnung bezogen. Das Vergütungssteuer-Erfolgsgesetz des Militärvereins wurde trotz warmer Befürwortung des Gemeinderats auf Antrag des stellv. Bürgermeisters Wille (SPD) vertagt. Der Vereinigung berufsmäßiger Gemeindeführer wurde einstimmig beigetreten. Der Beschluß vom 28. März 1927 auf Verschmelzung des Fortbildungsschulverbandes mit der Stadt Leipzig wurde aufgehoben, da der Gemeinderat gegen die am 5. September 1928 beschlossene Verschmelzung mit Lindenthal Einspruch erhoben hatte. Die Beschlußfassung über die vorliegende Sachung wurde vertagt.

**b. Cöbern. Eine „Einheitsfront unter Führung unserer sozialdemokratischen Fraktion“** konnte die erste diesjährige Sitzung der Gemeindeverordneten bezeichnet werden. Gegen den vom Bürgermeister Jäger gegebenen Jahresbericht 1928, der auch gedruckt vorlag und der Einwohnerhaft zugestimmt werden wird, glaubte Lehrer Schmidt Einwendungen erheben zu müssen. Das Urteil wird sich die Einwohnerhaft über den sachlichen Bericht selbst bilden. Herr Schmidt fand selbst bei seinen Fraktionskollegen keine Unterstützung. Sonstige Kritik wurde nicht geübt. Der Vorschlag unserer Fraktion zur Wahl des Präsidiums im Sinne unserer Freunde von links, den Bürgermeister als ersten, Otto Gaißler (SPD) als zweiten Präsidenten zu wählen, während Herr Reinhold weiter als Schriftführer funktionieren soll, fand einstimmige Annahme. Ebenso fand unser Antrag Annahme, Bürgermeister Jäger wiederum auf sechs Jahre zu wählen. Der neugewählte zweite Präsident verzichtete während dieser Wahlhandlung sogar auf die Übernahme der Geschäftsführung, was ein zunehmendes Vertrauen unserer linken Freunde zur Leitung der Gemeindegeschäfte und zu Handlungen erweist, die

unter unserem Einfluß stehen. Dieselbe Anlehnung machte sich auch bei der Wahl der Vertreter zum Elektrizitätsverband bemerkbar. (Genosse Bohne und Herr Böhmann). In der Aufwertung der Gemeindefassen konnte der Bürgermeister berichten, daß infolge Einspruchs der Gemeinde über die Art und Höhe der Aufwertung der Streit nunmehr geklärt sei und die Aufstellung der Etats dadurch festere Grundlagen erhalten würden. Aus dem Ertrage der Gewerbesteuer sind uns von der Stadt Leipzig 2208 Mark zugefallen. Neben das Anschlagwesen innerhalb der Gemeinde fand ein Ortsgesetz einstimmige Annahme. Die Vorarbeiten zum Schulhausneue resp. Umbau nahm man zur Kenntnis. Die einstweilige Neuananschaffung von Tischen und Stühlen für die Schule wurden bis zur Klärung des Schulbaues und auch aus finanziellen Gründen bis zu den großen Ferien zur endgültigen Beschlußfassung zurückgestellt. Infolge des unterrichtsstörenden Straßenlärms soll entlang der Schule eventuell auch die ganze Leipziger Straße von der Schule bis zur Gaiswitzer Straße das Kopfplaster einen Asphaltüberzug erhalten. Zum Zwecke der Schulpflichtung sind vom Ministerium 150 Mark eingegangen, die, da nicht ausreichend, um 60 Mt. von den Gemeindeverordneten erhöht wurden. Infolge Einspruchs der Stadler wurden die Vorschriften über die Einzäunung geändert. Die Umzäunung erhält nun statt einer Höhe von 120 Zentimeter 150 Zentimeter, bei einer Sockelhöhe von 30 Zentimeter. An Stelle des in den Wohnungsausschuß gewählten Genossen Robert Böhmann jun. tritt nach nochmaliger Wahl nunmehr Genosse Karl Spenhain. Auf Antrag des Finanzausschusses erhielt die Volkstechnische Gewerbeschule für zwei Schüler der Gemeinde einen Betrag von 12 Mark bewilligt. Der Beitritt zur Berufsvereinigung der Gemeindeführer erfolgte durch Antrag unserer Fraktion vorläufig auf ein Jahr einstimmig. Dieser sehr friedlich und harmonisch verlaufenen Sitzung, die sich vollständig unter Führung unserer Fraktion befand, da von rechts und links absolut keine Einwendungen erfolgten, schloß sich eine geheime Sitzung an, die sich in gleichen Bahnen bewegte.

**Zwenkau. Am Sonntag, dem 2. Februar 1929, 12—13 Uhr, findet hier Platzmarkt vor dem alten Rathaus und von 14—16 Uhr Freikonzert auf der Eis- und Rodelbahn statt.**

**Seegeritz. Kommunistische Totengedenkfeier?** 28. Januar. Große Plakate der kommunistischen Jugend prangten an den Häuserfronten mit der üblichen Kessame für die „Junge Garde“. In hochtönenden Worten wurden Rezitationen, Vögelbilder, Vorträge, Sprechchor und musikalische Darbietungen zum Andenken Rosa Luxemburgs, Liebknechts und Lenins vorgetragen. Gegen 20 Uhr „füllte“ sich der Saal mit insgesamt vielleicht 30 Personen. Die „einzig“ existierende Arbeiterbewegung aber enttäuschte schmächtig, denn diese Veranstaltung war ein Hoß auf die Toten. Rezitationen und Sprechchor, wenn man das so nennen darf, waren eine einzige Hehe gegen die Sozialdemokratie. Der Sinn des Sprechchors war rätselhaft. Der mörderische Rauch hinter der Bühne gedreht so wenig dazu wie der russische Trauermarsch. Die Rede eines Hoßfrontkämpfers galt hauptsächlich der Hehe gegen die „Arbeitervereiter“. Zuletzt entschuldigte sich einer, daß die Feier „infolge verschiedener Umstände“ miflungen sei, und kündigte eine Veranstaltung in nächster Zeit an. Diese Leute haben wirklich keine Veranlassung, die Feiern der Arbeiterjugend, wie es geschehen ist, in der gemeinsamen Weise zu feiern. Es springt auch ohne das nur ein vernichtendes Urteil über die Feiern der KJ heraus.

**Kleinmiltz. Gemeindeverwaltung.** Wiedergewählt wurden Bürgermeister Rudolph zum Vorsteher, Vorarbeiter Rüdiger zum Stellvertreter und Gemeindefassierer Kähler

zum Schriftführer des Gemeindeverordnetenausschusses, als Abgeordneter zur Verbandsversammlung des Gemeinde-Elektrikerverbandes Grünberg. Ein Ortsgesetz über Erhebung von Schließ- und Kläranlagen-Unterhaltungsgebühren wurde abgelehnt, der 2. Nachtrag zu den Beschlüssen der Verbandsversammlung angenommen. Beschlossen wurde der Beitritt zum Interessensverband der Sächsischen Bezirksgemeinden. — Im Geschäftsjahr 1928 hatte die Grotzasse über 12 Millionen Mark Umsatz. Daraus entfielen auf den Barverkehr 2,7 mit 14 600 Posten, auf den lokalen Verkehr 3,36 mit 15 600 Posten, auf den interlokalen Verkehr 4,3 mit 12 300 Posten und auf den Inlandsverkehr 1,7 Millionen Mark mit 4100 Posten. Die Einnahmen stellten sich auf 814 658,82 Mark und 1132 Teilnehmer.

**k Eilenburg. Generalversammlung der Frauengruppe der SPD.** Es wurde zunächst des Ablebens der alten Genossin Raute gedacht. Im Berichtsjahre haben stattgefunden: 3 Vorstandssitzungen, 6 Funktionärsitzungen, 5 Kindergruppenleiterinnenitzungen, 5 Mitgliederversammlungen, 2 gemeinsame Versammlungen mit der Arbeiterwohlfahrt und 1 gemütlicher Abend der Frauenweltleserinnen. Im Juni wurde ein Ausflug der Frauengruppe nach den Hobburger Bergen, die Ferienwanderungen gemeinsam mit der Arbeiterwohlfahrt veranstaltet. Am 30. Dezember war eine Weihnachtsfeier für die Kinder, die sich regelmäßig im Jugendheim einfinden. Außer einem kleinen Geschenk und Kaffee im Jugendheim wurden ein Theaterstück und Volkstänze aufgeführt. Zu den Mittwoch-Nachmittagen (durchschnittlich 25 Kinder) werden noch Helferinnen benötigt. Im Oktober sprach hier die Genossin Wadwig. Die Ortsgruppe zählte am Schluß des Berichtsjahres 120 Genossinnen. Die Jahresabrechnung: Einnahmen 111,91 Mark, Ausgaben 98 Mark, Kassenbestand 15,91 Mark. Die Vorstandswahl ergab als 1. Vorsitzende Genossin Horn, Bergstraße, als 2. Genossin Lange, als Schriftführerin Genossin Köhner. Die Bezirksführerinnen und die Leiterinnen der Kindergruppen wurden wiedergewählt. Am 11. Februar findet eine öffentliche Frauenversammlung in der Stadthalle statt. Es spricht die Genossin Mason, Belgien, über „Die Frau als Vorkämpferin für den Frieden“. Am 23. Februar ist bei Erbsch in Eilenburg-Ost ein gemütlicher Frauenabend. Im März soll nach Möglichkeit eine Frauenfeierstunde stattfinden. Beim Bezirk soll der Antrag ein gebracht werden, daß der nächste Bezirksfrauentag in Eilenburg stattfinden soll. Am Mittwoch ist hier ein öffentlicher Vortrag des Berliner Stadtdozenten Dr. Max Hübner über das Thema „Kreuztragung oder Geburtentragung?“. Vorher läuft der Film „Kreuztragung des Weibes“. Der Eintritt beträgt 50 Pfennig, für Erwerbslose 25 Pfennig.

### Eingelaufene Schriften.

Die Redaktionsbibliothek, die ihrer Mutter Namen tragen. Kennen. Hans Christians Druckerei und Verlag, Hamburg 30.  
Hanns Kroll, Die Bücher. Roman. Walther-Verlag, Wien.  
Ulrich Preuß, Aus Kampf und Traum. Gedichte. Verlag Dr. Reimer, Berlin.

**© Volkshaus Leipzig**  
Spezialgericht. Heute: Jäger-Rostbraten mit Kartoffeln 1.00 Schweinefleisch mit Rotkohl 1.10 — Morgen: Brauns Fleck mit Kartoffelbäckchen 85 Pökelfleisch mit Sauerkohl 85 Gedämpfte Hammelkeule mit Klößen 1.15



Kolonialwaren	
Vollreis . . . . .	Pfd. 24.5
Tafelreis . . . . .	Pfd. 33, 35, 38
Bruchmakkaroni . . . . .	Pfd. 38
Eierschnittnudeln . . . . .	Pfd. 45
Erbsen, grün oder gelb . . . . .	Pfd. 35
Weißbohnen . . . . .	Pfd. 48
Linzen . . . . .	Pfd. 70, 90
Puddingpulver . . . . .	Pfd. 90
Wolzenriegel . . . . .	3 Pfd. 85
Haferflocken . . . . .	3 Pfd. 95
Kartoffelmehl . . . . .	3 Pfd. 85
Kaiserauszugmehl 2-Pfd.-Bt. . . . .	50
Kaffee, gebr. 1/2 Pfd. . . . .	1.40, 1.40, 1.20
Käse und Fette	
Harzer Käse . 1-Pfd.-Kiste . . . . .	50
Limburger . . . . .	Pfd. 58
Tilsiter, halbfett . . . . .	Pfd. 85
Schweizerkäse . . . . .	Pfd. 1.48
Margarine . . . . .	Pfd. 82, 84, 48
Rindertalg . 1-Pfund-Paket . . . . .	50
Amerik. Schmalz . . . . .	Pfd. 75
Allerf. Molkereibutter 1/2 Pfd. . . . .	1.48
Dän. Molkereibutter 1/2 Pfd. . . . .	1.12
Obst usw.	
Mandarinen . . . . .	10 Stück 30
Apfelsinen 10 Stück . . . . .	90, 70, 45
Zitronen . . . . .	10 Stück 60, 50
Amerik. Apfel . . . . .	Pfd. 75, 60
Blockdatteln . . . . .	Pfd. 70
Fst.Smyrna-Feig. 250-g-Pak. . . . .	35
Frische Tomaten . . . . .	Pfd. 75

Rindfleisch	
Quarrippe . . . . .	Pfd. 95
Brust . . . . .	Pfd. 1.00
Hochripps, Kamm . . . . .	Pfd. 1.10
Schmorfleisch oh. Kno. . . . .	Pfd. 1.50
Rouladen . . . . .	Pfd. 1.60
Frische Bratwurst Stück 30	
Kalbfleisch	
Brust . . . . .	Pfd. 1.10
Kamm . . . . .	Pfd. 1.15
Blatt . . . . .	Pfd. 1.30
Wickelbraten . . . . .	Pfd. 1.35
Niere . . . . .	Pfd. 1.40
Pfefferfleisch . . . . . Pfd. 85	
Hammel-Ragout . . . . .	Pfd. 1.20
Hammel-Bauch . . . . .	Pfd. 1.20
Büchlinge 3-Pfd.-Kiste 88	
Sprolten . 1-Pfd.-Kiste 45	
Frische Trinkeier 1.85	
Gänse . . . . .	Pfd. 95
Brathühner . . . . .	Pfd. 1.35
Wildkaninchen . . . . .	Stück 1.95

Schweinefleisch	
Kopf ohne Backe . . . . .	Pfd. 60
Fettes zum Ausbraten . . . . .	Pfd. 90
Bauch . . . . .	Pfd. 1.00
Keule . . . . .	Pfd. 1.20
Kamm . . . . .	Pfd. 1.30
Koteletts . . . . .	Pfd. 1.40
Gehacktes, gemischt Pfd. 70	
Pökelfleisch	
Bauch . . . . .	Pfd. 1.00
Keule . . . . .	Pfd. 1.25
Kamm . . . . .	Pfd. 1.40
Rücken . . . . .	Pfd. 1.50
Rinderbrust . . . . .	Pfd. 1.00
Schinken, gekocht 1/2 Pfd. 80	
Hammel-Rücken . . . . .	Pfd. 1.30
Hammel-Keule . . . . .	Pfd. 1.40
Weinbrand-Verschnitt 2.45	
Weinbrand „Spezial“ 2.95	
Kassel.Rippenspeer 1.55	
Salatöl, ausgewogen . . . . .	Pfd. 95
Sonfgurken . . . . .	Kilo-Dosen 95
Heringe in Gelee . 1-Lit.-Dose . . . . .	88

Konserven	
Karotten, geschnitten . . . . .	Kilo-Dosen 45
Gemüse-Erbsen . . . . .	50
Junge Erbsen . . . . .	85
Gemischtes Gemüse . . . . .	95
Kaiserschoten . . . . .	1.65
Brechspargel ohne Köpfe . . . . .	2.25
Pflaumen . . . . .	70
Apfelmus . . . . .	75
Heidelbeeren . . . . .	1.10
Stachelbeeren . . . . .	1.15
Birnen, halbe Frucht . . . . .	1.20
Mirabellen . . . . .	1.25
Erdbeeren . . . . .	1.58
Wurstwaren	
Rotwurst, hart geräuch. . . . .	Pfd. 85
Zervelatwurst . . . . .	Pfd. 1.78
Salamiwurst . . . . .	Pfd. 1.78
Plockwurst . . . . .	Pfd. 1.78
Nuß-Schinken . . . . .	Pfd. 1.95
Kalbsleberwurst . . . . .	Pfd. 2.00
Schweinefleisch in Gelee (Dos. m. 7 Pfd. Inh. 3.50) Pfd. 65	
Konfitüren	
Gem. Pralinen 200-g-Karton . . . . .	50
Hustensmischung . . . . .	Pfd. 58
Bensdorp-Kakao . . . . .	Pfd. 88
Vollm.-Schokol. 4 Tfl. à 100 g . . . . .	88
Crema-Schokol. 4 Tfl. à 100 g . . . . .	88
Kunsthonig . . . . .	3 Pfd. 98
Gem.Marmelade 2-Pfd.-Eim. . . . .	75

# LEBENSMITTEL ALTHOFF



# Milliardenumsatz bei Siemens

## Schwierige Begriffsbestimmung

### Herr v. Siemens weiß nicht was Handelsunkosten sind

Im allgemeinen pflegen die Generalversammlungen der großen Aktiengesellschaften programmäßig zu verlaufen. Störungen durch wibbelige Fragesteller oder gar durch eine Opposition gegen die wohlwollenden Vorschläge der herrschenden Gruppen sind ebenso selten wie unerwünscht. Immer lassen sich aber unvorhergesehene Zwischenfälle nicht vermeiden. Die letzte Generalversammlung des Siemens-Konzerns hat gezeigt, daß selbst ein mit dem Anspruch auf Unfehlbarkeit auftretender Trustkapital wie Herr von Siemens gezwungen werden kann, unbequeme Fragen — nicht etwa ausführlich zu beantworten, soweit sich ein Wirtschaftsführer nicht herab, aber doch nicht ganz mit Stillschweigen zu übergeben.

Der Diskussion ging wie üblich eine Rede voraus. Schon diese bot des Seltsamen genug. So mußte schon als Sensation wirken, daß zum erstenmal seit Bestehen des Siemens-Konzerns der Öffentlichkeit Umsatzziffern bekanntgegeben worden sind. Bisher hat man sie, als Privatgeheimnis, der Öffentlichkeit vorenthalten, obwohl, oder vielmehr gerade weil man aus der Umagentwicklung dieses Unternehmens von Weltbedeutung Rückschlüsse auf den Grad der Kapitalanhäufung in Deutschland hätte ziehen können. Die Verwaltung würde das Geheimnis auch diesmal nicht verraten haben, wenn ihre stärkste Konkurrentin, die AEG, ihr nicht damit zuvor gekommen wäre. Die AEG hat Siemens also moralisch gezwungen, ihrem Beispiel zu folgen. Auf diese Weise haben wir erfahren, wenn auch immer noch nicht genau, wie hoch der Verkaufswert der von den beiden deutschen Elektrizitätsströmen abgesetzten Waren ist. Er beträgt bei der AEG 500 Millionen Mark jährlich, während er bei den Siemens-Schulderwerten den Betrag von 500 Millionen „gut überschritten“ und bei Siemens u. Halske den Betrag von 250 Millionen „nahezu erreicht“ hat. Wohl gemerkt: Das ist nicht der Gesamtumsatz des Siemens-Konzerns. Herr v. Siemens bemerkt ausdrücklich, daß sich keine Zahlen nur auf die Stammhäuser und diejenigen in Form eigener Gesellschaften betriebenen Unterabteilungen beziehen, deren Kapital zu 100 Prozent im Besitze der beiden Stammgesellschaften, Siemens u. Halske und Siemens-Schuldet, ist. Nicht eingerechnet sind also die Umsätze der Gesellschaften, in denen sie „nur“ mit einer Mehrheit der Aktien beteiligt sind, über deren Kapital sie aber genau so verfügen können, als wenn sie sämtliche Aktien besitzen. Auf diese Gesellschaften dürfte aber gerade die Mehrzahl der Beteiligungen entfallen. Unter ihnen befinden sich so bedeutende Unternehmungen wie Ostram, Siemens-Bauunion, Zwietsch, Telefunken, Vereinigte Eisenbahn-Signalwerke, die Siemens-Plantawerke, fast sämtliche Auslandsfilialen, z. B. die in Oesterreich, Spanien, Japan, Chile, Argentinien. Wenn sich also schon die Umsätze der beiden Muttergesellschaften und ihrer 100prozentigen Beteiligungen auf ungefähr 800 Millionen belaufen, so kann man ohne Uebertreibung den

### Gesamtumsatz des Siemens-Konzerns auf 1 Milliarde Mark schätzen.

Das dürfte eher zu niedrig als zu hoch geschätzt sein. Rechnet man nur mit 800 Millionen, so ergibt sich, unter Zurechnung des Aktienkapitals der beiden Stammgesellschaften von zusammen 217,5 Millionen Mark, ein viermaliger jährlicher Umsatz des Kapitals.

Das ist eine Profitrate, d. h. ein Verhältnis des Betriebkapitals zu dem damit erzielten Kapitalprofit, die sich sehen lassen kann, um so mehr, als es sich hier um einen Industriezweig mit einem besonders großen Anteil des in Produktionsanlagen investierten Teils am Gesamtkapital handelt. Je häufiger das Kapital umschlägt, um so größer kann mit dem gleichen Kapitalwert Profit gemacht werden, um so größer die Profitmarge im Verhältnis zur Höhe des zur Erzielung des Profits aufgewendeten Kapitals, um so höher also die Profitrate. Bei der Elektro-Industrie ist der Anteil der Aufwendungen für die Produktionsanlagen im Verhältnis zu den übrigen Kapitalaufwendungen unhältnismäßig groß, größer sicherlich als in den meisten anderen Industriezweigen. Je mehr der Wert der Produktionsanlagen wächst, um so länger dauert es, bis die dafür gemachten Kapitalaufwendungen durch Verkauf der Ware wieder hereinkommen, um so länger dauert also der Kapitalumschlag. Man müßte demnach annehmen, daß die Umschlagszeit in der Elektroindustrie übernormal lang ist; wie man sieht ist sie eher übernormal kurz. Das kann seinen Grund nur darin haben, daß die Rationalisierungsgewinne noch schneller wachsen als die Rationalisierungskosten, oder anders ausgedrückt, daß der Rationalisierungserfolg von den Massen der Produzenten und Konsumenten aufgebracht, aber vom Kapital ausgenutzt wird.

Den Aktionären ist offenbar das Mißverhältnis zwischen der Größe der Umsatzziffern und den im Vergleich dazu niedrigen Ziffern des ausgewiesenen Reingewinnes aufgefallen. Dr. Lamarc trat in der Generalversammlung als Vertreter amerikanischer Aktionäre auf den Plan und hob hervor, daß der Zuwachs aus den Anlagekosten offensichtlich viel größer sei, als dies im vorliegenden Rechnungswerk zum Ausdruck kommt. Er schlug vor, es nicht bei der vorgelegenen Dividende bewenden zu lassen, sondern sie durch Ausgabe von Gratisaktien zu erhöhen, und zwar durch Herausstempelung des Nennwertes der Stammaktien von je 700 auf 1000 Mark.

Ein anderer Aktionär namens Jakobi bemängelte, es sei nicht richtig gemacht, was die Gesellschaft für die Ausführung von Neubauten usw. aufgewendet hat. Man spreche davon, daß diese den Betrag von 40 bis 50 Millionen Mark erreicht haben, so daß also

### 50 Prozent des Aktienkapitals vor Feststellung des Reingewinns in der Verrechnung verschwunden

wäre. Die Beteiligungen seien mit 117 Millionen Mark ausgemessen. Der Wert dieses Kontos allein würde aber von Unterzichten auf 250 Millionen Mark geschätzt. (Das Aktienkapital der beiden Stammgesellschaften zusammen beträgt nicht mehr als 217 Millionen Mark.) Von amerikanischer Seite wurde

offen der Wert des Unternehmens in Siemensstadt auf 1 bis 1 1/2 Milliarde Mark geschätzt. In seiner Antwort auf so peinliche Anfragen erwies sich Herr v. Siemens als Anhänger des griechischen Philosophen Sokrates, der den für Wahrheit weise hielt, der weiß, daß er nichts weiß. Ueber die Zusammensetzung der Handelsunkosten befragt, erwiderte Herr v. Siemens, daß er nicht wisse, was darunter verstanden wird. Die Unkostenzahlen anzugeben, sehe er sich deshalb nicht in der Lage. In die meisten der von Aktiengesellschaften veröffentlichten Gewinn- und Verlustrechnungen — allerdings nicht in denen des Siemens-Konzerns — ist die Höhe der Handlungs-

unkosten mit einer bestimmten Zahl eingeleitet. Wir erfahren jetzt zu unserer Ueberraschung, daß selbst der Leiter eines Weltkonzerns nicht einmal weiß, was der Begriff Handlungsunkosten bedeutet. Wenn in seinem Bewußtsein derart alle Begriffe ins Schwanken geraten sind, kann man sich über sein Geständnis nicht wundern, daß er, „je nachdem man den Begriff faßt“, auch Dinge unter Handlungsunkosten versteht, die keine sind, nämlich Erneuerungsausgaben. Es erscheint auf diese Weise eine Ausgabe, also eine Wertverminderung, wo tatsächlich eine Wertvermehrung stattgefunden hat. Mit Hilfe dieser Buchungsmethode gelingt es, die Gewinne, die zur Finanzierung von Neuanlagen verwendet worden sind, vollständig zum Verschwinden zu bringen. Diese praktische Methode des Gewinnversteckens wird keineswegs allein bei Siemens angewendet, sondern ist in der vorerwähnten Großindustrie allgemein üblich geworden. Herr Siemens fand dafür den etwas dunklen Ausdruck, die deutsche Industrie lebe vom alten Wert. Das kann nur bedeuten, daß die Betriebsanlagen heute noch mit dem alten, d. h. wohl mit dem Vorkriegswert zu Buche stehen, obwohl tatsächlich eine ungeheure Ausdehnung und technische Verbesserung stattgefunden hat.

Nach diesen Geständnissen des Herrn v. Siemens steht es fest, daß die Bilanzen meist nicht mehr als wertloses Papier sind, dazu bestimmt, der Öffentlichkeit blauen Dunst vorzumachen. Wenn selbst ein Trustkapital wie Herr v. Siemens nicht einmal weiß was Handelsunkosten sind, hat kein Unternehmer mehr das Recht, wachsende Unkosten und andere Ausgaben an Hand der Bilanzen als Beweis für die Nutzbarkeit von Lohnherhöhungen vorzumachen.

### Eine 40-Millionen-Anteile für das Ill-Kraftwerk

Das Bestreben in der Elektrizitätsindustrie geht dahin, die teure Erzeugung von elektrischer Kraft aus Kohle durch die Erzeugung mit Hilfe von Wasserkraften zu ersetzen. Bekannt ist ja die Tendenz beim Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk, möglichst an die Wasserkraft der Alpen heranzukommen. Hier spielen die Kräfte der Ill eine große Rolle. Sie sollen durch die Borsiberger Illwerke A. G. ausgenutzt werden. In Frage kommt hier der Ausbau der Garmisch-Werke. Zu diesem Zweck wird in England eine 40-Millionen-Mark-Anteile ausgenommen werden, deren Prospekt jetzt durch das Bankhaus R. R. Rothschild and Sons veröffentlicht wird. Daraus erfährt man, daß die auszubauenden Vons eine Laufzeit von 30 Jahren haben, zu einem Kurs von 92 angeboten und mit 6 Prozent verzinst werden. Die Anteile dürften in England glatten Erfolg haben, da sich die ausländischen Kapitalistenkreise von der Auswertung der Alpenwasserkraften heillosen Erfolg versprechen. An der Ausnutzung der Illwasserkraften sind wichtige deutsche Gesellschaften beteiligt, so das Kraftwerk Würtemberg (Gromau) und der Bezirksverband Oberwälbischer Elektrizitätswerke (OEW). Darüber hinaus besteht zwischen der Illwerke A. G. und dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk (RWE) eine enge Verbindung.

### Zusammenschluß zweier Großbanken

Der schon seit längerer Zeit erörterte Plan des Zusammenschlusses zweier Großbanken, der Commerz- und Privatbank und der Mitteldeutschen Creditbank, beide mit dem Stammsh in Berlin, scheint vor der Verwirklichung zu stehen. Der vor kurzem verstorbenen Berliner Finanzmann Carl Wolff war Befürworter einer maßgebenden Beteiligung an der Mitteldeutschen. Bei den Erben scheint die Absicht zu bestehen, das Aktienkapital der Commerzbank zu verkaufen. Der Kauf hätte für die Commerz- und Privatbank nur dann einen Sinn, wenn es gar nicht schon zwischen den beiden Bankgesellschaften zu einer Einigung über das Zustandekommen der Fusion kommen würde.

## Giganten der Landstraße

Ein Rennfahrer-Roman von André Reuze  
Autorisierte Uebersetzung von Fred A. Angermayer.  
Copyright by Südergilde Gutenberg, Berlin.

Sie flohen vor der nächsten Kälte, gegen die sie altes Zeitungspapier unter Trifot kopften. Sie flohen die endlose Einöde, sonnendurchfluteter Landstregen. Sie flohen den quälenden Durst, der sie wie Tiere an die Brunnen trieb, und die Müdigkeit, die ihnen die sanften Wiesen nur noch verlockender und grüner machte. Sie flohen die Schwächeanfalle, die ihnen die scharfen Kräfte in die Venen schlug, und die Stöße der steinigten Straße, die ihnen alle Gelenke marterte. Und sie flohen vor allem die Langeweile und den Ueberdruß, gegen die sie endlose Stunden ankämpften.

Als Maingun die fahrgewordenen Trifots der Ueberlebenden ansah, mußte er jener Armen gedenken, die der Landstraße unterlegen waren. Im Geist sah er Le Boyez entnützt in der Wirtshaus in Hosten sitzen; den kleinen Crausse mit den pflastersteifen Beinen; Gerardo, der sich in Blancan legen mußte, weil er nicht mehr sitzen konnte; den im Regen zitternden Samba-Lafors und noch viele andere, die erschöpft, krank oder verletzt waren oder deren Räder das Rennen nicht aushielten. Desto mehr steig seine Bewunderung für jene, die trotz allem durchgehalten hatten: Tampier, Blanc-Mesnil, und insbesondere Laboureur, der, obwohl ihn



sein Gabelbruch auf den sechsten Platz zurückgeworfen hatte, keine Sekunde aus Augen ließ. Nun wurden die Fahrer von derart zahlreichen Radfahrerwärmen bejubelt, daß der Maser gerührt davon war. Jubel, Schrei, Brüll und Klatsch, dachte er bei sich, ihr wißt alle nicht, was sie geleistet haben, und könnt ihnen nie genug zjubeln!

In den Autos herrschte fröhliche Stimmung. Die Berichterstatter wußten, daß sie ihren nächsten Artikel nicht inmitten einer Heißjagd, sondern hübsch ruhig an ihren Schreibtischen schreiben würden. Die Photographen, die dreißig Tage lang auf der Jagd nach Sensation waren, die schnellsten in alle Welt verschickt werden mußten, ließen endlich ihre Apparate ruhig auf ihren Knien liegen. Die Chauffeurs, denen von den zahllosen Kurven in den Bergen noch die Arme schmerzten, träumten schon vom grünen Rasen der Rennbahn, wo sie ihre Autos wie zu einer Parade aufstellen würden. Selbst die Wagen, die mit fehler Motorkraft die steilen Berge

erklert hatten, schienen, von ihren verbliebenen Rädchen überweht, leichter dahinzurollen. Tampier hatte eine Peilsche in der Hand um dem Sieger lästige Begleiter oder allzu begeisterte Spaziergänger vom Hals zu halten. Majotte verbarb sein braunes Gesicht unter einem durchgehenden Werdetrost. Chevillard wachte sich mit dem Tagelohnd der Schweiz vom Gesicht.

„Reiß dir bloß nicht die letzte Haut weg!“ sagte Tampier. „Sie wird keine schmutzige Kalle schon überleben!“

Jeanine wartete auf ihn. Ihren letzten Brief barg er an seiner Brust. Alle Quaten hatte er nun vergessen. Sie liebte ihn. Er war wie im Märchen. Ruhig, Ged und Liebe strömten nun gleichzeitig auf ihn nieder. Sein Name, den Tausende und aber Tausende begehrt riefen, schien ihm der eines Fremden zu sein. Er fuhr wie im Traum.

Er dachte an liebende Arme, die ihn bald seinen Hals umfangen würden, an blaue Augen, die ihn bestaunen, an einen lächelnden Mund, der ihm Liebesworte flüstern würde. Grimpart begann zu singen:

„Jetzt fahren wir nach Paris, nach Paris, nach Paris!“

Die Fahrer lachten und waren schon vom Witzel der großen Stadt gepakt, die ihnen bereits Tausende von jungen Radfahrern entgegenstünde, die sich zwischen hülshenden Motorrädern durchschlangelten, in deren Beiwagen reizende Frauen saßen und mit den Händen winkten.

Chevillard mußte an das junge Mädchen denken, das ihm am Start die Rückennummer ausgenäht hatte. Wie sie sich jetzt wohl freuen und die Zeitungen verfolgen, wie sie lachen würde, dem kleinen Chevillard so großes Glück gebracht zu haben! ... Er hoffte unrig, sie irgendwo wiederzusehen, um ihr danken zu können. Vielleicht stand sie sogar hier, längs der Straße, und suchte ihn. Von nun an widmete er den Zuschauern etwas mehr Aufmerksamkeit, bankte durch Kopfneigen, wenn man ihm zurief, oder lächelte, wenn ihm hübsche Frauen Ruckhände zuwarfen. Die Ovationen wuchsen so gewaltig, als hätten die Hunderttausende dreißig Tage lang nur nach einem einzigen Namen gesucht, den sie nun — in stehhafter Freude, ihn endlich gefunden zu haben — jubelnd hinausbrüllten: „Chevillard! ... Chevillard! ... Chevillard!“

Stundenlang hatten die Menschen Sonne und Staub getrotzt, um den Giganten der Landstraße Beifall klatschen zu können. Man erdrückte sich fast, um wenigstens einen Blick von der zwanzigköpfigen Spitzengruppe erhalten zu können. Das Feld durchsaute Beauvais, Poissy und Saint Germain.

Hier wartete schon das echte, wichtige und begeisterte Volk von Paris.

„Schluß!“ sagte Maingun. „Jetzt gehören uns die Fahrer nicht mehr!“

Und es sah wirklich aus, als hätte sie das Volk mit der wolkigen Grausamkeit eines leidenschaftlichen Wetbes im Flug umarmt und verschlungen. Jetzt tauchten so viele Wagen auf, daß sich das Radrennen in ein Autorennen verwandelt zu haben schien. Ein endloser Korso füllte die Massen in seinen Leidens ein und verbreitete überall den Geruch von Gummi, Benzin und Öl. Mühselig erlöste ein Schrei. Ein Fahrer war von einem der Beiwagen umgestoßen worden. Mit einem Ruck stand der Wagenkorso. Autos stöhnten sich bußendweise an. Arme erhoben sich, Flügel wurden laut, und ohne zu wissen, was eigentlich vorgefallen war, warf man aus dem Publikum Kotklumpen und Steine auf die Chaussee.

Zwischen den Trümmern seines Rades lag der Fahrer. „Wer ist es denn? ... Wer? ... Wer?“

„Ein Tourist!“ ... So kurz vor dem Ziel! ... Ob das nicht noch ist!“

„Muschelmörder!“ brüllten Hunderte von Stimmen. Man hob den Fahrer auf, der, noch ganz benommen von seinem Sturz, mit gläsernen Augen und zitternden Beinen immer wieder

„Ich hab' den ganzen Monat zweihundertsechzig Frank verdient! ... Ich hab' den ganzen Monat zweihundertsechzig Frank!“

„Ein Kreis Neugieriger umschloß ihn. Als die Wagenkolonne sich wieder in Bewegung setzte, gellte es aus aber tausend Rehlen: „Muschelmörder! ... Muschelmörder!“

Ravenelle und Maingun waren vorgefahren, um auf der Prinzenparkbahn zu sein, ehe die Fahrer eintrafen. Nur durch Brüllen, denn auf Hupensignale hörte kein Mensch mehr, konnte Boust freie Bahn bekommen.

Verfallenes mit seinen breiten Baumsträßen wurde durchfahren. Dann ging's durch Saint-Cloud, wo das Menschenmeer immer gewaltiger anwuchs.

„Die kommen doch nie im Leben hier durch!“ sagte Maingun beforgt.

„So unwahrscheinlich es auch aussieht, die Fahrer kommen durch!“ sagte Boust.

In seiner Beifallswut lobte das Volk den Beileitern zu und



rief laut die Namen der Zeitungen aus, die es auf den Bahnhöfen der Wagen entziffern konnte.

„Wer liegt in der Spitze?“

„Wer führt?“

Maingun war schon heiser und konnte nicht mehr antworten. Jetzt fuhrten sie in die Rennbahn.

Plötzlich war der Stier wie weggezaubert, und auch die Menschen wurden durch Barrieren im Schach gehalten.

„Heißiger Bombom!“ rief Boust und sprang auf den Rajen. „Das war wieder mal eine Viecharbeit!“

In der Nähe der Ziels standen die sonntäglich aufgeputzten Familien der Rennfahrer. Langsichtig sahen die Mütter auf den kleinen Spalt in der Schranke, aus dem sie austauschen mußten. Junge Frauen lächelten, um ihre Ergrißtheit zu verbergen. Erst und erkannt standen die Kinder schweigend herum.

(Schluß folgt.)

## Gros im Zuchthaus

Von Karl Plattner.

Aus dem Buche Karl Plattners, das Mitte Februar im Mops-Verlag in Berlin erscheint, geben wir hier noch ein zweites Stück, das sich unmittelbar an den gestern veröffentlichten Abschnitt anschließt.

### II.

#### Vorenthaltene Ausgleichsmittel, die Bedeutung der Literatur und Bilder mit erotischer Betonung.

Eine gewisse Erneuerung des sexuellen Körpergefühls wird in manchen Situationen auch durch das Lesen von Werken erotischer Tendenz erzielt. Man findet in der Sexualliteratur schöne Werte. Sie geben dem Leser wohlthuende Befriedigung, besonders dann, wenn die geschichtlichen Funktionen ausgegaltet sind. Ich habe solche Lektüre in der Haft stets als sexuelle Befriedigung, als sexuelle Kanalaktion empfunden. Auch dafür habe ich einige Ergebnisse, die ich beispielgebend benutzen will.

Wie erjert drei Bände von Casanovas Erinnerungen wurden mir zur Zeit meines Aufenthalts in der Strafanstalt B. verschickt, in der Scharfrichterabteilung des Berliner Zellengefängnisses jedoch erst ausgehändigt. Man wird annehmen, daß ich sofort darüber hergegriffen wäre und den Inhalt verschlungen hätte. Das trifft nicht zu. Ich ließ die Bände, obwohl mir ihre Tendenz bekannt war, mehrere Monate unbeachtet liegen.

Da kam ich in eine Periode hinein, in der ich mich mit der ganzen Materie zelebrierte, wissenschaftlich beschäftigte. Ich las dann u. a. alle Werke, die ich zu der vorliegenden Arbeit benutzte, zum Teil ja recht habe, also auch die Casanovas. Ich kann aber nicht sagen, daß ich von den starken, erotischen Tendenzen besonders angezogen, sondern sogar erregt worden wäre. Die Intention meiner geistigen Triebe bedrückte alle sexuellen Regungen. Ich stand Casanova äußerst kritisch gegenüber, kam zu einem ablehnenden Urteil.

Das Triebleben in der Haft verläuft wechselvoll. Ich hatte Perioden stärkster geistiger Energien, stärksten Lebensbedürfnisses nach wissenschaftlicher Lektüre, die mich oft monatelang so fest bannte, daß ich von morgens sechs, sieben, bis abends acht, neun Uhr mit dem Buche in der Hand auf dem Schemel saß, um dann wieder in wachen, oft monatelange Bummelperioden zu geraten, in denen sich das Bedürfnis nach erotischer Unterhaltungsfiktion meldete. In einer Periode stärkster sexueller Bedrücknisse, in der die Funktionen der Selbstbefriedigung gewöhnlich sehr schwer zu erfolgen führten, las ich Casanova noch einmal. Diesmal belebte er mich sexuell so stark, daß ich Liebesmännern auf ihn diehlete und komponierte. Die Lektüre erlebte mir nun das Weib, wurde Ersatz für eine geschlechtliche Verbindung. Meine Phantasie feierte wahre Orgien. Casanova wurde mir temporär zum Idealmann, obwohl er mir, wie gesagt, bei geistiger Befriedigung das Gegenteil bedeutete. Ich schwärmte für Casanova, noch mehr aber für die Mabels. Wer mir gerade in den Weg gelaufen kam, den versuchte ich zu bestimmen, die Bände zu lesen. In dieser Periode lebte ich sexuell in ruhigeren Bahnen als in Perioden, in denen meine erotische Vorstellung sozusagen taub und blind war. Ich lebte jetzt unter Vorstellungen, die Wunder taten, aus meinen Augen leuchtete Lebensfreude. Alle wunderten sich über den Umschwung meiner Stimmung. Meine Arbeitskraft war unerschöpflich; ich lag von morgens fünf, sechs, sieben bis abends zehner Uhr und schrieb, so intensiv, daß ich mitunter während fünf bis sechs Stunden keine Zeit fand, mir eine Zigarette zu drehen und anzuzünden, oder daß ich vergaß, weiterzuräuchern, trotz sonst sehr starken Rauchbedürfnisses. Zuweilen, wenn ich mal eine Atempause machte und mich umschaute, war ich ganz verwundert, daß in meiner Zelle Besuch war, dessen Kommen ich nicht wahrgenommen hatte.

Zuoberst meine Sinne in solchen Situationen dazu noch die Stimme eines Weibes, dann durchdrangen singende Wellen mein Gemüt. Mein Geruchsinn erwachte, ich atmete bestürzenden Duft eines Weibes, obwohl rings um mich kein Weib war.

Man vergleiche diese Zustände nicht mit gewöhnlicher Geistigkeit, für die ich keine Anlagen habe, sonst hätte ich meine Lustlust öfters zu Casanova nehmen können. Wie wenig ich trotz aller sexuellen Not und trotz des Fühlens natürlicher Anregungen tat, beweist noch folgende Tatsache: Band 4, 5, 6 brachte mir meine Frau im Juli 1926 — im März 1927 hatte ich sie noch nicht gesehen. Im März 1927 erhielt ich die Bände 7 und 8; gelesen habe ich diese Bände jedoch erst zu einer Zeit, in der ich wieder keine Vorstellungsgelegenheit von einem Weibe hatte.

Diese Feststellung könnte Borniertheit zum Anlaß nehmen, den Gefangenen jede erotische Lektüre vorzuenthalten. Nichts wäre einfältiger als das. Zuviel schon wird in dieser Hinsicht gesündigt in der Unterhaltungslehre, noch mehr im Strafvollzug, durch banalenhafte Handhabung der Bücherzensur, wobei Untersuchungsrichter, Strafanstaltsdirektoren, Lehrer und Anstaltsgeistliche miteinander wetteifern. Ich könnte, obwohl ich persönlich eine bevorzugte „Sonderbehandlung“ genoss, ein ganzes Buch über dieses trübe Kapitel schreiben. Genügte Befriedigung und Kanalaktion, durch ernste und geeignete Lektüre, wird hier illusorisch gemacht. Nur ganz selten gelangt ein Gefangener in den Besitz erotischer Bücher. Leppmann mußte ich einmal die Frage stellen, welche Lektüre er denn eigentlich für Gefangene für geeignet halte. Dabei nahm er theoretisch in sexuellen Dingen einen immerhin geltungswürdigen Standpunkt ein. Was er indessen theoretisch behauptete, verneinte er praktisch. Kaum hatte er mir zugestimmt, daß Casanova oder bessere erotische Lektüre regulierend wirken könne, wie ich das umschrieb, da schüttelte er zunächst erst einmal den Kopf darüber, daß mir die Bände überhaupt ausgehändigt worden waren, forderte mich das Versprechen ab, das Werk nicht auszuliehen. Anderen Gefangenen nahm er Bücher politischer, erotischer, wissenschaftlicher, pädagogischer Tendenz weg. So viel über die Bücherzensur und ihre sexuell-psychologische Wirkung.

In dem schon erwähnten Artikel in der Leipziger Volkszeitung: „Sexualität und Strafvollzug“, heißt es treffend:

„Noch lächerlicher ist es, wenn aus allen Büchern, den Zeitschriften, ja selbst aus den Tageszeitungen alles herausgeschnitten oder überfließt wird, woran sich die erotische Phantasie klammern könnte.“

Mit Schrecken muß man daran denken, daß die Entscheidung über Bücher und Zeitschriften bei Anstaltsdirektoren liegt, die nur Kreuzfuge und Heiligenbilder gelten lassen. In der Strafanstalt E. erklärte einmal der Direktor, nachdem mir eine Nummer der Schönheitshefte (Heft 1, Jahrgang 13) zugestellt worden war: Ich beschäftigte mich in meiner Freizeit sehr viel mit Kunst. Diese Ausbildung auf der Titelleite des Heftes ist aber keine Kunst; ich war mir deshalb im Zweifel, ob ich Ihnen überhaupt dieses Heft auszuliehen sollte.

Im allgemeinen wird aber den Gefangenen schon der „Mops“ und andere ähnlich gutbürgerliche Zeitschriftenliteratur mit Bildern vorenthalten. In meiner Zelle hing u. a. auch eine Reproduktion von Edmund Stappes: „Erika im Rosenhag“. Die feinen Linien dieses Körpers, in ein rotes, schlichtes Reformkleid gehüllt, entzückten mich. Spontan lächelte ich Stirn, Mund, die Augen dieser „Erika“, erquikte mich an ihren Gesichtszügen, an den Formen ihres Körpers. Das stimmte mich froher, zufriedener. Ich tat aber auch noch etwas anderes. In verzweiflungsvollen Augenblicken gegenüberer Bedrücknis stand ich oft vor dieser „Erika im Rosenhag“, bestürzte sie, als unterhalte ich mich mit einem lebendigen

Weisen. Oft stand ich vor diesem Bilde, klagte im Selbstgespräch meinen Schmerz, versank in fürnliche Melancholie — bis sich ein Strom von Tränen ergoß. Ich war dann entspannt, innerlich halbwegs reguliert und ausgeglichen.

Aber solche Objekte, an deren Formen die Spannungen abklingen können, fehlen, wie gesagt, den Gefangenen völlig. Ich habe selbst darum einen harinudigen Kampf führen müssen, um diese „Erika im Rosenhag“ in meiner Zelle behalten zu dürfen. „Dulden brauchen wir es nicht“, sagte mir einmal der Direktor in der Strafanstalt E. Und eben hatte er mir das erklärt, ging er in andere Zellen und machte Revision, d. h. er rief den Gefangenen alles von den Wänden, was auch nur entfernt erotische Ausdrücke betonte.

Wenn ich darüber zu entscheiden hätte, ob den Gefangenen alles vorenthalten werden soll, was irgendwie mit Erotik zusammenhängt, oder ob sie in den Besitz großstämmlicher Betrachtungsobjekte kommen sollen, dann würde ich mich nicht nur dafür erklären, sondern sogar für pornographische Abbildungen. Das wäre unter den obwaltenden Umständen das kleinste Übel, das die Sexualüberladungen herabmindert. Das Richtige und Gefundeste wäre, den Gefangenen das Recht und die Möglichkeit zu geben, ihre Sexualbedürfnisse in natürlichen Formen zu befriedigen.

## Die Nacht vor dem Beil

Uraufführung im Scharfrichter Stadtheater.

Der Epiker Alfred Wolfenstein nimmt hier ein Thema dramatisch auf, das vor genau hundert Jahren Viktor Hugo im „Lehten Tag eines zum Tode Verurteilten“ episch behandelte. Schon damals sagte Viktor Hugo, die Frage der Todesstrafe müsse beim Richter, nicht beim Richter entschieden werden. Wolfenstein läßt den Sohn des Richters austreten: „Du hast ihn verurteilt, Vater, geh, schlag ihm den Kopf ab!“

Die Nacht vor dem Beil wird von dem Verurteilten Jan in Wahn- und Verwirrungssträumen verbracht. Währenddessen stirmt des Richters Sohn Abel durch die Stadt, um die Bürgergewissen wahrzunehmen. Was hat Jan getan? Man verweigerte ihm, dem Beiliter, Brot. Er jündete einen Tanzsaal an. Menschen kamen dabei um. Hiermit rückt Wolfenstein freilich die Frage vom Allgemeinen zum Besonderen ab. Das ist die Schwäche seiner Tragödie in neuen Bildern. Nicht die Todesstrafe selbst, die Verurteilung Jan's wird verdammt. Erst später tritt zu dem rein formal-soziologischen Moment der sozialistische Grundgedanke, die Wahrung der Rechte durch den Staat überhaupt. Wolfenstein weiß zu schildern. Die peinlich langsam fließenden Stunden des nächtlichen Wartens auf den Todesstreich werden unterbrochen durch die Auseinandersetzung Abels mit dem Vater Richter, durch ein tobendes Maskenspiel, auf dem Abel nach der Abweisung durch den Vater nach dem Justizminister sucht. Der Müllerspöbel wirft ihn hinaus, als er das Wort „Hinrichtung“ hören muß. Schließlich sucht der Verzweifelte gewaltsam den Scharfrichter in dessen Wohnung festzuhalten — überlegen die beste, die konzentrierteste Szene. Der Versuch mißglingt. Jan's Kopf fällt, und mit einem Schreien, mit dem Schrei der Anklage, fährt Abel in die Welt.

Die neuen Szenen sind sprachlich episch gehalten. Es fehlt ihnen — bis auf die Scharfrichterszene — der starke dramatische Griff. Dennoch überzeugt Wolfenstein als Dichter. Seine Menschen haben erfülltes Leben.

Intendant Herberich Mai hat dem man schon die mutige Ausführung von Beders Regeneration verdankte, inzenerierte auf der Doppelbühne. In düsterem Grau hob sich hinter allen Bildern die Gefängnismauer. Ohne Pause wurde die Tragödie geschlossen durchgeführt; vor jeder Szene klopfte eine Riesenturmuhre die Stunde ab.

Auch diese Uraufführung hat wieder ihre Geschichte. Es steht wohl in der Journalistik einzig da, daß schon am Tage vor der Uraufführung in einer Scharfrichter Zeitung eine „Kritik“ zu lesen war, die das Drama mit der eigenartigen Sammelbezeichnung „parteiliche, sozialistische, sozialistische, ja bolschewistische Wache“ abfertigte. Sollte das eine Aufforderung zur Opposition sein? Die Quittung dafür blieb nicht aus. Als Abel im Schlussmonolog der Gesellschaft das Wort „Mördermacher!“ zurief und einige Pfeifer sich meldeten, brach als Gegenreaktion ein wahrer Beifallsorkan los, der nicht enden wollte und die drei Hauptdarsteller Johannes, Brudner und Wiesner, den Autor und den Intendanten immer wieder zum Hervortreten zwang.

Erich Hoogestraal.

## Don Juan und Figaro

Im Dezember wurde der Don Juan für das ABZ wegen der Krankheit einer Sängerin abgesetzt. Auch diesmal war die Don-Juan-Aufführung in Gefahr, weil eine der Sängerinnen auswärts gastieren sollte. Das ABZ wäre durch so wiederholtes Nichterhalten der Verprechung seinen Ansehens gegenüber in eine unangenehme Lage geraten. Das ABZ bedauert, wenn seine Bezahlbarkeit für die betreffende Sängerin eine Härte bedeutet haben sollte, muß aber die Ursache solcher Wirkung darauf zurückführen, daß für den Don Juan die doppelte Besetzung fehlt, die für eine Anzahl anderer Opern verhältnismäßig vorhanden ist. Es schließt sich nicht für ein Institut vom Range der Leipziger Oper, daß eine seit Wochen angelegte Vorstellung des Don-Juan ausfallen muß, weil ein Darsteller schon längere Zeit vor dem Termin und über ihn hinaus, krank geliebten ist.

Die Aufführung am Montag war besetzt wie die Premiere. Fanny Cleve ist eine prächtig singende Donna Anna, R. A. Neumann ein kraftvoll beweglicher Don Juan. Bei beiden spielte man nur gelegentlich die eben überwundene Krankheit. In einigem Abstand folgten Weinert mit dem Dittaolo, der vom Dramatiker scharf behandelt ist, und Maria Janowska, die sich in anderen Rollen höher auszeichnet als in der Clotiras. Trefflich an ihrem Platte Joporella-Bogel, Zerline-Kögel, Maltejo-Holländer, Komtur-Dierkamp. Don Juan und Leporella treiben im zweiten Akt als Solofresser darzustellen, ist undistinktion; die fehlenden Mädchen müssen noch beschafft werden. Der Eindruck der Hölle ist recht harmlos, und der schwache Eindruck der Vernichtung wird weiterhin dadurch abgeschwächt, daß das fiktive Finale den Saal wieder gänzlich unterseht zeigt. Das sind nur einige Beispiele, und ich schreibe sie nur her als Gründe für diejenigen, die vielleicht schwach beeindruckt wurden. Im übrigen ist der Don Juan eines jener Wunder, die man öfter hören muß, um sie ganz zu fühlen. Was man von ihm in sich trägt, das wird bei der Wiederholung geweckt und verstärkt. Ich beziehe hierbei jene primitive aber fröhliche Empfindung ein, daß man beim Anfliegen eines Themas schon die Vorfreude auf die kommenden Töne mit den Sinnen spürt.

Am Sonnabend vorher, am Vorabend von Mozarts Geburtsfest, gab es unter Brecher eine schöne Figaro-Aufführung. Flüssig und voll Wohlklang im Orchester, ausgeglichener im Gesang als der Don Juan. Ich war wegen einiger Neuweisungen hingegangen. Aber hat sich erkrankter R. A. Neumann lang her hier schon vorkäufig bekannte Anton Baumann von der Berliner Staatsoper einen sicheren und sympathischen Figaro. Statt der

erkrankten Fanny Cleve gab Marie Müller von der Chemnitzer Oper die Gräfin, schön in der Erscheinung, würdig im Spiel, aber ohne die entscheidende Schönheit und Eindringlichkeit des Gefanges. Der ebenfalls eingetragene Hans Haushild hat für den Bass alles Erforderliche, Jule Kögel ist ein reizvoller Page, Splider der rechte Graf. Die neue Susanne der Elisabeth Gerö ist erfreulich zu sehen und zu hören. Sie hat Leichtigkeit und Deutlichkeit, Anart und Artigkeit im Wesen, Frische, Zärtlichkeit und Sauerkeit im Gesang. H. W.

## Kleine Chronik

Intendant und Kritiker in Chemnitz. Der Gesamtrat der Stadt Chemnitz hat sich, nachdem vorher schon der Theateraussschuß zu der Angelegenheit Stellung genommen hatte, nun endgültig mit dem Fall Tauber beschäftigt und folgenden Beschluß gefaßt: „Der Rat bedauert den Zwischenfall, der sich im Rathaus nach Beendigung der Aussprache über die städtischen Theater am 17. dieses Monats zugetragen hat, kann aber darin keinen rechtlichen Grund zur sofortigen Lösung des Vertragsverhältnisses erblicken.“ Auf Grund dieses Beschlusses nahmen die bürgerlichen Zeitungsverleger zu der nun geschaffenen Lage Stellung und kamen nach reger Aussprache zu dem Beschluß, die städtischen Theater wieder vorzusprechen zu lassen. Das Chemnitzer Tageblatt hat sich nur widerwillig diesem Beschlusse gefügt, da der von Herrn Tauber geprügelte Kritiker bekanntlich der Vertragsdirektor Maushagen des Tageblattes war. Die Volkstimme hatte die Kritiktätigkeit nicht eingestellt. Sie brauchte sich also nicht mit der neu geschaffenen Lage zu beschäftigen. Nicht erledigt sind die in der letzten Stadtvorversammlung von allen Parteien geäußerten künstlerischen Bedenken. Inwiefern sich hier Veränderungen zeigen werden, steht dahin. Es ist übrigens auch durchaus möglich, daß der persönliche Fall Tauber-Maushagen noch die Gerechtigkeit beschäftigen wird.

Der Hahn wird zum Huhn. Dr. A. B. Damm von der Universität Chicago gibt bekannt, daß es ihm durch Drillingen-berpflegung gelungen sei, Hühner in Hennen zu verwandeln. Allerdings sei es ihm bisher noch nicht gelungen, den „verheuterten“ Hahn zum Eierlegen zu bringen.

Politische Schlafkrankheit. Aus Moskau wird gemeldet: Aus vielen Städten der Sowjetunion treffen hier Meldungen über eine epidemische Zunahme der Schlafkrankheit ein. Diese Krankheit befällt hauptsächlich die Mitglieder der Bahnausschüsse zur Vorbereitung der Sowjetneuwahlen. (Krotobil, Moskau.)

Neues Theater. Auf vielfache Anfragen wird mitgeteilt, daß Kammerjänger Alfred Picca ver am Freitag, dem 12. April, den Kuboff in Boheme und am Sonntag, dem 14. April, den Cavara-Ruboff in Tosca singt. — Infolge vertraglicher Beurteilung des Kammerjägers Hubert Leuer kann die nächste Weberholung von Weiss' Protagonist erst Mitte Februar stattfinden. — Als nächste Neuinszenierung geht Sonnabend, den 9. Februar, die seit neun Jahren nicht mehr gegebene komische Oper Don Pasquale von Donizetti in Szene.

Schauspielhaus. Für die Vorstellung Revolte im Erzählungshaus sind so zahlreiche Vorbestellungen eingeclauten, daß wir im Interesse eines rechtzeitigen Beginns drinauen bitten, die Vorbestellen Karten bis mittags 2 Uhr, abends spätestens eine halbe Stunde vor Anfang der Vorstellung abzuholen.

## Neues von der Sonne und anderen Fixsternen

Von Dr. Adolf Marcuse,  
Professor an der Universität Berlin.

Die fleckenbildende Tätigkeit unseres Zentralgestirns, die auch die Bitterung im verschlossenen Jahre so ungünstig beeinflusste, scheint nunmehr tatsächlich in der Wachsphase begriffen zu sein. Bei den neuesten Sonnenforschungen gelang es wiederum, ein sehr merkwürdiges Ergebnis zu erzielen. Die äußerste Gaschülle unseres Tagesgestirns, die sogenannte Korona, konnte bisher nur bei Gelegenheiten totaler Sonnenfinsternisse, also äußerst selten, und dann auch lediglich für die wenigen Minuten der Totalität solcher Finsternisse, zur Wahrnehmung gelangen. Daher ist die Natur dieser äußersten Sonnenhülle noch immer rätselhaft geblieben und die im Spektrum der Korona auftretende grüne Linie konnte bisher, im Gegensatz zu den übrigen Spektrallinien der Sonne, noch nicht mit irgendeinem irdischen Element in Zusammenhang gebracht werden.

Die neuesten photographischen Aufnahmen der Sonne mit ganz besonders für ultraviolettes Licht empfindlichen Platten haben nun, wenigstens bei äußerst klarer und durchsichtiger Luft, auch deutliche Bilder der Korona, unabhängig von der totalen Sonnenfinsternis, gezeigt. Diese unter ganz besonderen Umständen direkt mögliche Aufnahme der Sonnenkorona wird uns wahrscheinlich schon ziemlich bald die bisher noch rätselhafteste Beschaffenheit jener äußersten, offenbar aus leichtesten Gasen bestehenden Sonnenhülle erschließen können. Hieraus könnte man dann wahrscheinlich auf die Zusammensetzung der höchsten, 400 bis 500 Kilometer über der Erdoberfläche liegenden Schichten der Erdatmosphäre schließen. Das Gelingen dieser ersten und wichtigsten direkten photographischen Aufnahmen der Sonnenkorona hängt mit der bereits früher bekannten, aber bisher noch nicht praktisch ausgenutzten Tatsache zusammen, daß gerade im ultravioletten Gebiet des Spektrums der Korona zwischen dem bläulichweißen Himmelsgrund und dem weißlichgelben Schimmer der Korona am größten erscheint. So erklärt sich die Möglichkeit, auch bei nicht verfinsteter Sonne das dunkle Gebilde der Korona oder äußersten Sonnenhülle photographisch aufzunehmen zu können.

Schon lange wissen wir ferner, daß unser Zentralgestirn ein mittelwarmer Fixstern ist, ebenso wie die Fixsterne am Firmament Sonnen ferner und fernster Weltsysteme darstellen. Die Temperatur unserer Sonne an ihrer, unserer Messung zugänglichen Oberfläche beträgt etwa 5500 Grad Celsius, während nach den neuesten Forschungen die heißesten Sterne eine Temperatur von rund 20 000 Grad Celsius besitzen. In der Tat ist gelang es schon seit längerer Zeit, im sogenannten Lummerischen Kohlenbogen, auf elektrischem Wege, eine Hitze gleich derjenigen der Sonne herzustellen, die man für die technisch höchst erreichbare hielt. Nun ist es aber in neuester Zeit auch gelungen, im Laboratorium sogar Temperaturen von 20 000 Grad zu erzielen, und damit den Hitzegrad der heißesten Fixsterne künstlich zu erreichen. Es gelang dies dadurch, daß man durch einen sehr dünnen Draht plötzlich einen elektrischen Strom von mindestens 40 000 Volt schickte, der den Draht zur Explosion brachte. Alsdann ersticht man allerdings nur für einen ganz kurzen Moment (eine dreihunderttausendstel Sekunde) eine Explosionsheißigkeit etwa dreimal so heiß wie das Licht der Sonne. So gelang es, künstlich Erscheinungen herzustellen, die den Vorgängen am Firmament bei den heißesten Fixsternen und selbst bei den neuen, plötzlich auftauchenden Sternen entsprechen. Diese wichtigen Verluste werden uns für manche, bisher noch etwas rätselhafte Vorgänge im Welt-raum sowohl an der Sonne, als auch an den Fixsternen oder Sonnen fernster Weltsysteme klärende Aufschlüsse geben.



# Frisch-Fleisch

**in bekannt guter Qualität und billig!**

- Rindkochfleisch . Pfd. **85** ⤵ Schweinebauch extra mager . . . Pfd. **1.00**
- Rindgehacktes . Pfd. **95** ⤵ Schweinskeule . Pfd. **1.18**
- Rindgulasch . Pfd. **1.08** ⤵ Schweinskoteletts Pfd. **1.38**
- Rindschmorleisch . Pfd. **1.25** ⤵ Kalbspfefferfleisch . Pfd. **1.15**
- Rouladen . . . . . Pfd. **1.35** ⤵ Kalbsrücken . . . . . Pfd. **1.25**
- Roastbeef . . . . . Pfd. **1.35** ⤵ Kalbskeule . . . . . Pfd. **1.25**
- Gänse ref. . . . . Pfd. **88** ⤵ Hasen extra stark, ohne Fell . . . . . Stück **6.50**
- Suppenhühner Pfd. **1.18** ⤵ Hirsch-Ragout . Pfund **55** ⤵
- Brathühner . . . . . Pfd. **1.28** ⤵ Hirsch-Blatt, -Rücken oder -Keule . . . . . Pfund **1.18**
- Puten . . . . . Pfd. **1.18**

Telephonische Bestellung: 709 41.

**88**  
Brat-, Bismarckheringe, Rollmops, Kronsaardinen od. Nering in Gelée, 2-Pfund-Dose . . . . .

**45** ⤵ Klub-Dose, 5-6 Flaschen  
Oelsardinen . . . . . Dose **1.95**  
**35** ⤵ Pfund  
Bücklinge . . . . .  
**95** ⤵ 2-Pfund-Dose  
Senfcurken . . . . .

ff. fetter Speck ger. extra schöne Ware . . . . . Pfd. nur <b>1.15</b>	Aller-felnsst. Molk.-Butter 1.08 . . . . . 1/2 Pfd.-Stück	Aprikosen-, Himbeer- oder Kirsch-Konfitüre . . . . . 2 Pfd.-Eimer <b>1.35</b>	Aprikosen-, Himbeer- oder Kirsch-Marmelade mit Apfel 2 Pfd.-Eimer <b>95</b>
ff. Bierwurst . . . . . Pfd. nur <b>1.55</b>	Aller-felnsst. Dänische 1.12 . . . . . 1/2 Pfd.	Erdbeer- oder Ananas-Konfitüre . . . . . 2 Pfd.-Eimer <b>1.45</b>	Erdbeer-Marmelade mit Apfel . . . . . 2 Pfd.-Eimer <b>1.05</b>
Harte Knackwurst . . . . . Pfd. <b>1.48</b>	Limburger Käse . . . . . Pfd. <b>58</b> ⤵	Junge Erbsen 2-Pfd.-Dose <b>75</b> ⤵	Sellerie . . . . . 2-Pfd.-Dose <b>98</b> ⤵
Schinkensecken . . . . . Pfd. <b>1.48</b>	Bockstein-Käse . . . . . Pfd. <b>48</b> ⤵	Jg. Erbsen, mittel 2-Pfd.-Ds. <b>95</b> ⤵	Rote eete tafelfert. 2-Pfd.-Ds. <b>75</b> ⤵
Schinkenspeck . . . . . Pfd. <b>1.88</b>	Weißbaker Bierkäse Pfd. <b>78</b> ⤵	Jg. Erbsen, fein 2-Pfd.-Ds. <b>1.50</b>	Spargelköpfe . 2-Pfd.-Dose <b>2.58</b>
Dauer-Zerelat- oder Salamiwurst I . . . . . Pfd. <b>1.95</b>	Margarine . . Pfd. <b>68 58 48</b> ⤵	Kaiser-Schoten 2-Pfd.-Ds. <b>1.65</b>	Pflaumen o. Stein 2-Pfd.-Dose <b>88</b> ⤵
Pökelfleisch wie gekochter Schinken . . . . . 1/4 Pfund <b>48</b> ⤵	Kokosfett . . . 1-Pfd.-□ <b>58</b> ⤵	Prinzeß- oder Wachobrechbohnen 2-Pfd.-Dose <b>68</b> ⤵	Reineclauden 2-Pfd.-Dose <b>1.15</b>
Schwarzfleisch . . . . . Pfd. <b>1.45</b>	Edamer Käse . . . . . Pfd. <b>88</b> ⤵	Gem. Gemüse mit Spargel und Morchel 2-Pfd.-Dose <b>98</b> ⤵	Hirschen, rot. 2-Pfd.-Dose <b>1.15</b>
Schweinschmalz . . . . . Pfd. <b>95</b> ⤵	Schweizer Käse Pfd. <b>1.55 1.35</b>	Spinat l. dick eingek. 2-Pfd.-D. <b>65</b> ⤵	Sauerkirschen 2-Pfd.-Dose <b>1.35</b>
Kaiser-Auszugmehl . . . . . 5-Pfd.-Beutel <b>1.15</b>	Vollm., Voll-, Bruch-Schokol. 1/4 Pfd. <b>32</b> ⤵	Pflaumenmus 2-Pfd.-Eim. <b>95</b> ⤵	Mirabellen . . . 2-Pfd.-Dose <b>1.08</b>
Mühle Rüningen 5-Pfd.-Btl. <b>1.28</b>	Bensdorf-Vollm.-Schokol. <b>95</b> ⤵	Gem. Gemüse m. Spargel, getr. Erbsen und Morcheln . . . . . 2-Pfd.-Dose <b>68</b> ⤵	Extra-Rosebol! Gem. Gemüse, m. reichlich Spargel 5X2-Pfd.-Dose <b>5.50</b>
Mühle Bienenart. 5-Pfd.-Btl. <b>1.48</b>	Eukalyptus-Bonbons gewickelt 1/4 Pfd. 25, 1 Pfd. <b>95</b> ⤵	Kauf bei uns im "Parlauer "Psotomaton". 8 erwiesene Bilder 1 Wld. Bilder können gleich mitgenommen werden.	
Kaffee gebrannt . . . . . 1/2 Pfd. <b>1.30 1.20 1.10</b>	Brust-Malz in Stücken . . . . . 1/2 Pfd. 20, 1 Pfd. <b>75</b> ⤵	<b>LEIPZIG</b> Gebr. Leipzig, Königsplatz A.-G. <b>Das Haus der volkstümlichen Preise!</b>	
Perlkaffee . . . . . 1/2 Pfd. <b>1.40</b>	Pralinen zum Teil l. Staniol 1/2-Pfd.-Beutel 50 A, 1 Pfd. lose <b>95</b> ⤵		
Guatemala . . . . . 1/2 Pfd. <b>1.60</b>	Bäckobst II . . . . . Pfd. <b>50</b> ⤵		
Apfelsinen . . . . . Pfd. <b>25</b> ⤵	do. I aus kaltgef. Aprikosen, Pfirsiche, Birnen, Pflaumen, amerik. Apf. Pfd. <b>78</b> ⤵		
do. 10 Stück <b>75 55 39</b> ⤵	Jamaika-Rum-Verschnitt 48% . . . . . 1/2 Flasche <b>2.65</b>		
Blutorangen . . . 10 Stück <b>68</b> ⤵	Balavia-Arrak-Verschnitt 40% . . . . . 1/2 Flasche <b>3.25</b>		
treffen Freitag ein!	Span. Rotwein . . . Liter <b>1.10</b>		
	Weinbrand-Verschnitt 38% . . . . . 1/2 Flasche <b>2.45</b>		
	Vermouthweine, Gazzolo 1/2 Fl. <b>1.50</b>		

**Allgemeines Arbeiter-Bildungs-Institut (Kunstschule)**  
Altos Theater. Sonntag, 3. Februar, 11 Uhr: Die Raubertische. Einseletat 1.50 Wt., 3. Rang 40 Wt.

**Empfehle meine Reparaturwerkstatt Uhren, Optik**  
Garantie-Wecker zu 3 Mk.  
**Ph. Lehmann**  
Südstraße 18  
Gen. u. Konsum-Ver.-Mitgl.  
6% Rabatt

**Hotel und Konzerthaus Goldenes Einhorn**

Meinen verehrten Gästen und Freunden gebe ich hiermit bekannt, daß ich morgen, am 1. Februar, 17 Uhr, das Hotel und Konzerthaus „Goldenes Einhorn“, früher Bierstall und Hotel „Goldenes Einhorn“, Grimmaischer Steinweg 15, übernehme.

**Ab 1. Februar: Großer Bockbier-Rummel**  
Original-Konzert- und Stimmungskapelle „Die lustigen Oberpfälzer“, Kapellmeister Schorsch Meindl — Küche und Keller bieten das Beste — Zum Anstich kommen Franziskaner Leist-Bräu, hell und dunkel und Bock, M.-Quell-Bock, M.-Quell (Markranstädt), Pilsner Urquell.

Um regen Zuspruch bitten **Alex Hobusch und Frau**

**Kaffeehaus Hüster**  
Tägl. nachm. u. abends  
**Künstler-Konzert**  
Die bekannte Kapelle **Hans Berger**  
Konzert- u. Stimmungs-Humor

**Volkshaus - Fleischerei**  
Jeden Tag in Qualität  
frische hausgemachte Würst  
Verkauft auch über die Straße

**Deutscher Reichstelegraph**

Wortgebühren . . . 5 Zm. 40 Pf.  
Sonsige Gebühren . . . 2 Zm. . . Pf.  
Zusammen . . . . . 5 Zm. 40 Pf.  
Zinsen . . . . .

Telegramm **Köln**  
von . . . . .  
(ausbeamtet)

Bestördert den **30. 1. / 29**  
um **9 27 Min.**  
in **Pa./Lp. pa Leipzig**  
durch **M.**

Nr. **350** mit **86** W. 1929 den **30. / 1.** um **9 Uhr 25 Min.**

Genaue Anführung (Wohnungsangabe vor Bestimmungsort), Deutsche Schrift

An die **Panorama Künstlerspiele Leipzig**  
Eintreffen mit Elferrat und großem Gefolge zur Eröffnung der karnevalistischen Sitzungen für den Monat Februar am **Freitag**, dem **1. Februar**  
**Robert Nonnenbruch**  
Ehrenszenator der Prinzengarde Blau-Weiss  
Präsident der karnevalistischen Sitzungen

**EISBAHN**  
**Johannapark - Teich**  
Geöffnet von 8 bis 22 Uhr  
Morgen Freitag von 19.30 bis 21.30 Uhr  
**KONZERT**

**„Auslese“**

Unter anderen vielen Pralinen-Sorten haben wir eine, die wir Ihnen ganz besonders empfehlen. Das, was wir Ihnen mit unerer „Auslese“ bieten, kann von keiner Sorte übertroffen werden. Sie erhalten für 44 Pf. ein 1/4 Pfund Pralinen, die Sie für den doppelten Preis und mehr genießen sind. Niemand kann Ihnen zumuten, daß Sie einen Artikel nur auf Grund einer Behauptung kaufen sollen. Aus diesem Grunde haben Sie bei uns das Recht die begehrte Ware vor dem Kauf zu probieren. Kommen Sie zu uns, **Dina-Güßwarenhaus.**

Zentrum: Eisenbahnstr. 127, Merseburg Str. 54,  
Wintergartenstr. 6, Eisenbahnstr. 156, Zchoch Straße 46,  
Reichstraße 24, Pappermühlstr. 19, Bülowstraße 28,  
Windmühlstr. 30  
Westen: Bornastraße Ecke  
Osten: Gundorfer Str. 4, Stöckartstraße,  
Eisenbahnstr. 28, Gundorfer Str. 31, Pegauer Straße 2.

**Ernst Krieger**  
Burgstraße 16

**Frisk Hasen** ganz besonders  
reichhaltig, Rücken - Keulen - Bäule

- Gänse la. Halermaß . . . . . Pfund **1.20**
- auch geteilt, Halbe und Viertel . . . . . **1.40**
- Enten la fette . . . . . Pfund **1.40**
- Teuthühner Va. Maß. . . . . Pfund **1.50**
- Kochhühner la fette . . . . . Pfund **1.50**
- Kapaunen junge sarte u. s. Brat. Pfund **1.70**
- Hähnchen la junge sarte . . . . . Pfund **1.70**

Ganz frisch vom Abschuh  
**Ach - Girsch - Wildschwein**  
ausgeschlachtet, Rücken, Keulen, Bäule  
Bratfleisch

Telephon **725 61**

**Mathäusbräu**  
Ein der Bayern-Bereine und Fichtelberg-Bereine — — Holentstraße 8 11

Morgen Freitag, **Bayerischen Bockbierfeste**  
Beginn der  
mit der bayerischen Stimmungskapelle  
**„gen. Die Tegernseer“**

Gaudi Stimmung Guroc

Tanzpalast  
**Felsenkeller** Straßenbahn 2, 3 und 4  
Leipzig-Platz  
Karl-Heine-  
Straße 32

Morgen: Großer Sonder-Tanz-Abend  
mit **Waldo Altersdorf**  
Einstell: Herren 1 — Markt, Damen 50 Pfennig — Tanzgeld wird nicht erhoben  
Sonnabend, den **2. Februar**: Der beliebte Maskenball  
des Volksbundes der Deutschen aus dem ehem. Oesterreich-Ungarn

**Goldener Helm**  
Morgen Freitag, abends 7 Uhr  
**Vornehmer Ball** Ganz frei!

In der Diele **Künstler-Konzert**  
Sonnabend, 9. Februar, **Helm-Masken-Ball**  
L.-Eutritsch, Straßenbahn 14, 16a, 21. Fernr. 534 83

Gute Bücher kaufen Sie in der Volksbuchhandlung!



Bei Sekt und Kaviar

Im Vorjahre wurde vor einem deutschen Gericht die Komödie eines Prozesses gespielt, bei dem die deutsche Justiz sich wider...

Die Urheber der Vorgänge und des Prozesses aber, die Herren von Norma und Kiebe, reichten sich über den zu Gefängnis verdammen Köpfen ihrer Angestellten hinweg die Hände und gingen...

Kapitalistenmoral! Das Gericht wird prostituiert, die Polizei an der Nase herumgeführt, die Angestellten in die Wälder des Geheltes verwirrt...

Merkt ihr was, Arbeiter? Die deutsche Industrie leidet Not, und darum sollt ihr mit den 'Feinden' wieder Krieg machen.

1929, Geschäft und Schamhaftigkeit

Die Leipziger Neuesten Nachrichten sind bekanntlich nicht nur die 'größte Tageszeitung außerhalb Berlins', sondern daneben auch noch christlich, national, sittenstrenge, konservativ und dergleichen mehr.

Trotzdem verursacht nun der Annoncenteil der Schriftleitung immerdar ein gewisses, nicht zu behandelndes Rheuma, denn naturgemäß geht das Geschäft sehr oft wesentlich andre Wege, als sich mit der landesüblichen Moral verträgt...

Geschäft und Ueberzeugung müssen bei den NN loszusagen nur auf den gleichen Renner gebracht werden, und alle Schwierigkeiten sind behoben.

Und das ist bei den Leipziger Neuesten stets die Hauptsache: immer 'etwas drüber haben'! Immer wenigstens den Schein wahren!

Kino im Volkshaus. Infolge des starken Andranges zur Vorführung des medizinisch-klinischen Films 'Die schwere Stunde der Frau'...

Krankenanstalten und Volksseuchen

Zu diesem Thema wird uns geschrieben: In Leipzig und zahlreichen anderen Orten Deutschlands wütet die Grippe seuchenhaft und fordert manches Menschenleben.

In der Öffentlichkeit ist die Frage des Neubaus einer Städtischen Frauenklinik angeschnitten worden. Sie steht im engsten Zusammenhang mit der oben gestellten Frage.

Um die Krankenanstalten zu entlasten, sollte aber auch die Schaffung von Refugienstationen ermöglicht werden.

Behandelten könnten dann nach überstandener Krise in die Gefängnisse verlegt werden, wo sie bis zum Abgang weiter unter ärztlicher Kontrolle verbleiben.

Hinzu kommt noch, daß alle Krankenanstalten sowie Betten und sonstige Einrichtungsgegenstände, wie bei Ausbruch von Epidemien gebraucht werden, keil in Bereitschaft haben müssen.

Aber es muß auch des hausangehörigen Dienst- und Pflegepersonals gedacht werden, da dies unter unerträglichen Raumverhältnissen ebenfalls sehr zu leiden hat.

Das "Brot" des Bettlers

Vor einer Wirtschaft steht ein alter Mann, blaugefrorenes Gesicht, verlebte Augen, Kleider ganz zerrissen, mehr Flecken und Sicherheitsnadeln als Stoff.

„Und da langt er nicht einmal für einen Teller Suppe?“, frage ich. „Ja, wissen Sie, das Betteln, das ist ein schweres Brot, das muß gelernt werden.“

Was hat sich eine 'ne ganze Weile mit mir unterhalten. Von den bösen Menschen und dem lieben Gott. Zum Schluß hat sie mir eine alte Bibel schenken wollen, die alte Flegel.

„Da gehen Sie wohl meistens in die Straßen, wo die reichen Leute wohnen?“, frage ich. „Ne, ganz im Gegenteil, nur wenn es sehr muß.“

„Wie ist es denn mit den armen Leuten?“, frage ich. „Das ist es besser, auf ein paar Pfennige können Sie in fast jedem Hause rechnen.“

„Daß sie Betteln geh'n, wenn sie hungrig sind...“ Das ist auch der Standpunkt des Kapitalisten. Wenn aber ein Hungeriger in ihrem Hause den sozial empfundenen Rat befolgen will...

Wichtiges bei berufstätiger Arbeitslosigkeit

Für die Berufsangehörigen, bei denen eine regelmäßig wiederkehrende Arbeitslosigkeit berufstätlich ist, trat vom 9. Dezember 1928 bis 9. März 1929 eine besondere Regelung der Arbeitslosenunterstützung ein.

Gewerbeaufsicht

Das Gewerbeamt Leipzig hat im Jahre 1928 zum Schutze der Arbeiter und Angestellten in 10 200 gewerblichen und kaufmännischen Betrieben und sonstigen Bureaus insgesamt 14 706 Betriebsbesichtigungen über die Befolgung der arbeitsrechtlichen Vorschriften vorgenommen.

Ausstellung „Mutter und Kind“. Die Filmvorführung „Seine Majestät das Kind“, wird Sonntag, den 8. Februar, vormittags 11 Uhr, im Königspavillon wiederholt.

Blindenversammlung. Am Sonnabend, dem 2. Februar 1929, 18 Uhr, findet im großen Saal des Volkshaus Leipzig C 1, Böhrenstraße 7, die allgemeine Jahresversammlung der Blinden für Leipzig-Stadt und Land statt.

Schulanmeldung taubstummer und blinder Kinder. Alle bis jetzt noch nicht angemeldeten taubstummen und blinden Kinder, die zu Ostern 1929 Volksschulpflichtig werden, sind von den Eltern und Erziehern spätestens bis 15. Februar 1929 schriftlich beim Schulamt anzumelden.

# Stadtparlament und Wohnungsamt

## Der Oberbürgermeister beruhigt - 11 neue Fälle vor der Staatsanwaltschaft - Kommunistische Ausschlußkorgien - Erweiterung des Wohnungsbauprogramms

### Zuwachs in der Familie Lieberach

Mit einer Erklärung des Oberbürgermeisters über den Stand im Wohnungsamt begannen gestern die Verhandlungen im Stadtparlament. Neues kam dabei nicht mehr zutage. Der Oberbürgermeister erklärte, daß der Rat nichts unversucht gelassen habe, was zur Aufhebung von Schiedsgerichten im Wohnungsamt hätte führen können. Und daß will es dem Fernstehenden nicht einleuchten, daß trotz der ausschließlichen Zustimmung der Kriminalpolizei und der Staatsanwaltschaft es nicht früher gelingen konnte, die Schuldigen zu stellen. Der Oberbürgermeister erklärte, weitere Fälle seien im Verlaufe der Prozesse Verhandlungen gegen Slowitz bekannt geworden. Sobald die staatsanwaltliche Untersuchung genügend weit vorgeschritten sei, werde der Rat seine Schritte gegen etwaige pflichtwidrige Beamte einleiten. Wir könnten uns an dieser Stelle eingehender Darlegungen enthalten. Alles Wesentliche finden unsere Leser in nachfolgendem Verhandlungsbericht.

Hierzu erfolgte der lang erwartete zweite Akt der Ausschlußkorgie in der SPD, dessen unüberwindlicher Regisseur Herr Schneller ist, der Mann, gegen den Götter selbst vergebens kämpfen. Er verlor eine langatmige, für den geistigen Moskauer Generalstab verfaßte Erklärung, in der mit ungläubiger Habuistil der Ausschlußkorgier, Kästners und der Frau Schumann aus der kommunistischen Partei und damit aus der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion verurteilt und bestraft wurde. Würde bei dem Ausschluß Lieberachs und seiner beiden Genossen die Szene zum Tribunal, bei der Wiederholung dieser Ausschlußkorgien gestalte sie sich zum Affentheater für die Ausschlußkorgien allerdings nicht. Sie haben sicher mit nicht geringer Liebe an der kommunistischen Partei geübt; sie haben sich oft trotz inneren Sträubens gegen die politische Diktate der SPD strengste Disziplin gewahrt. Jetzt wie ein Haberkorn aus der politischen Gemeindefabrik hinausgeworfen zu werden, ist sicher hart für sie und unerdient. Die Ausschlußkorgien erfolgten überdies mit besonderer Brutalität, indem, wie Schenker in richtiger Erregung mitteilte, man das Stadtverordnetenparlament als den Ort der ersten Verurteilung und offiziellen Mitteilung an die Ausschlußkorgien über das über sie verhängte Todesurteil erwähnte. So hat die Familie Lieberach Zuwachs bekommen. Seine Fraktion ist nun auf sechs Köpfe gestiegen. Die kommunistische Kumpffraktion selber zählt noch sieben. Aber der nächste, vor dem Ausschluß stehende dürfte sieben ist Herr Hartig, der trotz allen Schimpfens auf Sozialdemokratie und Sozialdemokraten von dem „wilhelminischen“ Kurie der Leipziger SPD als nicht mehr stundenlang erträglich wird. Mit Hartig würde die Fraktion Lieberach die stärkere der kommunistischen Fraktionen im Stadtparlament geworden sein.

Herr Schneller hat's nicht leicht. Er fühlt offenbar seine politische Unzulänglichkeit durch die mehr als fingerdicke Straßsack hindurch. Er hat es bisher noch nicht unternommen, dem aggressivsten Herrn Lieberach auch nur ein Wort der Entgegnung zu liefern. Und Herr Lieberach sprang nicht etwa sanft mit Herrn Schneller um. Er nannte ihn sehr unzweideutig einen Trottel. Schneller schwieg. Lieberach behauptete, Schneller fabriziere Anträge, und wenn man ihn frage, wie man sie begründen wolle, erklärte er: „Ja, ich weiß auch nicht, aber mein Antrag ist was anderes, als das von der Sozialdemokratischen Vertretung.“ Lieberachs Argumentation gegenüber den Kommunisten hat jedenfalls etwas Zwingendes. Er weiß Feldfeld, wie es dort zugeht. Er beginnt immer ein klein wenig zur politischen Vernunft zurückzufahren. Das ist natürlich Grund genug für die Parteimitglieder um Schneller, ihm den Laufpaß zu geben, und ihn zugleich als Straßsack Verdrängten anzuliegen, auf dem Wege zur SPD zu sein.

Während die kommunistischen Stadtverordnetenfraktionen sich im Stadtverordnetenlaute raufien, standen draußen die von Schneller und seinen Mitnehmern zur Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie aufgerufenen Erwerbslosen, um die von den kommunistischen Revolutionsstrategen eingeleiteten Forderungen der Stadtverordneten vorzutragen. Diese für kommunistische Theaterzwecke mißbrauchten Opfer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung werden eines Tages auch einsehen, daß sie der kommunistischen Großmannsucht nur als Bühnenkaffage dienen und außerdem das Klassenkämpfersche Unvermögen der Schneller und Konorten verdecken sollen. Bis dahin werden allerdings große Teile der Kräfte des Proletariats immer wieder gekappt und zur Ohnmacht verdammt werden.

Den letzten Beratungsgenossen bildete ein Sozialdemokratischer Antrag, der sich die Einberufung der Wohnungsamt zum Ziele setzt. Darauf werden wir morgen näher eingehen.

### Der Verhandlungsbericht

#### Der Standal im Wohnungsamt

Oberbürgermeister Dr. Kothe nimmt vor Eingang in die Tagesordnung das Wort, um sich zu den standaligen Vorgängen im Wohnungsamt zu äußern. Er geht eine ganze Reihe von Vorlesungen durch, die bereits in der Presse behandelt worden sind und erklärt, daß

in allen Fällen, in denen der Rat von einer Verletzung erfahren hat, oder von einem Verstoß oder einer Verächtlichmachung Kenntnis erhielt, er die Sache dem Kriminalamt übergeben hat.

In den letzten drei Jahren seien 34 Fälle vom Kriminalamt erstattet worden, ohne daß sich etwas ergab, das zu Strafanzeigen ausgereicht hätte. In 48 Fällen, Beschuldigungsfälle gegen Beamte, sei die Staatsanwaltschaft angerufen worden, um durch Gerichtsverfahren festzustellen, ob die Beleidigungen berechtigt, die Beamten strafwürdig gehandelt haben. Auch die Staatsanwaltschaft sei in keinem der 48 Fälle gegen die Beamten vorgegangen. In den letzten Tagen seien elf weitere Beamte verurteilt worden, sich ähnlicher oder gleicher Vergehen schuldig gemacht zu haben wie die, die jetzt vor Gericht behandelt wurden. Der Rat habe sich mit der Staatsanwaltschaft in Verbindung gesetzt, um zu erfahren, gegen welche dieser elf Beamten und in welcher Weise gegen sie vorgegangen werden könne. Die Staatsanwaltschaft habe auch versprochen, den Rat von allen von ihr im Ermittlungsverfahren gemachten Feststellungen in Kenntnis zu setzen, damit der Rat das Disziplinarverfahren einleiten und durchführen kann. Der Rat werde schonungslos gegen alle Beamten und Nichtbeamten, die in diese Sache verwickelt sind, vorgehen. Die Mitteilung, in der die Verletzungen vorgekommen sind, sei seit April 1927 aufgehoben. Dem Rat werde vorgeworfen, die Aussicht nicht hinreichend geführt zu haben. Wenn es wahr wäre, daß Beamte des Wohnungsamtes, statt auf Dienstort zu gehen, in Wirtschaften gegangen und dort gar mit Dirnen zusammengetroffen seien, so sei das sicher eine schwere Verletzung der Amtspflichten. Aber der Rat könne doch nicht hinter jedem Beamten einen Aufpasser herkscheiden und daher sei auch der Behörde kein Vorwurf daraus zu machen, wenn Beamte sich in dieser Weise vergaßen. Im übrigen sei trotz der Verletzungen keinem Wohnungsberechtigten eine Wohnung entzogen worden. Auch die Behauptung, der Rat habe die Dinge ruhig laufen lassen, treffe nicht zu.

Schon 1923 habe der damalige Wohnungsamts-Bezirker, der jetzige Bürgermeister Hofmann, eine Verordnung erlassen, alle Mitglieder von Wirtschaften von Beamten des Wohnungsamtes sofort beim Kriminalamt zur Erörterung zu übergeben. Wenn dabei nichts Strafbares festzustellen gewesen sei, so dürfe man dem Rat darüber keine Vorwürfe machen.

Auch der Vorwurf, der Rat habe durch Verweigerung der Akteneinsicht das Gericht an den erforderlichen Feststellungen gehindert, sei unbegründet. In einigen Fällen habe der Rat allerdings die Einsichtnahme nicht gestattet können, weil er nicht die hinreichende Sicherheit gehabt habe, daß die Beteiligten nicht von dem Akteneinsicht Mitteilung erhalten. Er verweise im übrigen darauf, daß eine beim Ministerium gegen den Rat diesbezüglich eingereichte Beschwerde abschlägig beschieden und vom Ministerium ausdrücklich erklärt worden sei: der Rat hat recht gehandelt. Im Falle Slowitz sei es dem Räte vorgehalten worden, daß er auf Strafverfolgung verzichtete, als Slowitz sich mit der Entlassung ohne Pensionsanspruch einverstanden erklärte.

Aber wenn ein Mann im Disziplinarwege bestraft und befristet werden solle, so bleibe er bei der Langwierigkeit des Verfahrens noch ein, zwei oder drei Jahre Kollongier der Gemeinde. Erst wenn das Gerichtsverfahren abgeschlossen sei, könne das Disziplinarverfahren eingeleitet werden.

Bei der Länge des Instanzweges liege es im Interesse der Gemeinden, den Mann zur sofortigen Amtsausgabe und zum sofortigen Verzicht auf alle Beamtenansprüche zu veranlassen. Damit sei ihr mehr gedient als damit, durch jahrelange Gehaltsaufwendungen Bestrafung zu erreichen. Weiter möge man bedenken, daß die Berufung zu Unrechtsfeiern nirgends so groß sei wie in den Wohnungsämtern. Deshalb müsse man auch, selbst wenn man noch so hart über die Verfehlungen der Beamten urteile, immer darauf hinwirken, daß das Publikum, das Geldangebot mache, mit für solche pflichtwidrigen Handlungen verantwortlich sei.

Stadtverordneter (SPD): Die Leipziger Neuesten Nachrichten haben mit ihrer Schreibe über den Prozeß Slowitz viel Unheil angerichtet. Die Beschäftigung in den Wohnungsämtern wirkt nicht erzieherisch auf die Beamten. Die Wohnungswangswirtschaft wirkt erzieherisch, man muß sie abhauen. Die Wohnungsberechtigten, die in anderen Städten eingeführt wurde, heißt sich sehr wohlklingend von dem jetzt in Leipzig geübten System der Wohnungsberechtigten ab und hat außerdem Ersparnisse an Beamten im Wohnungsamt im Gefolge. Schließlich begründet Börner einen Dringlichkeitsantrag, der fordert, durch den Rat zu prüfen, ob und welche Mängel bei der Vergebung der Wohnungen vorhanden sind und ob durch Einführung der Mietberechtigungsart eine wesentliche Verbesserung der Wohnungslage herbeigeführt werden kann.

Genosse Frenzel: Durch die Verhandlung gegen Slowitz ist ein Korruptionslump von ungeheurer Größe innerhalb der städtischen Verwaltung aufgedeckt worden. Wenn es zu solchen Korruptionsfällen überhaupt gekommen ist, so nur deshalb, weil Krupp und Inflation zu einer gewissen Bewilderung der Sitten geführt haben, von der auch gewisse Beamte nicht verschont geblieben sind. Wir stimmen mit dem Oberbürgermeister überein, daß der größte Teil der Beamenschaft solchen Dingen fern liegt; andererseits vertritt die sozialdemokratische Fraktion aber den Rat, daß er in jedem Falle, wo ihm irgendwelche Verfehlungen von Beamten bekannt werden, rückhaltlos durchgreift. Schon seit längerer Zeit hat man ein gewisses Räumen über unberechtigte Vergebung der Wohnungen unter der Einwohnerschaft wahrgenommen. Interessant ist, daß der Herr Oberbürgermeister gegen gewisse Artikel polemisiert, die in einer hiesigen Tageszeitung im Zusammenhang mit dem Prozeß Slowitz erschienen sind. Wir haben den Eindruck, daß die Artikel, die das Amtsblatt des Rates veröffentlichte, von einem bestimmten Herrn verfertigt wurden, der das freie Bedürfnis hat, von sich reden zu machen. Der Oberbürgermeister würde also sehr gut tun, wenn er der Redaktion der SPD einmal im Auftrag des Rates gehörig die Leinwand lesen würde. Wenn der Oberbürgermeister erklärt, daß die Durchschereien nur in der Abteilung für Individualquartierung vorgekommen sind, dabei aber der Einwohnerschaft keine Wohnungen entzogen wurden, so ist die sozialdemokratische Fraktion anderer Meinung. Ihre Auffassung geht dahin, daß ungenügende Einwohner, Leipzig infolge der Durchschereien einer Wohnung verlustig gegangen sind. Wenn der Rat bereits in früheren Jahren in bestimmten Korruptionsfällen das Einreisen des Staatsanwaltes geordnet hätte, dann wäre bereits im Jahre 1926 der Korruptionslump im Wohnungsamt ausgeräumt worden. Wir fragen, was der Rat zu tun gedenkt, um die Beamten vor weiteren fortgesetzten Verfehlungen zu schützen? Welche Schritte sind in den Fällen unternommen worden, wo offene Verfehlung vorliegt? Wie werden Verfehle, die sich Einwohner an Wohnungen verschaffen, wieder rückgängig gemacht?

Herr Börner hat sich für die Aufhebung der Wohnungswangswirtschaft eingesetzt und diese als alleinige Ursache der Korruptionserscheinungen angegeben. Wir als Sozialdemokraten erklären uns nach wie vor für Aufrechterhaltung der Wohnungswangswirtschaft; würde diese heute aufgehoben, dann wäre dem Bürger mit Wohnungen Tür und Tor geöffnet. Begüterte würden sich in den Besitz der Wohnungen setzen, während Minderbemittelte bei Vergebung der Wohnungen leer ausgehen. Es ist wirklich demagogisch, wenn im hiesigen Stadtparlament Abgeordnete der Rechte Aufhebung der Wohnungswangswirtschaft fordern, obgleich die Vertreter derselben Parteien im Reichstage nicht daran denken, die freie Wohnungswirtschaft zu verlangen. Was die Einführung der Wohnungsberechtigungsart anlangt, so warnen wir an anderen Orten gemachten Erfahrungen vor einem solchen Experiment.

Stadtverordneter (Thälmannianer): Dem Rat hat wenig daran gelegen, der Öffentlichkeit einzugestehen, daß Korruptionsfälle beim Wohnungsamt vorgekommen sind. Vielmehr habe es der Rat verstanden, diese Fälle zu vertuschen. Wenn der Oberbürgermeister verkündete, die Öffentlichkeit würde in Zukunft

# Erweitertes Wohnungsbauprogramm

Schneller (Thälmannianer) begründet in langer und dreier Rede einen Antrag, der vom Räte fordert, 5 Millionen Mark zum Bau von Arbeiterwohnungen bereitzustellen, von der Landesregierung 2 Millionen Mark zum kommunalen Wohnungsbau zu fordern und den Stadtverordneten ein Wohnungsbauprogramm für die kommenden fünf Jahre vorzulegen.

Genosse Frenzel: Die durch die Wohnungsnot herbeigeführten Wirtschaft- und Kultur Schäden sind so groß, daß es zur dringlichsten Pflicht wird, sie Schneller zu beheben, als es bisher mit so wenig Erfolg versucht wurde.

Kirbe aber, wie hier gefordert wird, die Wohnungswirtschaft freigegeben, so würden wir sofort so hohe Mieten haben, daß ein Arbeiter sie nicht mehr bezahlen kann.

Die freie Wohnungswirtschaft ist durchaus nicht das Allheilmittel zur Behebung der Wohnungsnot. Es steht den Verfehlern der freien Wohnungswirtschaft durchaus frei, zu bauen, soweit sie nur wollen, ihre Wohnungen zu vermieten, an wen sie wollen und die Mieten so hoch festzusetzen, wie sie wollen. Wenn die freie Wohnungswirtschaft das Allheilmittel wäre, würde man auch so vorgehen. Es ist empfohlen worden, die Wohnungsbauzuschüsse herabzusetzen. Je niedriger die Zuschüsse pro Wohnung, desto mehr Wohnungen lassen sich selbstverständlich mit Hilfe des zur Verfügung stehenden Zuschusses errichten.

Aber desto höher werden auch die Mieten. Sie sind jetzt schon vielfach so hoch, daß Arbeiter sie nicht bezahlen können.

Zusätzliche Bauten zur erträglichen Mieten kann man ausführen, wenn man Zinszuschüsse ausfindigen vermag. Auf diese Mittel

## Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre.

Connewitz. Sonnabend, 2. Februar, 20 Uhr, in der Goldenen Krone: Wichtige Sitzung.

Thüringen. Sonnabend, den 2. Februar, 19.30 Uhr: Wichtige Sitzung im Gasthof. Straßenmänner und Postkassierer erscheinen zehlfach.

Erfurt. Sonnabend, 2. Februar, 19.30 Uhr: Wichtige Sitzung in der Krone.

Erfurt. Sonnabend, den 2. Februar, pünktlich 17 Uhr: Wichtige Funktionärssitzung im Vereinshaus Profburg. Alle Kommissionen müssen sich konstituieren und die Beschlüsse müssen ebenfalls zwecks Auskunfz reiflich erscheinen.

Mücheln. Sonnabend, den 2. Februar, 20 Uhr, im Heim, wichtige Funktionärssitzung.

### Frünen.

Thonberg-Kreuzbund. Donnerstag, 31. Januar: Besichtigung der Ausstellung „Krieg und Frieden“. Treffen 17 Uhr am Spielplatz. Unser Frauenabend fällt am 3. Februar aus.

Thönig. Unser Frauenabend fällt aus. Wir bejuchen die Versammlung der Gewerkschaften, Belgien, im Volkshauss.

### Spreng- und Bewegungsgesch.

Wagran Freitag, 19.30 Uhr: Probe in der Bundeschule, Nischstraße 36, Sporthalle. Kommt alle!

Aber alles orientiert, so müsse man die Frage stellen, weshalb dieses nicht schon früher geschehen sei. Die SPD würden jedenfalls noch lange an dieser Korruptionsaffäre zehren, um gegen die Wohnungswangswirtschaft Sturm zu laufen.

Stadtrot Genosse Frenzel unterbreicht mit allem Nachdruck, daß bei dem Prozeß Slowitz keine der Wohnungsberechtigten erwiesen worden sind. Es ist auch nicht der Nachweis erbracht, daß beim Wohnungsberechtigten Untermöglichkeiten vorgekommen sind. Der Antrag Börner auf Einführung der Wohnungsberechtigungsart ist nicht am Werke, er befindet sich in der städtischen Aufsicht über die Wohnungen. Herr Börner hat das Unglück gehabt, zu behaupten, daß sich das System der Wohnungsberechtigungsart andernorts bewährt habe, dabei haben sich trotz der Einführung solcher Anträge die Wohnungsämter in Hamburg und Dresden die Entscheidung über die Vergebung von Wohnungen vorbehalten. Wir werden sie die Hand dazu geben, daß Wohnungslose durch die Mietberechtigungsart geschützt werden. Aber auch in Frankfurt a. M. hat man mit dem System der Wohnungsberechtigungsart keine guten Erfahrungen gemacht. Dort steht man heute auf dem Standpunkt, daß das Wohnungsberechtigungsarten-system finanziell und wohnungspolitisch verfehlt sei. Der Rat ist gegenwärtig dabei, die verschiedenen Systeme, die andernorts angewandt worden, auf ihre Vorteile hin nachzuprüfen. Hinsichtlich der Anträge des Stadtverordneten Frenzel hat der Rat zu erklären, daß alle Beamten beauftragt sind, jeden Verfehlungsversuch sofort zu melden. Mit dem Genosse, daß beim Wohnungsamt vieles nicht stimme, ist nichts anzufangen. Der Rat wird aber jeden Fall, wo der Vorwurf der Verfehlung gegen Beamte erhoben wird, der Kriminalpolizei übergeben. Es sind auch alle nur möglichen Vorkehrungen getroffen, daß ähnliche Vorgänge, wie die zur Debatte stehenden, sich nicht wiederholen. Der Aufgabentrotz des Wohnungsamtes hat sich auch verbessert. Und heute habe ich veranlaßt, daß bei Vergebung von Wohnungen, wenn der Auftrag 200 Mark ausmacht, damit niemand in Verlegung kommt, die Entscheidung von Herrn Direktor Jahn getroffen wird, und sobald es ein Objekt im Werte von 2000 Mark darstellt, die Entscheidung über die Vergebung mir zugeht.

Genosse (Dem.) gibt für die Beamten eine Erklärung ab, derzufolge die städtische Beamenschaft die Vorgänge, die sich beim Prozeß gegen den Baumeister Slowitz gezeigt haben, als nicht bestanden und von den zuständigen Stellen erwartet, daß die weiter erforderlichen Untersuchungen in dieser Angelegenheit auf breiter Grundlage geführt werden und gegen die dabei ermittelten Schuldigen unmissverständlich vorgegangen wird.

In der weiteren Aussprache beteiligen sich der Aufwarter Dr. Wallner, der Demokrat Weber, der ausgeschlossene Kommunist Lieberach, der Wirtschaftsparteiler Sachse, Köllig von der Wirtschaftspolitischen Vereinigung.

Genosse Frenzel: Der Schwanengesang, der für die Einführung der Mietberechtigungsart gemacht wurde, ist nach den bisher gemachten Erfahrungen nicht dazu angetan, dem Antrag Börner zuzustimmen. Wenn die Verordneten Börner und Köllig der Aufhebung der Wohnungswangswirtschaft das Wort reden, so lassen diese vollkommen außer acht, daß heute noch auf dem Wohnungsmarkt zwischen Angebot und Nachfrage eine gewaltige Kluft besteht. Sicher ist, daß einmal der Zeitpunkt kommt, daß die Wohnungswangswirtschaft befristet werden wird; dieser Zeitpunkt liegt allerdings in sehr weiter Ferne. Wenn der Verordnete Schneller der Kriminalpolizei zum Vorwurf macht, daß sie nicht mit dem nötigen Interesse bestimme, ihr vom Amt überwiesene Fälle untersucht habe, so ist demgegenüber zu erklären, daß die Polizeibeamten keinerlei Interesse an irgendwelchen Verfehlungen von Korruptionsfällen beim Wohnungsamt haben. Schließlich begrüßt Genosse Frenzel folgenden sozialdemokratischen Dringlichkeitsantrag:

Das Kollegium fordert vom Rat, daß er sofort eine strenge Unterbrechung wegen der festgestellten Durchschereien im Wohnungsamt anordnet und prüft, ob eine Kasse durch schuldhaftes Verhalten der Durchschereien nicht unterbunden hat. Gegen die schuldigen Beamten ist ohne Rücksicht der Person das Disziplinarverfahren zu eröffnen und alle unter das Strafgesetz fallenden Fälle sind der Staatsanwaltschaft zu überweisen.

In der Abstimmung wird ein kommunistischer Antrag, der Einführung eines Untersuchungsausschusses fordert, abgelehnt. Das gleiche Schicksal erleidet der Antrag Börner; dagegen findet der sozialdemokratische Antrag Annahme.

Es ist nicht möglich, mehr als die Hälfte der städtischen Gemeinden ist heute schon nicht in der Lage, ihren Hausbau zu finanzieren. Es kann schon heute eine Reihe notwendiger sozialer Aufgaben nicht erfüllt werden, weil es nicht gelingt, die Mittel dafür aufzutreiben. Es ist auch nicht damit zu rechnen, daß das Reich mehr gibt als bisher. Auch mit der Empfehlung, die Reichsregierung zu erlöchen, die gesamte Mietssteuer zum Bau von Wohnungen zur Verfügung zu stellen, ist praktisch nichts zu machen. Die Reichsregierung lehnt ab, weil die Finanzbede für Reich und Länder ebenfalls knapp ist, wie für die Gemeinden. So steht es auch mit Forderungen an die Landesregierung, den Prozeß für den Ausgleich herabzusetzen. Es bleibt demnach nur noch übrig, zu versuchen, ob man nicht auf andere, wenn auch bisher nicht gewohnter Weise zum Ziele gelangt. Ein solcher Versuch ist der im Ausschuß von der sozialdemokratischen Fraktion durchgebrachte Antrag.

In den nächsten drei Jahren außer den aus Mitteln der Mietszinsteuer zu errichtenden Wohnungen jährlich je 1000, insgesamt 3000, Kleinwohnungen mit je 50 bis 60 Quadratmeter Wohnfläche zu bauen und für Finanzierung dieser Wohnungsbauten an Stelle von Mitteln aus der Mietszinsteuer Anleihen in der erforderlichen Höhe zu beschaffen, die aus Zuschüssen der Mietszinssteuerdarlehen zu verzinsen sind.

Es kann nicht fraglich erscheinen, daß es nicht nötig ist, unter unzureichender Verplängerung und Verlesung der Wohnungsnot der nächsten Generation Käufer zu überlassen, die besten kleinen Schulden rufen. Das würde der Fall sein, wenn wir ohne Anleihen bauen. Wir haben uns vor einiger Zeit mit dem Reichs-

Gemeindebetrieben beschäftigt und uns dagegen gewendet, daß sie ähnlich wie die Industrie die von ihr benötigten Mittel der Ergänzung durch Selbstfinanzierung aufbringen. Nicht viel anders liegt es jetzt beim Wohnungsbau. Aber auch mit der Durchführung des hier kontrahierten Zuzugbauprogramms ist das Wohnungsproblem nicht gelöst. Dazu ist die Wohnungsnot viel zu groß. Man hat sich gegen unseren Vorstoß auf Bau von Kleinwohnungen gewendet. Von dem Kleinwohnungsbau abzugeben erscheint uns nicht so wichtig. Man mag etwas größer bauen. Aber richtiger ist es, zunächst einmal möglichst vielen Wohnungslosen eine Wohnung zu verschaffen. Wir werden überdies auch in Zukunft einen Bedarf an guten Kleinwohnungen haben. An guten Kleinwohnungen. Und wir legen Gewicht darauf, daß gute Wohnungen gebaut werden. Schneller würde, wenn er die neuen Kleinwohnungen mit den alten Kleinwohnungen einmal vergleichen wollte, unendlich behaupten können, daß mit den neuen Kleinwohnungen neue Seuchenherde geschaffen werden würden.

Die Erweiterung der Bautätigkeit führt leider auch zu Spekulationen. Um der Spekulation die Preisstreberei bei vermehrter Nachfrage nach Bauplatzen zu verleiern, beantragt Genosse Feigler an Stelle der Fingelbauten eine gut erprobte Erprobungsweise anzunehmen. Zum Schluß richtete Genosse Feigler eine Reihe von Anfragen an den Bürgermeister Hofmann und schloß mit der Bemerkung, daß die sozialdemokratische Fraktion die von den Kommunisten schon des öfteren gestellten Anträge ablehne. Daß es möglich sei, 8 Millionen Mark für den Wohnungsbau in den Haushaltsplan einzustellen, glaube Schneller wohl selber nicht. Solche Möglichkeiten schwinden um so mehr, als die Kommunisten Millionen von Steuerbeträgen den Besitzenden zuschlagen. Daß Schneller sich leichter Herzens über die in seinen Anträgen verfehlten reichsrechtlichen Bestimmungen hinwegzusetzen bereit sei, werde niemand bezweifeln. Aber es sei auch nicht minder zweifellos, daß es Schneller selbst mit den größten Worten nicht gelingen werde, auch nur die kleinste Kleinwohnung zu errichten.

**Bürgermeister Hofmann:** Die Gemeinden können die Wohnungsnot nicht allein überwinden. Das Reich muß eingreifen, denn nur das Reich ist in der Lage, der Wohnungsnot Herr zu werden. Man wird daher solche Beschlüsse, wie Herr Feigler sie empfiehlt, nur mit dem Gefühl fassen, daß man damit einen taktischen Fehler begeht. Es ist auch zu bedenken, daß man kaum so große Anforderungen, wie der Wohnungsbau sie stellt, an den Kapitalmarkt richten kann. Der Rat wird jedenfalls den Antrag, der ja zweifellos zum Beschluß erhoben wird, auf das ernstlichste prüfen und alle finanziell verantwortlichen Mittel gut heißen, die zu einer schnelleren Beseitigung der Wohnungsnot führen.

**Schmidt (Wp3)** tritt für bessere Unterstützung der privaten Bautätigkeit ein. Der Wohnungsbau komme für seine Fraktion erst in zweiter, und der städtische Wohnungsbau erst in letzter Linie in Frage.

**Weber (Dem.)** erblickt in dem städtischen Wohnungsbau eine stärkere finanzielle Inanspruchnahme der Stadt, als sie bei Unterstützung des Wohnungsbauwerkes notwendig wird.

**Kuhles (Wp)** beantragt, mindestens 50 Prozent der Spareinlagen der Städtischen Sparkassen als Hypotheken dem Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen.

**Lieberath (ausgeschlossener Kommunist)** sagt seinem bisherigen Parteifreund und jetzigen Hausnachbarn Thälmanns, dem allezeit leidenschaftlichen Sozialist Feigler, einige Vieles zu würdigen und erklärte schließlich, mit seinen fünf Parteifreunden für den Antrag Feigler stimmen zu wollen. Mit dem Wahlspruch der Kommunisten: „Wir müssen unter allen Umständen mehr fordern und billiger sein als die Sozialdemokraten“, komme man nicht weiter.

Hierauf wird abgestimmt. Die Anträge der Tagesordnung werden angenommen. Ebenso ein Antrag Lieberath, die Klein-

wohnungen an mieterberechtigte kinderlose Ehepaare zu vergeben. Die kommunistischen Theateranträge werden abgelehnt.

### Kleine Verlagen

Zur Rückänderung des Rates wegen der Straßenbahnjahreskarten für Berufsschüler und bedürftige Schüler aller Schulrichtungen beantragte der Schul- und Betriebsausschuß, den Rat zu ersuchen, a) die Geltung der Lehrlingskarten auch auf die Berufsschüler auszudehnen, soweit diese zum Besuch der Schule die Straßenbahn benutzen müssen, b) zum Haushaltsplan 1929 dem Stadtvorordnetenkollegium eine Kostenaufstellung vorzulegen, aus der ersichtlich ist, welcher Aufwand erforderlich ist, um allen die Berufsschule besuchenden Schülern und bedürftigen Schülern anderer Schularten mit über 2, 3, 4 und 5 Kilometer weiten Schulpfaden freie Straßenbahnfahrten zur Verfügung zu stellen, c) zu prüfen, ob es möglich ist, den allgemeinen Schulpfaden zu verlegen und etwa 1/2 Stunde später eintreten zu lassen. Den Anträgen der Ausschüsse wird zugestimmt.

Annahme findet weiter die Ratsvorlage über die Nachbewilligung von 34 900 Mark Mehrausgaben für das Eisdachloshaus. Und weiter die Ratsvorlage über Bewilligung von 8025 Mark für Beschleunigung und Herstellung der Veranlagung der Hegelstraße bis zur Pariser Straße aus dem Vermögensplan.

Schließlich stimmt das Kollegium der Ratsvorlage über die Bewilligung von 22 500 Mark für Befestigung der Flächen vor dem neuen Haupteingang und den neu zu errichtenden Bauten des Flughafens in L. Madou zu.

### Zum Skandal beim Wohnungspflegeamt Slowig belästet zahlreiche Kollegen — Staatsanwalt Dr. Buerchsaper gegen den Oberbürgermeister

Bekanntlich hat der nunmehr verurteilte Slowig, schon während des Prozesses verschiedene andere Beamte schwer belästigt, deren Mißthaten inzwischen erwiesen werden konnte. Dieser Tage haben nun Staatsanwaltschaft und Justizministerium umfangreiches Material erhalten, das zur Zeit mit größtmöglicher Beschleunigung durchgearbeitet wird; da der Chef der Leipziger Kriminalpolizei, Oberregierungsrat Dr. Heiland, drei Kriminalbeamte für die Recherchen zur Verfügung gestellt hat, dürfte man wohl bald etwas von den Ergebnissen dieser neuerlichen Aktion erfahren. Die Akten aus dem Prozeß gehen aller Voraussicht nach bereits morgen an den Stadtrat zur Prüfung, auf daß dieser seine Schlußfakt nach einem schonungslosen Einschreiten gegen alle in die Sache verwickelten Beamten und Richterbeamten stellen kann!

Staatsanwalt Dr. Buerchsaper, in dessen Händen die ganze Angelegenheit liegt, erklärte, daß er mindestens gegen einen weiteren Beamten des Wohnungspflegeamtes demnächst Strafanklagen stellen werde; wahrscheinlich sei jedoch, daß noch mehr in die Verfolgung einbezogen würden. Immerhin lasse sich etwas Konkreteres noch nicht sagen, da einmal die Materie schwer zu bearbeiten sei, zum anderen der Stoffandrang zu groß werde. Die in Frage kommenden Zeugen seien zum guten Teil zugleich Schuldige oder zumindest Angekündigte und richteten ihre Aussagen danach ein. Ferner dürfe dem Rat und auch dem Oberbürgermeister der Vorwurf nicht erpart werden, daß beide recht wenig Interesse an der Sache bewiesen hätten, bevor es zum Prozeß gegen Slowig kam. Seit Jahren seien immer wieder Anzeigen gegen Beamte aus dem Wohnungspflegeamt eingelaufen, doch habe man in der Regel nicht die Beamten, sondern die Angezeigten bestraft! Auch habe sich der Rat früher fast nie bei der Staatsanwaltschaft nach dem Stand der Ermittlungen erkundigt, während er jetzt behauptet, alles getan zu haben, was in seinen Kräften stand. „So geht die Sache denn doch nicht“, meinte Dr. Buerchsaper schließlich zusammenfassend. Wir haben dem vorerst nichts hinzuzufügen.

### Spaltungsarbeit in Berlin

Nachdem im Arbeiter-Turn- und Sportbund der Winterport einen gewolligen Aufschwung genommen hat, hatten die ausgeschlossenen Berliner Winterportler, die sogenannte „Arbeiter-Winterport-Interessengemeinschaft Berlin“, den Zeitpunkt für gekommen, auch im ausblühenden Winterport Spaltungsarbeit zu leisten. Es darf eben nach den kommunistischen Theorien keine starke Arbeiterorganisation geben, weil dann die Arbeiterklasse erfolgreich Arbeit zu leisten imstande ist und damit den Spalt den Lebenslicht ausgeblasen würde. Die Zeitung dieser Berufspartei, Sport und Spiel, Nr. 2 1929, schreibt über die Zusammenarbeit der Arbeiter-Winterportler folgendes:

„Um diese Zusammenarbeit zu ermöglichen, ist es nun notwendig, daß sich alle Arbeiterwinterportler Deutschlands und auch des Auslandes zu einer großen Arbeiter-Winterport-Interessengemeinschaft zusammenschließen. Es soll dies keine Zentralorganisation sein, sondern die Glieder der Gemeinschaft handeln und sind vollständig selbständig. Nur eine Informationsstelle soll dazu dienen, Verbindung zwischen den einzelnen Teilen zu sein, genaues Adressenmaterial jederzeit zur Verfügung zu stellen, Gesamtstatistik zu führen, alle Erfahrungen weiter zu vermitteln, kurz mit Rat und Tat den Arbeiter-Winterport nach gemeinsamen Gesichtspunkten zu fördern.“

„An alle diejenigen, die gewillt sind, nach diesen provisorischen Richtlinien an dem Aufbau des Arbeiter-Winterportes mitzuarbeiten, ergeht der Ruf, unverzüglich ihre Anschriften mitzuteilen, die Stärke der Ortsgruppe anzugeben und die Verhältnisse am Ort und in der Umgebung zu schildern. Prov. Informationsstelle, W. Road, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Straße 77.“

Dieser Größenwahnsinn des „Informationsbureaus“ zeigt uns, daß man den ausblühenden Arbeiterwinterport unter das Kommando von Berlin bringen will. Diese Zeitung bringt unter einem Aufruf „Mittung, Winterportler!“ folgendes:

Die AWZ (Arbeiter-Winterport-Interessengemeinschaft) Groß-Berlin beschränkte ursprünglich ihre Tätigkeit auf Berlin. In den letzten Jahren verlor sich allerdings dieses Gebiet etwas weiter in die Umgebung der Stadt und teilweise sogar bis in die Provinz.

Die sechsjährigen Vorgänge im Arbeiterwinterport treiben nun diese Entwicklung in nicht geahmtem Tempo vorwärts. Heute liegen die Verhältnisse so, daß fortwährend Anmeldungen von Mitgliedern und sogar ganzen Ortsgruppen aus dem gesamten Reichsgebiet zur Mittung eintreffen.

Das erfordert jetzt eine unbedingte Klärung der Sachlage. Vor allem ist wichtig, die organisatorische Frage zu lösen. Bis jetzt bestehen in verschiedenen Orten Sachlängen und Sachlängen in Sachlängen (Riesengebirge) Wettläufe. Unser Verein am Ort lehnte selbstverständlich die Beteiligung ab. Die „Einheitler“ brachten es aber fertig, einige Vereinsmitglieder für diese Wettläufe zu gewinnen, obwohl der Verein Vereinsläufe ausgeschrieben hatte. Die Vereinsläufe wurden sabotiert. Die Teilnehmer traten aus dem Verein aus und schlossen sich der Berliner Interessengemeinschaft an.

So steht die „proletarische Einheitsarbeit“ der Ausgeschlossenen in Berlin aus. Das ist nach Berliner Muster „Klassenkampf“: Kampf gegen die eigene Klasse.

**Jetzt gilt's**  
die ungeheuren Vorteile zu erfassen in meinem

**Alle zu**

# Ausverkauf

denn ich bin billiger denn je -

Beginn:  
Freitag, 1. Februar  
zum Teil ermäßigt

**2<sup>95</sup>**

**Graue Spangenschuhe**  
Original-Lud.-XV. Abs., für Gesellschaft und Straße

**3<sup>90</sup>**

**Braune Lederspangen**  
Lederfüßler, für die Straße

**6<sup>90</sup>**

**Rindbox**  
voll. gedoppelt, 40-46

**3<sup>90</sup>**  
**Brokatspangen**  
Silber und Gold Orig. L.-XV.-Absatz, weißes Lederfüßler, Markenschuh

**5<sup>90</sup>**  
**Atlasspangen**  
beige, grau, schwarz, für Gesellschaft, L.-XV.-Abs.

**5<sup>90</sup>**  
**Luxusspangen**  
leinwandig, in all. ordentlichen Modelfarben, auch schw. u. farblich Wildleder

**6<sup>85</sup>**  
**Beige Spangen**  
Trotteur-Absatz, Lederfüßler

**6<sup>45</sup>**  
**Reform-Schnürschuhe**  
schwarz und braun, ohne Kappen, solides Erzeugnis

**7<sup>90</sup>**  
**Lackspangen** Ludwig XV.  
Trotteur-Absatz, Markenfabrikat

**2<sup>95</sup>**  
**Lederspangen**  
solid, strapazierfähig, bequemer Absatz, unsortiert

**45**  
**Ohrschuhe**  
gute Ledersohle, farbige Filzfüßler, Gr. 18

**75**  
**Ohrschuhe**  
Kamelhaarsstoff, Ledersohle, verd. Naht, 29/31

**165**  
**Tuchstiefelchen**  
Reisende

**1**  
**u. Schuhe**  
mit u. ohne Leders., l. una. lieben Kleinen

**145**  
**Walkschuhe**  
in sechs. Fabrikat, um zu räumen  
31/35 1.98, 27/30 1.79, 25/26

**195**  
**Filzschallentiefel**  
mess. Ledersohle, Absatzfleck, Lederapitze, in sechs. Erzeugnis, 29/32

**95**  
**Dam.-Hausschuhe**  
Kamelhhaar-Stoff mit Ledersohle

**145**  
**Umschlagschuhe**  
mollig, Leders., verd. Naht, Gr. 36

**195**  
**Umschlagschuhe**  
Kamelhhaarst., sehr mollig, in sechs. Ware, mit Stelle 30 Pig. mehr

**175**  
**Laschenschuhe**  
gute Quali., Horren 2.25, mit Stelle 30 Pig. mehr, Damen

**265**  
**Herren-Niedertreter**  
Kamelhhaarst., Lederreinigung, 42/46

**7<sup>90</sup>**

**Rindbox** 40-46

**2<sup>65</sup>**

**Kinderstiefel**  
schwarz, kräftig, 25/26 2.95, 25/21

**4<sup>95</sup>**

**Rindbox - Kinderstfl.**  
strapazierfähig, 31/35

**4<sup>90</sup>**

**Kreppsohlen-Halbschuh**  
Boxkalf und Rindbox, solid, 27-34

**4<sup>90</sup>**

**Leder-Schnallenstfl.**  
warm gefüttert, 36/36

**2<sup>65</sup>**

**Leder - Niedertreter**  
mit Pelzbesatz und Fleck 36/39 3.99, ohne

**9<sup>45</sup>**

**Herren-Halbschuhe**  
Qualität, schwarz, braun, braun mit Lack und ähnlich, Kombinat., auch Musterpau

**3<sup>90</sup>**

**Ueberstiefel** 23/26

**Saison-Schlager!**

**1<sup>65</sup>**

**Gummi-Ueber-schuhe** 36/41

Sämtliche Filz- u. Kamelhaarschuhe ganz bedeutend herabgesetzt

Um jeden meiner werten Kundschaft gerecht zu werden, muß ich mir Mengenabgabe vorbehalten!

Rest- und Einzelpaare darunter auch Luxusschuhe zu fast jedem annehmbar. Preise

**REICHSTR. 26**

# M. Fried

**Windmühlen-straße 1-5**

**Vorwärts**

Die dem Arbeiter-Turn- und Sportbund angehörenden Wasserfahrvereine und -abteilungen (Paddler, Kanu- und Fallschiffahrer, Ruderer und Segler) streben mit aller Gewalt voran. Überall im Lande kann man mit Freude wahrnehmen, wie die Arbeiter-Wasserfahrer emsig bei der Arbeit sind und nicht nur Boote aller Arten, sondern auch ihre Bootshäuser selbst errichten, oft nach eigenen Plänen und Plänen. Überall kann man auch feststellen, wie das Meer der Arbeiter-Wasserfahrer immer mehr anschwimmt. Einige Beispiele aus den Arbeitersportsektionen mögen hier als Beweis für das die Wasserfahrer belebende Vorwärtsstreben gelten:

Sächsischer Arbeitersport, Dresden, vom 4. Januar 1929: Genosse Franz berichtet, daß die Wasserfahrbewegung tüchtig vorwärts geht. Die Freien Fallschiffahrer von Cotta haben ein neues Fallschiffmodell selbst erbaut. — Nordischer Arbeitersport, Hamburg, vom 8. Januar 1929: Der Traum jedes Wasserportlers ist, im eigenen Heim untergebracht zu sein, wo er in seinen Ruhestunden im schönen Klubraum mit Gleichgesinnten verweilen kann. Auch hierin haben wir Fortschritte gemacht. Kennt ihr das Bootshaus der Kieler an der Förde, das wahrscheinlich Pfingsten 1929 geweiht wird? In Lübeck und Bergedorf baut man ebenfalls fleißig am eigenen Heim. — Freier Sport, Frankfurt a. M., vom 14. Januar 1929: Der erste Erfolg, drei ausgebildete Mannschaften, die mit Eifer bei der Sache sind. Auf

diesem Stamm soll im neuen Jahr aufgebaut werden. — Bezirks-Mitteilungsblatt, 4. Kreis, 1. Bezirk, Leipzig, vom 20. Januar 1929: Der Mitgliederbestand der Wasserfahrer hat stark zugenommen; seine Steigerung beträgt reichlich 30 Prozent.

Diese Entwicklung ist um so erfreulicher, als man gerade in der heutigen Zeit viele Klagen aus dem bürgerlichen Lager über dauernden Mitgliederabgang hört. Mühe nun dieser bei den Arbeiter-Wasserfahrern auf Vorwärts eingestellte Kurs sich nicht nur lange halten, sondern auch allen am Wasserfahrersport Freude findenden Arbeitern zeigen, daß der Weg, den sie einschlagen müssen, klar gezeigt ist unter der Parole: „Vorwärts, hinein in die Wasserfahrvereinigungen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes!“

Aufzug Kunst der Sprache, Donnerstag, den 31. Januar, 20 Uhr, in der Bundeschule.

**Die beste Bekämpfung**

der Schundliteratur ist das Werben neuer Leser für die Volkzeitung!



**Wetterbericht der Arbeiter-Turn- und Sportschule**

Ort	Temperatur °C	Schneehöhe cm	Schneebedecktheit	Sportmöglichkeit
Oberlichtenhal	- 8	123	Pulverschnee	EH und Rebel ausgeglichen
Bühlberg	- 11	133	"	"
Wannenberg-Pöhlberg	- 10	81	"	"
Sehnsgrabenhal	- 7	105	"	"
Wuerberg	- 9	115	"	"
Schnee	- 9	65	gering	sehr gut
Altingerhal, Stöberg	- 13	130	Pulverschnee	"
Wittenberg	- 8	110	"	"
Zinnwald	-	-	-	"
Wiesdorf, Wahrenitz	- 10	60	Pulverschnee	sehr gut
Freuenitz	- 6	30	"	"
Ob Gollena	- 8	45	gleichmäßig	"
Schnitz, Gr. Wittenberg	- 7	-	"	"
Oebitz	- 7	75	Pulverschnee	sehr gut
Muldenhaus	- 14	65	"	"
Freuenitz (Tät.)	- 10	82	Reifschnee	"

**Eingelaufene Schriften.**

Das Werk von Diego Rivera. Neuer Deutscher Verlag, Berlin W. 8. Erklärer, Kalligraph der Hölzer von St. Barbara. Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar. Joseph Schüller, Brannschweig. Uffano, Verlag Albert Langen, München. Erziehungsprobleme der Gegenwart. Ein pädagogisches Lesebuch. Herausgegeben von Wilhelm Albert. Verlag Albert Langen, München. Hugo Hermann, Der Reichshaushalt. Grundlagen, Inhalt und Bedeutung. Verlag J. G. W. Neugebauer, Berlin.

**Seine Majestät das Kind**

(hergestellt von der Reichsanstalt zur Bekämpfung der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit, Berlin) am Sonntag, dem 3. Februar 1929, vormitt. 11 Uhr, im Königspavillon wiederholt — Veranstalter: Rat der Stadt Leipzig — Eintrittskarten zu 40 Pfg. an der Kasse der Ausstellung „Mutter und Kind“ im Ringmeßhaus

Besucht die Ausstellung „Mutter und Kind“ im Ringmeßhaus — Täglich (auch Sonntags) von 10-20 Uhr — Eintritt 30 Pfg. — Täglich von 18-20 Uhr unentgeltliche Filmvorführungen

**Kein Inventur-Ausverkauf**

dafür aber dauernd tadellose reguläre Stahlwaren, wie

**Messer und Scheren,**

**Tafelbestecke, Rasiermesser und**

**Haarschneidemaschinen**

erhalten Sie in den **Stahlwaren-Fachgeschäften**

M. Armanini, Kurprinzstraße 3 — Aug. Gröger, Bayerische Str. 3 H. Kullmann Nachf., Neumarkt 16 — H. Möbius, Dresdner Str. 67 Attilio Suda, Zeitzer Str. 13 — A. Schönfeld, Hanfsche Gasse 6 A. Starck, Windmühlensstr. — K. Sommer, Gohl. Lindenthaler Str. 32 Walter Böhme, Lindenau, Karl-Heino-Str. 72 F. W. Matihole, Lindenau, Merseburger Str. 52

**Ämtliche Bekanntmachungen**

**Vorläufige Hebersicht über die Aufwertungsmasse der Sparkasse der Stadt Leipzig**

nach der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 3. August 1928 (nach dem Stande vom 1. Oktober 1928).

**A. Aktiva.**

1. Hypotheken	30825842,21 RM.
2. Wertpapiere	911842,87 ..
3. Darlehen	124881,72 ..
4. Grundstücke	213196,15 ..
5. Ausgleichsforderungen an andere Sparkassen	38007,88 ..
6. Eingänge zur Aufwertungsmasse	5361868,90
	37478528,73 RM.

Hierzu sind vorweg zu bedenken: Ausgleichsverpflichtungen an andere Sparkassen 34097,88 RM. Summe der Aktiva 37492626,61 RM.

**B. Passiva.**

Umgerechneter Goldmarkbeitrag der Spareinlagen 150149321,21 RM. Hiernach ergibt sich nach dem Stande vom 1. Oktober 1928 eine Aufwertungsquote von rund 25 %.

Die Aufstellung des endgültigen Teilungsplanes erfolgt durch den für die Aufwertungsmasse der Sparkasse bestellten Treuhänder und unterliegt der Genehmigung des Ministeriums des Innern. Ausschüttungen können daher auch weiterhin nur in beschränktem Umfange und im Rahmen der bisherigen Bestimmungen erfolgen.

Leipzig, den 30. Januar 1929. Sparkasse der Stadt Leipzig.

**Sparkasse Liebertwitz.** Günstige Verzinsung aller Kapitalanlagen. Girokonto Leipzig Konto Nr. 88 Postsparkkonto Leipzig 11 430.

**Bekanntmachung. Lohnsteuer-Erfstattungsanträge**

Die Art der Einreichung und Weiterbehandlung der Steuerabzugsbelege, wie sie für 1928 vorgeschrieben werden mußte, hat zur Folge, daß es nicht möglich ist, alle Lohnsteuer-Erfstattungsanträge, insbesondere auch diejenigen von **Erwerbslosen**, in der gewünschten Reihenfolge zu bearbeiten.

Es sind jedoch neben dem Eintrag besonderer Arbeitskräfte alle Maßnahmen getroffen worden, um die Anträge so schnell als möglich zu erledigen.

Es empfiehlt sich daher nicht, daß die Antragsteller **persönlich** bei den Finanzämtern zur Nachfrage und Erinnerung vorstellig werden. Denn die hierdurch erforderlich werdenden zahlreichen Auskünfte verzögern die Erledigung der bei jedem Amte zu vielen **Tausenden** vorliegenden Anträge noch mehr.

Leipzig, am 30. Januar 1929. Die Finanzämter Leipzig-West, Leipzig-Ost, Leipzig-Süd, Leipzig-Nord, Leipzig-Niederstraße

**Großh. Offenhalten vonäden an Sonntagen.**

Die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in allen Zweigen des Kleinhandelsgewerbes und damit das Offenhalten der Verkaufsstellen ist unter Aufhebung der bisherigen Regelung für das laufende Jahr an den nachgenannten Sonntagen gestattet worden: am 24. März, 12. Mai, und 6. Oktober von 11 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags, sowie am 8. 15 und 22. Dez. von 11 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags.

Stadtrat Großh., am 29. Januar 1929.

**Großh. Gesuche um Darlehen für Wohnungsbau und Häuserhaltung** sind bis 7. Febr. bei dem unterzeichneten Stadtrat einzureichen. Später einlaufende Gesuche können im Jahre 1929 keine Berücksichtigung finden. Den Gesuchen sind die zur Beurteilung nötigen Unterlagen (Zeichnung u. Kostenanschlag) beizufügen. Die Anforderung der Gesuche hat zunächst den Zweck, eine Uebersicht über die vorliegenden Wohnungsbauwünsche und Instandsetzungen an alten Gebäuden zu gewinnen. Ob und inwieweit diese berücksichtigt werden können, ist bei den wenigen zur Verfügung stehenden Mitteln noch ungewiß. Stadtrat Großh., am 29. Januar 1929.

Damen- und Herren-

# Konfektion

im Saison-

# Ausverkauf

Herrn- u. Burschenanzüge 15<sup>00</sup>  
in reich. Farb. u. gut. Qual. 59,00 49,00 40,00 35,00 30,00 25,00 20,00

Herrn- u. Burschenmäntel 15<sup>00</sup>  
eleg. Schnittform, mit Kar. Rückseite 65,00 59,00 45,00 39,00 31,00 25,00

Knabenanzüge 7<sup>50</sup>  
in Sportform, mit Dreckschößen ..... 12,50 10,00

Sportjacken, Pullover, Sweater, Kindergarnituren und gestrickte Anzüge im Preise weit herabgesetzt

Herrnhüte 3<sup>50</sup> Sportmützen 1.25 9<sup>5</sup>

Damenmäntel 12<sup>50</sup>  
in Stoffen engl. Art, Ottomane, Retour de laine ..... 60,00 45,00 35,00 26,00 15,00

Kindermäntel 4<sup>00</sup>  
Blauh. Gr. . 60 10,50 7,00 5,00  
Gr. 45 ..... 8,00 6,00

Damenkleider 7<sup>50</sup>  
Selbe in reich. Auswahl ..... 19,00 15,00 12,00

Damenkleider 9<sup>00</sup>  
Wolle .. 25,00 21,00 19,00 15,00

Kinderkleider 4<sup>50</sup>  
gr. Auswahl ..... 8,50 6,50

Kinderstrickkleider 3<sup>25</sup>  
Gr. 45-50 ... 5,25 4,75

Seidenblusen 8<sup>90</sup>  
..... 15,00 12,50

Damenhüte 1<sup>90</sup> Basenklappen 9<sup>5</sup>

# Konsumverein

Leipzig-Plagwitz und Umgegend

Plagwitz-Pl., Josephstr. 44/46. Reudnitz, Dresdner Str. 55

Abgabe nur an Mitglieder  
Aufnahme in allen Vertretungsstellen